5/2020

Katrin Wiese-Dohse, Advantic, über kommunale Portale als Servicemedium

Kommune 21
9,00 € / 16,00 sFr
www.kommune21.de

Kommune 21

E-Government, Internet und Informationstechnik

Portale

Dienste für die Bürger

E-Government

- **Datensouveränität:** Kommunen haben den Wert ihrer Daten noch nicht erkannt

Titel

- **Open.NRW:** Das Portal für Open Government ist neu strukturiert

Informationstechnik

- **Technologien:** Potenziale von KI oder Blockchain für Verwaltungen

Praxis

- **VG Gerolstein:** Verwaltungsprozesse wurden umfassend digitalisiert

Spezial

- **E-Rechnung:** Auch Lieferanten müssen noch in diesem Jahr umstellen

ISSN 1618-2901 E54570

Starten Sie mit uns in die Zukunft Ihrer Verwaltung. Wir planen und realisieren intelligente Informations- und Kommunikationslösungen für Gemeinden, Städte, Landkreise und Verbände. Wir machen aus Digitalisierung Bürgernähe und intelligente Verbindungen, die die Verwaltungsarbeit beschleunigen. Durch unsere einzigartige Bündelung von Leistungen und Services sorgen wir vom Anfang bis zum Rechenzentrum für vernetzte Prozesse und Sicherheit.
Weitere Informationen unter: **www.ekom21.de**

vertrieb@ekom21.de 0641 9830 3999

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

vor Ihnen liegt die erste Ausgabe von Kommune21, die wir von zu Hause aus produziert haben. In Corona-Zeiten finden die Redaktionssitzungen per Videokonferenz statt, der schnelle tägliche Austausch per Chat – wie vorher auch schon. Nun ist es eine Sache, einer kleinen Zeitschriften-Redaktion per VPN den Zugriff auf den Server zu ermöglichen. Eine viel größere Herausforderung ist es, Mitarbeiter einer Stadtverwaltung ins Homeoffice zu schicken.

Stuttgart zeigt, dass es geht. In kurzer Zeit hat die baden-württembergische Landeshauptstadt die städtischen VPN-Zugänge auf fast 6.000 ausgebaut. Statt der zuvor etwa 200 Beschäftigten können derzeit rund 2.000 Mitarbeiter im Homeoffice bleiben *(Seite 6)*. Stuttgarts Erster Bürgermeister sieht sich durch die erfolgreiche Homeoffice-Umstellung bestärkt, die bereits begonnene Digitalisierungsoffensive Digital MoveS weiter voranzutreiben. Fabian Mayer sagt: „Die Digitalisierung ist unverzichtbar, um sicherstellen zu können, dass wichtige Prozesse und Dienstleistungen wie gewohnt stattfinden."

Wer im Homeoffice arbeitet, braucht auch eine sichere und datenschutzrechtlich unbedenkliche Lösung für den Austausch von Dateien. Gerade jetzt gilt es zu vermeiden, dass Cyber-Kriminelle die Lage ausnutzen und Kapital aus der angespannten Situation ziehen. Kommunale IT-Dienstleister reagieren darauf, die AKDB beispielsweise bietet ihren Cloud-Speicher KommSafe derzeit allen kommunalen Verwaltungen zum Sonderpreis an.

Ihr

Alexander Schaeff

Anzeige

xSuite
It's simple. It's digital.

Ihre Abkürzung zur XRechnung ...

... mit XRechnung Light

- Extra kurze Projektlaufzeit
- XRechnungen in SAP annehmen, visualisieren, prüfen
- Rechtliche Anforderungen fristgerecht erfüllen
- Schlüsselfertig zum Festpreis
- Erweiterbar zur vollumfänglichen Workflowlösung

Wir beraten Sie umfassend:

Torge Link | Tobias Neumann
Tel. +49 (0)4102 88 38 25
info@xsuite.com
www.xsuite.com

SAP Silver Partner

Inhalt

Ausgabe 5/2020 – Mai

E-Government

Digitale Souveränität: Den Wert kommunaler Daten erkennen 8

Darmstadt: Ethik- und Technologiebeirat begleitet Digitalisierungsprozess 10

Projekt-Management: Zusätzliche Ressourcen und ein standardisiertes Vorgehen führen zum Erfolg 12

Titel

Portale: Das nordrhein-westfälische Portal für Open Government wurde neu strukturiert 14

Interview: Katrin Wiese-Dohse, Advantic, über die Bedeutung kommunaler Portale als Informations- und Servicemedium 16

Lösungen: Wie cms21 hessische Kommunen unterstützt 18

Langenhagen: Digitales Rathaus erfüllt OZG-Anforderungen 20

Informationstechnik

Technologien: Grenzen und Möglichkeiten von KI, Blockchain und AR 22

SAP-Migration: Vor dem Umstieg auf SAP S/4HANA sollte eine Machbarkeits- und Vorgehensstudie durchgeführt werden 24

Breitband: Was beim Ausbau von Gigabit-Netzen zu beachten ist 26

Südwestfalen: IT-Dienstleister errichtet ein isoliertes Netz 28

Gewerbewesen: Vorteile der Software VOIS|GESO 30

Praxis

VG Gerolstein: Drei Verbandsgemeinden fusionieren und digitalisieren ihre Verwaltungsprozesse 32

Hohenkirchen: Gemeindeverbund gewinnt Digitalisierungswettbewerb „Smart tau hus“ 34

Spezial

E-Rechnung: Auswirkungen der E-Rechnungsverordnung des Bundes 36

Düsseldorf: Zur E-Rechnung mit der ITK Rheinland 38

Werder (Havel): Elektronischer Rechnungsworkflow im zweiten Anlauf umgesetzt 40

Digitale Baurechnungen: Herausforderungen durch XRechnung 42

Rubriken:

Editorial 3

News 6

IT-Guide 43

Vorschau, Impressum 50

Digitale Visitenkarte

Servicegedanke und Nutzerfreundlichkeit stehen nicht erst seit dem OZG im Vordergrund bei der Neugestaltung kommunaler Internet-Portale. Ein weiterer wichtiger Aspekt beim Relaunch ist neben der Kundenorientierung die Unterstützung und Entlastung der Verwaltungsmitarbeiter.

ab Seite 14

Software leistungsstark, Partnerschaft langfristig –

genau die **Zuverlässigkeit,**

die ich brauche.

Zertifizierte Software nach den Anforderungen im öffentlichen Dienst

Für Kommunen und andere öffentliche Einrichtungen ist DATEV der zukunftsweisende Digitalisierungspartner: mit moderner Standard-Software für Finanz- und Personalwesen sowie weitere Verwaltungsaufgaben. Flexibel anpassbar auf Ihre spezifischen Anforderungen, rechtssicher und zertifiziert. So bekommen Sie die ideale Lösung, die Sie für die Prozesse in Ihrer Verwaltung benötigen.

www.datev.de/public-sector

DATEV

Zukunft gestalten. Gemeinsam.

News

twitter.com/k21news

Fraunhofer FOKUS: Einblick in Verwaltungsarbeit
Eine neue Datenanalyse-Plattform des Fraunhofer-Instituts FOKUS gibt Auskunft darüber, wie Behörden mit Anfragen der Bürger umgehen.
- https://publicanalytics.fokus.fraunhofer.de

Brandenburg: Website zum OZG
Informationen rund um das Onlinezugangsgesetz (OZG) bündelt das Land Brandenburg auf einer neuen Website zum Thema.
- https://ozg.brandenburg.de

Baden-Württemberg: Zehn Kreise mit E-Rechnung
In Baden-Württemberg haben zehn Landratsämter ihren Rechnungseingang digitalisiert. Unterstützt wurden sie vom IT-Dienstleister ITEOS.
- www.iteos.de/e-rechnung

Stuttgart

Homeoffice ausgebaut

Die technischen Grundlagen für mobiles Arbeiten für die Stadt Stuttgart wurden deutlich ausgeweitet. Wie die baden-württembergische Landeshauptstadt mitteilt, kann dadurch künftig etwa die Hälfte der rund 11.500 Beschäftigten, die schon im Büro einen digitalen Zugang haben, im Homeoffice arbeiten. In Zusammenarbeit mit dem Verteilnetzbetreiber Netze BW habe die Verwaltung die städtischen VPN-Zugänge, die neben anderem die technische Voraussetzung für mobiles Arbeiten sind, in kürzester Zeit auf 5.800 ausgebaut. Damit könnten in der Stuttgarter Stadtverwaltung statt der zuvor etwa 200 Beschäftigten mit Telearbeit derzeit rund 2.000 Mitarbeiter im Homeoffice bleiben. Der Erste Bürgermeister Fabian Mayer sagt: „Gerade in so dynamischen Zeiten, wie wir sie momentan erleben, ist es wichtig, dass die Stadtverwaltung arbeits- und leistungsfähig bleibt."

www.stuttgart.de

Monheim am Rhein

Städtischer Pass

Einen eigenen Pass für den Zugang zu digitalen städtischen Diensten gibt es ab sofort in Monheim am Rhein. Per Brief wurden den Bürgern dafür die blauen Monheim-Pässe zugeschickt, berichtet die nordrhein-westfälische Kommune. Zur Aktivierung sei die Registrierung über die App notwendig, die neben dem einfachen mobilen Zugang zur Bürgerschaftsbeteiligung die Möglichkeit bietet, sich den städtischen Terminkalender und die städtischen Nachrichten auf das Smartphone zu holen. Der Monheim-Pass könne nach der Registrierung auch als Bibliotheksausweis und ÖPNV-Ticket verwendet werden. Aufgrund der Corona-Krise gelten hierbei jedoch noch einige Nutzungseinschränkungen, informiert die Stadtverwaltung. So könne die Funktion als Bibliotheksausweis erst nach Wiederöffnung der Einrichtung genutzt werden.

www.monheim.de

München setzt auf VOIS-Software.*

München

Neues Gewerbeverfahren

Die Stadt München hat dem Unternehmen HSH und dem Anbieter naviga den Zuschlag für die Einführung eines neuen Gewerbefachverfahrens erteilt. Wie HSH mitteilt, wird unter der Leitung des Kreisverwaltungsreferats der Stadt München zusammen mit dem städtischen IT-Dienstleister it@M die Lösung VOIS|GESO eingeführt. Innerhalb von zwei Jahren sollen die Bereiche Gewerbe und Gaststätten in der Software zusammengeführt werden.

https://muenchen.digital/it-at-m

Code for Germany

Krisen-Tipps für Kommunen

Welche Schritte müssen kommunale Verwaltungen gehen, um in Krisen handlungsfähig zu bleiben? Ein Handbuch zu diesem Thema hat Code for Germany im Anschluss an den Hackathon WirVsVirus der Bundesregierung veröffentlicht. Ziel sei es, gemeinsam an krisenresilienten Verwaltungsstrukturen zu arbeiten und die dafür erforderlichen Maßnahmen in den Bereichen Offene Daten, Freie und Offene Software und Schnittstellen, Offene Lizenzen sowie Open Government umzusetzen. Das Handbuch lege dar, vor welchen Herausforderungen Verwaltungen in der Krise stehen und gebe konkrete Handlungsempfehlungen, wie sie ihre dringend benötigten Dienste für die Bürger aufrechterhalten und krisenbedingt anpassen können. Code for Germany stelle mit diesem Prozess die Expertise seines Netzwerks zur Verfügung. Damit die Civic-Tech-Community die Verwaltungen weiterhin unterstützen kann, fordert Code for Germany eine Grundsatzförderung von zivilgesellschaftlichem Engagement durch die öffentliche Hand.

www.codefor.de

* v.l.: Stephan Hauber, Geschäftsführer HSH Soft- und Hardware Vertriebs GmbH; Michael Bruggmoser, it@M-Geschäftsbereichsleiter; Mathias Woite, Projektleiter VOIS|GESO bei HSH; Klaus Gasteiger, Projektleiter beim Kreisverwaltungsreferat (KVR) der Stadt München

#dasein

Danke an alle Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung!

Sie und die kommunale Familie halten unser Gemeinwesen in diesen außergewöhnlichen Zeiten am Laufen. Wir alle erleben eine Bewährungsprobe, die wir meistern werden, wenn wir zusammenstehen und gemeinsam handeln. Dafür sichert die AKDB ihre volle Unterstützung zu!

Wir werden weiterhin für Sie #dasein!

- **1.000 Mitarbeiter,** ob im Homeoffice oder vor Ort, legen sich täglich für Sie ins Zeug
- **Kundenservice und Support**
  - kundenportal.akdb.de
  - www.akdb.de/servicerufnummern
  - service@akdb.de
- **Fachwebinare** (z. B. Techniktage online), **Trainings und Präsentationen**
  - www.akdb.de/webinare
- **virtuelle Kundenarbeitskreise und -termine**
  - individuell via GoToMeeting
- **aktuelle Infos**
  - www.akdb.de
  - twitter.com/akdb_de

AKDB

Bleiben Sie gesund!

Der **Wert** kommunaler Daten

Eine aktuelle Studie zeigt, dass Kommunen Datensouveränität noch nicht als strategisches Thema erkannt haben. Doch das sollte sich schnellstmöglich ändern. Denn schließlich geht es um die Ausgestaltung der nationalen Umsetzung der PSI-Richtlinie.

Daten werden häufig als das Rohöl des 21. Jahrhunderts bezeichnet oder – noch so eine große Metapher – als Schatz, auf dem auch Kommunen sitzen. Wer ihn bergen und daran verdienen darf, darüber herrscht indes Uneinigkeit. Die einen meinen, Kommunen sollten ihre eigenen Daten durchaus monetarisieren dürfen, wenn auch kommerzielle Anbieter daran verdienen. Die anderen beharren darauf, dass die kommunalen Daten bereits von der Öffentlichkeit bezahlt worden sind und somit offene Daten sein sollten. Wieder andere nutzen die vorhandene Unklarheit und greifen die Daten kurzerhand ab.

Das Dilemma hat die CIO der österreichischen Hauptstadt, Ulrike Huemer, einmal auf den Punkt gebracht: Die Wiener Verkehrsbetriebe stellen Google kostenfrei sämtliche Verkehrsverbindungsdaten zur Verfügung wie so viele andere Kommunen auch. Der Mehrwert für die Stadttouristik sei ungleich größer, so Huemer, als im Routenplaner auf Google Maps nicht präsent zu sein. Ausländische Touristen täten sich schwer damit, die städtischen ÖPNV-Apps zu finden und auf ihrem Smartphone zu installieren. Google Maps hingegen habe jeder auf dem Gerät und sei insofern unverzichtbar.

Seitdem der Deutsche Städte- und Gemeindebund vor zwei Jahren ein Konzessionsmodell vorgeschlagen hatte, wonach private Unternehmen für bestimmte kommunale Daten bezahlen sollten, wenn sie daran verdienen, schwelt die Diskussion um den Wert dieser Daten. Nun hat das Beratungsunternehmen Partnerschaft Deutschland eine Studie zur „Datensouveränität in der Smart City“ veröffentlicht, welche die Verträge, die Kommunen mit privaten Anbietern abgeschlossen haben, unter die Lupe nimmt. Das Ergebnis: Der Marktwert der kommunalen Daten wird oftmals nicht erkannt. Daten gelten als Abfallprodukte und tauchen dementsprechend in den kommunalen Haushalten und Bilanzen nicht auf. Verträge mit privatwirtschaftlichen Anbietern räumen diesen teilweise breite Nutzungsrechte – zum Nachteil der Kommunen ein, die sich damit in langfristige Abhängigkeiten begeben. Datensouveränität ist also noch kein strategisches Thema.

Dabei gibt es genügend Anlass, sich gerade jetzt mit Daten und der Datenwirtschaft zu beschäftigen. Die EU-Kommission hat 2003 mit der PSI-Richtlinie entscheidende Weichenstellungen für die wirtschaftliche Datenauswertung im Euroraum vorgenommen. Hierzulande setzt seit 2006 das Informationsweiterverwendungsgesetz (IWG) die Richtlinie um. Demnach können öffentliche Stellen entscheiden, welche Daten sie für die Weiternutzung freigeben wollen. Geschieht dies, muss es jedoch nach den Standards der PSI-Richtlinie erfolgen, damit ein Mindestmaß an Binnenharmonisierung gewährleistet ist. Die Novellierung

Link-Tipps

Studie „Datensouveränität in der Smart City“:
- **www.pd-g.de/assets/Presse/Fachpresse/200213_PD-Impulse_Datensouveraenitaet_Smart_City.pdf**

VKU-Weißbuch „Digitale Daseinsvorsorge stärken“:
- **https://s3.eu-central-1.amazonaws.com/cdn.kommunal.de/public/2020-01/Weißbuch-Digitale%20Daseinsvorsorge.pdf**

Diskussionspapier des Deutschen Städtetags „Kommunale Daten“:
- **www.staedtetag.de/imperia/md/content/dst/veroeffentlichungen/mat/diskussionspapier-kommunale-daten.pdf**

Wert der Daten richtig einschätzen.

der PSI-Richtlinie von 2019 sieht nun weitreichende Neuregelungen vor: hochwertige Datensätze etwa aus den Bereichen Geodaten, Erdbeobachtung und Umwelt, meteorologische Daten, Statistiken, Unternehmensdaten und Mobilität sollen nun verpflichtend open by default sein, zeitnah veröffentlicht und unionsweit zur Verfügung gestellt werden.

Die EU bezieht sich dabei explizit auf das Grundrecht des freien Zugangs zu Informationen und weitet diesen Anspruch über öffentliche Stellen nun auch auf öffentliche Unternehmen aus, die ebenfalls zur Datenweitergabe verpflichtet werden. Es geht um viel Geld: Für das Jahr 2020 erwartet die EU-Kommission bis zu 740 Milliarden Euro Ertrag aus der Datenwirtschaft, Schätzungen für Deutschland gehen von 6,4 Milliarden Euro aus. Insgesamt sollen zehn Millionen Datenarbeiter im EU-Raum beschäftigt sein. Von der Datenwirtschaft profitieren folglich auch die Kommunen in Form von Steuern und Abgaben.

Die Zahlen stammen aus dem „Weißbuch – Digitale Daseinsvorsorge stärken“ vom Verband kommunaler Unternehmen (VKU), das im Januar 2020 erschienen ist. Der VKU macht darauf aufmerksam, dass kommunale Unternehmen zunehmend in ein Spannungsfeld zwischen zuverlässiger Leistungserbringung für Kommunen und marktwirtschaftlichem Wettbewerb mit privatwirtschaftlichen Unternehmen gelangen. Insofern schlägt der Verband für die nationale Umsetzung der PSI-Richtlinie bis Ende 2021 vor, einen so genannten Public Data Space zu schaffen: „Ein bundesweit zugängliches System aus Konzepten, Verfahrens- und Rechtsvorschriften, Sicherheitsvorgaben, technischen Standards sowie einer Infrastruktur für den dezentralen Austausch von Daten.“

Ganz ähnlich argumentiert der Deutsche Städtetag in seinem Diskussionspapier Kommunale Daten und stellt zunächst fest, dass immer mehr Städte urbane Datenplattformen aufbauen, ohne dass diese hinreichend koordiniert würden. Um einen Flickenteppich zu verhindern, solle der Bund unterstützend eingreifen. Es sei abzusehen, dass Kommunen künftig mehr Datensätze in hochwertiger Qualität kostenlos zur Verfügung stellen müssen. Deshalb sei eine gemeinsame Datenplattform mit offenen Schnittstellen und festgelegten Standards notwendig.

Des Weiteren sollten sich Kommunen schleunigst Gedanken über die aktive Selbstnutzung und Verwertung ihrer Daten machen. In Kommunen fallen ja nicht nur Sozial-, Gesundheits- oder Meldedaten an, die ohnehin von der PSI-Richtlinie ausgenommen sind, sondern auch Sensordaten aus dem Umwelt- oder Verkehrsbereich. Solche Daten ermöglichen neuartige Nutzungsformen für die Verkehrssteuerung und haben unmittelbaren Einfluss auf die Lebensqualität der Menschen. Insofern gehören vielen kommunale Daten in den Bereich der Daseinsvorsorge.

Nun sind von der PSI-Richtlinie neben allen personenbezogenen Daten auch Daten von öffentlichen Unternehmen ausgenommen, die einem direkten Wettbewerb ausgesetzt sind. Sie müssen keine Daten zur Verfügung stellen, solange dies nicht nach nationalem Recht oder von der PSI-Richtlinie vorgeschrieben ist. Insofern ist die Überlegung einer bundesweiten Dateninfrastruktur, die es Kommunen und kommunalen Unternehmen ermöglicht, eigene Geschäftsmodelle zu errichten und in wirtschaftlichen Wettbewerb zu treten, aus kommunaler Sicht ein Ausdruck von digitaler Daseinsvorsorge und Datensouveränität. Und sie kommt gerade rechtzeitig, denn es geht um die Ausgestaltung der nationalen Umsetzung der PSI-Richtlinie.

Inwieweit dies politischen Zielen nach Open Government, Open Data, größerer Transparenz und Partizipation zwischen Staat, Bürgern, Wissenschaft und Wirtschaft widerspricht, gehört wohl zur Verhandlungsmasse und zum Interessensausgleich zwischen den Akteuren. Die erzielte Aufmerksamkeit dürfte freilich allemal reichen, um allgemein mehr Bewusstsein für Datensouveränität, den Wert von Daten und die Ausgestaltung von Verträgen zu schaffen.

Helmut Merschmann

Ethische Leitplanken

Sabine Kluge

Darmstadt setzt beim Digitalisierungsprozess auf einen Ethik- und Technologiebeirat. Als erste Kommune in Deutschland hat die Stadt entsprechende Leitlinien verabschiedet und möchte damit Vorreiter für eine verantwortungsvolle Smart-City-Entwicklung sein.

Als erste Kommune bundesweit hat die Stadt Darmstadt ethische Leitplanken für ihren Ende 2017 gestarteten Digitalisierungsprozess verabschiedet. Dafür gründete die südhessische Großstadt eigens einen 32-köpfigen Ethik- und Technologiebeirat, dessen Leitlinien im Juni 2019 durch eine Beschlussvorlage von Magistrat und Stadtverordnetenversammlung verankert wurden. Fast ein Jahr ist seitdem vergangen.

„Wir haben seit etwa zweieinhalb Jahren weit über 80 Digitalisierungsprojekte aufgerufen und begleiten diese oft hoch komplexen Vorhaben administrativ und koordinierend“, berichten die Geschäftsführer Simone Schlosser und José David da Torre Suárez von den Anfängen und Aufgaben der Digitalstadt Darmstadt GmbH. Diese wurde im November 2017 als hundertprozentige Tochter der Stadt gegründet, nachdem Darmstadt im bundesweiten Wettbewerb des Branchenverbands Bitkom den ersten Platz als zukunftsfähigste Stadt erreichte und sich durch Sieg und Titulierung auf den bis dato noch unbekannten Pfad der Digitalisierung begab. „Von Anbeginn zielten wir darauf ab, Darmstadt mit digitalen Technologien lebenswerter, umweltfreundlicher und zukunftsorientierter – sprich smarter – zu gestalten. Das heißt, dass wir zunächst definieren mussten, was für uns, also die Stadtverwaltung, die Unternehmen der Stadtwirtschaft und die gesamte Darmstädter Bürgerschaft smart sein bedeutet. Durch Bürgerbeteiligung und Arbeitstreffen der zu involvierenden Ämter und Behörden wurde uns schnell klar, dass wir nicht alles, was mit digitaler Vernetzung möglich ist, auch einfach machen dürfen. Eine sehr zentrale Frage war aufgeworfen – nämlich: Wie sieht das ethische Rahmengerüst unserer Aktivitäten aus?“, reflektieren die beiden Geschäftsführer.

Mit externen und internen Beratern waren kurz zuvor in einem Strategieprozess 14 Handlungsfelder definiert worden, in denen einzelne sowie bereichsübergreifende Digitalisierungsprojekte stattfinden sollten. Themenkomplexe wie Bildung, Umwelt und Sicherheit gaben die Aktionsradien vor, die Zukunftstauglichkeit der Projekte sollte sicherstellen, dass keine technischen Eintagsfliegen kreiert werden: „Wir bewegen uns also inmitten der praktischen Technikfolgenabschätzung und -bewertung. Derzeit gibt es beispielsweise keine Alternative zu hochfrequenten Datennetzen wie 5G, wenn wir kabellos und in Echtzeit hochleistungsfähige Rechner mit ebenso komplexen Maschinen und Robotern koppeln wollen“, erläutert José David da Torre Suárez. Und Simone Schlosser ergänzt: „Neben der Frage, was wir mit Digitalisierung machen dürfen, besteht auch eine Herausforderung darin, dass die Projektgruppen während ihrem regulären Tagesgeschäft die smarte Version der eigenen Arbeit implementieren müssen. Dadurch wird hinterfragt und reorganisiert und es stellt sich heraus, was derzeit machbar und was eben noch nicht machbar ist.“

Schnell war in Darmstadt klar, dass Digitalisierung nur zusammen mit einem ausgeklügelten Internet of Things (IoT) funktionieren kann, also einem Netzwerk, das Gegenstände intelligent vernetzt und managt. Ein solches Netzwerk zu installieren, ist bereits technisch ziemlich anspruchsvoll und hat darüber hinaus noch einen gewissen Beigeschmack: „Smart wird

Link-Tipp

Weitere Informationen sind zu finden unter:

- **www.digitalstadt-darmstadt.de/digitalstadt-darmstadt/beiraete**

zunächst einmal sehr individuell interpretiert: Wenn alltägliche, subjektive Handlungen und Bedürfnisse schneller befriedigt werden, dann ist es smart und besser als zuvor. Doch um so etwas zu erreichen, muss das IoT samt allen zugehörigen Technologien sprichwörtlich übergriffig werden – nämlich vom öffentlichen auch in den privaten Raum eingreifen. Was so viel heißt, wie Daten auszutauschen“, erläutert das Digitalstadt-Team und ergänzt: „Unser Chief Digital Officer (CDO), eine Funktion die ebenfalls durch den Bitkom-Wettbewerb in Darmstadt Einzug gehalten hat, sagte anlässlich der Gründung unseres Ethik- und Technologiebeirats, dass das Internet dazu verführt, alles was möglich ist, auch zu tun.“

Neben der sich zwangsläufig ergebenden Diskussion um IoT, Schnittstellen, Datengemenge und -schutzaspekte bewertet und berät der ethische Expertenrat die Darmstädter Digitalprojekte nach folgendem Prinzip: Prämisse aller Digitalisierungsprojekte ist es, den Alltag der Bürger angenehmer, effizienter und umweltfreundlicher zu gestalten und dabei die Kernziele sicher, nachhaltig, zukunftsorientiert, partizipativ sowie wertvoll für das Gemeinwesen zu verfolgen. Als erste Leitplanke wurde somit festgesetzt, dass der Digitalisierungsprozess dem Gemeinwohl verpflichtet ist mit dem Ziel der sozialen und/oder ökologischen Verbesserung der kommunalen Daseinsvorsorge. Weiterhin dürfen keine neuen Machtstrukturen durch Digitalisierung entstehen, die sich demokratischer Kontrolle entziehen könnten, automatisierte Verfahren dürfen die Verantwortung demokratisch gewählter Gremien nicht ersetzen. Als dritte Leitplanke legte der Beirat fest, dass offenzulegen ist, wann eine Maschine verwaltungstechnisch eingesetzt wird. Diese dürfe weiterhin auch nicht die demokratisch gewählten Entscheidungsgremien ersetzen. Ferner ist der diskriminierungs- und barrierefreie Zugang in die Stadtverwaltung zu erhalten, analoge Angebote müssen weiterhin Bestand kommunaler Infrastruktur sein. Auch Abhängigkeiten von Produkten und Firmen gilt es laut der Darmstädter Digitalethik zu vermeiden, die öffentliche Hand solle digitale Infrastrukturen so souverän wie möglich entwickeln und betreiben. Personengebundene Daten dürfen nicht verkauft und so wenig wie möglich erfasst und weitergegeben werden. Hingegen sollten nicht-personengebundene, öffentliche Daten möglichst benutzerfreundlich zur Verfügung gestellt werden. Weiterhin sind alle Digitalisierungsprojekte von Anfang an auf mögliche Folgen zu bewerten, die Verletzlichkeit und Resilienz der Daseinsvorsorge samt deren Funktionssicherheit sind zu gewährleisten.

„Wir möchten mit unseren ethischen Wegweisern Vorreiter für eine gut durchdachte und verantwortungsvolle Smart-City-Entwicklung sein. Die Leitlinien sind daher nicht auf Darmstadt begrenzt, sondern als universelle Wegweiser in der Entwicklung digitalisierter Kommunen und smarter Lebensräume zu sehen“, resümiert die Digitalstadt-Geschäftsführung.

Sabine Kluge ist Pressesprecherin der Digitalstadt Darmstadt GmbH.

Anzeige

ALLRIS

Modernisieren Sie jetzt die Verwaltungsarbeit !

- Sitzungsdienst
- Sitzungsgeld
- Ratsinformations-system
- Fraktionsarbeit
- Bürgerbeteiligung

CC e-gov GmbH
www.cc-egov.de

www.cc-egov.de
info@cc-egov.de

Systematisches Handeln

Kerstin Magnussen

Projekte zur Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes werden oftmals den Mitarbeitern zusätzlich zum Tagesgeschäft übertragen. Für den Projekterfolg sind aber mehr Ressourcen und ein standardisiertes Vorgehen erforderlich.

Im Zuge der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) müssen Kommunalverwaltungen auch die internen Arbeitsabläufe digitalisieren. Dazu gehören die Gestaltung von Arbeit 4.0, der Einsatz integrierter Geschäftsprozesse in der Personal- und Organisationsarbeit, die Einführung von Mitarbeiter- und Führungskräfteportalen, der Ausbau der Telearbeit, die Einführung von Dokumenten-Management-Systemen (DMS) und die elektronischen Aktenführung.

Erfolgsfaktoren für Digitalisierungsprojekte, das zeigt die Verwaltungspraxis, sind die Betonung des Stellenwerts des Vorhabens und die erforderlichen strategischen und konzeptionellen Vorüberlegungen. Für den OZG-Umsetzungsprozess beispielsweise bedarf es neben den personellen Kapazitäten insbesondere geeigneter Maßnahmen zur Personal- und Führungskräfteentwicklung, um die Veränderungsprozesse aktiv voranbringen zu können. Im Praxisalltag ist jedoch wahrzunehmen, dass Projekte oftmals den Sachbearbeitern zusätzlich übertragen und somit nebenbei – und oft ohne die erforderlichen Rahmenbedingungen – durchzuführen sind.

Die Umsetzung der Anforderungen des OZG verlangt systematisches Handeln. Ein standardisiertes Vorgehen hilft dabei, den Überblick zu behalten und stellt den Projekterfolg auf der inhaltlichen, sachlichen Ebene sicher. Neben einer aussagefähigen Prozessaufnahme, die eine wesentliche Voraussetzung und Grundlage für die Visualisierung der Arbeitsprozesse bildet, ist es insbesondere erforderlich, die handelnden Akteure für den Veränderungsprozess zu gewinnen und in die Verantwortung zu nehmen.

In diesem Zusammenhang wird erfahrungsgemäß zunächst auf der formalen Ebene auf die Einbindung konkreter Vorgehensmodelle abgezielt. Nicht zu unterschätzen ist jedoch, auch die informellen Aspekte einzubeziehen. Das bedeutet, den eintretenden Veränderungen in den Arbeitsabläufen, dem Loslassen etablierter Arbeitsprozesse und den damit verbundenen Ängsten der Beschäftigten bis hin zu Widerständen im Umgang mit der Digitalisierung – die im Übrigen unabhängig von der Altersstruktur festzustellen sind – ausreichend Raum zu geben und einen angemessenen Stellenwert beizumessen.

Im Modernisierungsprozess geht es vor allem darum, zu verdeutlichen, welche Aspekte und Anforderungen auf diesem Weg zum Aufbau der Arbeit 4.0 auch hinsichtlich Verwaltungskultur, Werten und Anforderungen einfließen müssen. Daneben sind die konkreten und individuellen organisationsspezifischen Bedürfnisse an Schnittstellen zu klären, zu definieren und im Projektverlauf zu berücksichtigen. Eine große Herausforderung ist es, den Personalrat – und auch die Bereiche Personal, Datenschutz, Organisation, Finanzen und IT – rechtzeitig und aktiv einzubinden.

In IT-Projekten blicken die Akteure aus ihrer jeweiligen fachlichen Disziplin auf das Vorhaben. Zu empfehlen ist ein gemeinsamer Projektstart (Kick-off), um die Ziele und Aktivitäten transparent zu machen und zusammen Vereinbarungen zur Umsetzung zu treffen. Auf diese Weise kann es gelingen, das vorhandene Know-how frühzeitig einzubringen, Akzeptanz für die Modernisierungsziele des OZG zu schaffen und die Komplexität der Digitalisierungsprojekte zu beherrschen.

In der Verwaltungspraxis wird deutlich, dass die Festlegung geeigneter Projektstrukturen und die Vereinbarung von Projektstandards wichtig sind. Obwohl diese Instrumente auf der Arbeitsebene von

allen Projektbeteiligten gewünscht und zur zielgerichteten Bearbeitung auch als unabdingbar und erforderlich angesehen werden, ist festzustellen, dass Projekte leider oft ein Schattendasein führen. Das zeigt sich darin, dass sie aus der Argumentation heraus, „das Personal ist eh da“ in personeller und organisatorischer Hinsicht unzureichend geplant und ausgestattet sind.

Insofern sind als Erfolgsfaktoren für den OZG-Prozess der Stellenwert des IT-Projekts sowie die erforderlichen strategischen und konzeptionellen Vorüberlegungen hervorzuheben. Zudem sind die Entscheider zu sensibilisieren und Projektleitungen und Führungskräfte in der Projekt- und Prozesskompetenz zur zielgerichteten Gestaltung der IT-Vorhaben und Umsetzung des OZG zu stärken.

Erfolgreiche Praxisprojekte zeigen, dass sich die interne Reflexion und das Aufgreifen bestehender Fragestellungen zur Projektplanung und -umsetzung für einen zielgerichteten Aufbau der erforderlichen Strukturen in interner Führungsrunde bewährt haben. Die gemeinsame Reflexion und Lösungsfindung ist zielführend und erfolgsversprechend. Dabei ist es wichtig, auf allen Verwaltungsebenen Zusammenhänge zu vermitteln, Transparenz und Vertrauen herzustellen und jederzeit einen Überblick zu haben, welche strategischen, organisatorischen und personellen Fragestellungen mit der Digitalisierung zu lösen sind.

Kerstin Magnussen ist als Beraterin, Autorin und Trainerin „Beratung Projekte und Personal“ tätig.

Anzeige

HAUFE.

DIE ALL-IN-ONE-LÖSUNG FÜR IHRE PERSONALARBEIT

JETZT 4 WOCHEN KOSTENLOS TESTEN

WISSEN, WERKZEUGE, WEITERBILDUNG

Die Online-Lösung unterstützt Sie in allen Bereichen der Personalarbeit.

+ **Kommentare und Praxisbeiträge** zu Tarifrecht, Arbeitsrecht, Personalvertretungs- und Sozialversicherungsrecht, Entgeltabrechnung und Personalmanagement
+ **praktische Arbeitshilfen** wie Checklisten, Rechner und einem Zeugnisgenerator
+ **Weiterbildung** direkt am Arbeitsplatz mit Online-Seminaren und e-Trainings

Testen Sie 4 Wochen kostenlos:
www.haufe.de/tvoed-premium
Tel. 0800 50 50 445 (kostenlos)

Signal für **Offenheit**

Andreas Pinkwart

In neuer Struktur präsentiert sich Open.NRW, das Portal für Open Data und Open Government des Landes Nordrhein-Westfalen. Die Modernisierung der IT-Architektur ermöglicht nun auch einen besseren Zugang zu offenen Verwaltungsdaten.

In der digitalen Gesellschaft wünschen sich die Bürgerinnen und Bürger nicht nur einen schnelleren und besseren Zugang zu Informationen, sondern auch neue Möglichkeiten, sich an den Vorhaben der Regierung zu beteiligen und das eigene Land mitzugestalten. Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen unterstützt dies durch ein offenes Regierungs- und Verwaltungshandeln und hat sich schon früh zu den zentralen Open-Government-Prinzipien Transparenz, Partizipation und Zusammenarbeit bekannt.

Open.NRW steht für die Umsetzung von Open Government in Nordrhein-Westfalen. Das Portal ist die zentrale Informations- und zugleich Open-Data-Plattform der nordrhein-westfälischen Landesregierung. Als einziges Landesportal in Deutschland werden hier die Open-Government-Aktivitäten samt Open Data eines Bundeslandes gebündelt; auf ein separates Open-Data-Portal wird bewusst verzichtet.

Link-Tipps

Weitere Informationen:

- **www.open.nrw**
- **www.digitalstrategie.nrw**

In der alltäglichen Arbeit in der Landesverwaltung und den Kommunen Nordrhein-Westfalens entstehen interessante, nutzbare Daten – von der Feinstaubbelastung über die Verkehrssituation bis hin zu Statistiken zu den Schulen. Viele dieser Informatio-nen werden gebündelt auf dem Open.NRW-Portal zur Verfügung gestellt: kostenfrei, übersichtlich und zum Download. Der gesamte Bestand von aktuell 3.700 Datensätzen kann nach Themen durchsucht werden. Das Portal schafft einen zentralen Zugangspunkt für offene Verwaltungsdaten (Metadaten) des Landes und der nordrhein-westfälischen Kommunen und ist ein wichtiger Teil der europäischen Open-Data-Infrastruktur.

Nun präsentiert Open.NRW seine umfangreichen Open-Government-Aktivitäten in einem neu strukturierten Internet-Angebot – die Landesregierung setzt damit ein starkes Signal für eine offene und innovative Verwaltungskultur. Das neue Portal bietet mehr Platz für redaktionelle Inhalte: Bürgerinnen und Bürger, Landesbehörden und Kommunen haben Zugriff auf umfangreiche Informationen zu Open-Government-Projekten, Leitfäden, Broschüren, Open Source Software, Ansprechpartnern und auf einen Terminkalender und können sich so über praktische Beteiligungs- und Unterstützungsmöglichkeiten für die Umsetzung von Open Government informieren.

Open.NRW: Mehr Platz für redaktionelle Inhalte.

Durch zahlreiche Maßnahmen in der IT-Architektur und durch neue Funktionen wurden die Auffindbarkeit und Nutzbarkeit der offenen Verwaltungsdaten verbessert. Darüber hinaus wurden Funktionen zur umfangreichen technischen Unterstützung für die Veröffentlichung von Open Data implementiert: Alle Behörden des Landes können Open Data ab sofort durch ein Metadaten-Management-Tool schnell, einfach und intuitiv im Internet veröffentlichen. Der Zugang zu den offenen

Verwaltungsdaten des Landes und der Kommunen wurde dadurch optimiert. Kommunen können das dafür notwendige Tool ab Mitte 2020 ebenfalls kostenfrei nutzen.

Die grundsätzliche Erneuerung der Architektur und der Software-Komponenten des Open. NRW-Portals samt neuer Features ist realisiert. Die Neugestaltung des Portals erfolgte auf Basis von nrwGOV, dem einheitlichen Content-Management-System des Landes Nordrhein-Westfalen, das weitgehend Open Source ist; eigens entwickelte Software-Komponenten werden ebenfalls Open Source zur Verfügung gestellt. Veröffentlichungen können jederzeit auf der Plattform Github eingesehen werden.

Auch künftig wird kontinuierlich und gemeinsam mit den Nutzerinnen und Nutzern an der Weiterentwicklung gearbeitet werden, um die Nutzung von Daten und die Unterstützung der Open-Government-Szene zu verbessern und so Innovationen zu fördern. Geplant sind unter anderem die Ergänzung des Angebots um Möglichkeiten zur Datenvisualisierung und der Datennutzung sowie zur weiteren Unterstützung der Datenveröffentlichung durch Behörden.

Mit dem Neustart des Open. NRW-Portals leistet die Landesregierung einen wichtigen Beitrag zum Thema Open Government. Das Land Nordrhein-Westfalen möchte seine führende Rolle beim Open Government optimieren und weiter ausbauen – für einen intensiveren Austausch mit Bürgerinnen und Bürgern, eine umfangreiche Veröffentlichung von Verwaltungsdaten und für mehr Transparenz. Open Government soll künftig noch besser als Triebfeder für die zeitgemäße Verwaltungsarbeit, die Förderung einer innovativen Wirtschaft und die Einbindung einer lebendigen Zivilgesellschaft genutzt werden.

Projekte wie die Beteiligung an der Digitalstrategie.NRW und die Beteiligung zur Ruhr-Konferenz zeigen bereits, dass Open Government in Nordrhein-Westfalen einen unverzichtbaren Beitrag für eine offene und innovative Landesverwaltung leistet. Mit der Teilnahme an der Open Government Partnership unterstreicht das Land seine Vorreiterrolle beim Thema. Nordrhein-Westfalen gehört zu den ersten Bundesländern, die sich an dem von der Bundesregierung am 4. September 2019 verabschiedeten Zweiten Nationalen Aktionsplan zur Open Government Partnership beteiligen. Mit drei Selbstverpflichtungen bringt sich das Land ein, etwa mit der Maßnahme, den Zugang zu offenen Verwaltungsdaten kontinuierlich zu verbessern.

Des Weiteren verfolgt die Landesregierung mit der aktuellen Novellierung des E-Government-Gesetzes NRW (EGovG NRW) das Ziel, mit einer Open-Data-Regelung die öffentliche Verwaltung in Nordrhein-Westfalen noch transparenter, innovativer, bürger- und wirtschaftsfreundlicher zu machen.

Die Novelle legt in § 16a EGovG NRW die Grundlage für einen einheitlichen, freien Zugang zu öffentlichen Daten in Nordrhein-Westfalen, indem die Behörden des Landes verpflichtet werden, ihre Daten in maschinenlesbaren, offenen Formaten zur freien und uneingeschränkten Weiterverwendung durch die Öffentlichkeit einheitlich zur Verfügung zu stellen. Für die neue Open-Data-Regelung ist das Open.NRW-Portal angesichts des neu implementierten Metadaten-Management-Tools technisch bestens gerüstet.

Digitalstrategie: Ressortübergreifendes Konzept.

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf macht die Landesregierung erneut einen großen Schritt hin zu mehr Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. So werden Impulse für wirtschaftliche und gesellschaftliche Innovationen gegeben und neue Möglichkeiten der digitalen Teilhabe und Zusammenarbeit zwischen Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft eröffnet.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart ist Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen.

Seriöse Informationsquelle

Zahlreiche Kommunen nutzen das CMS iKISS von Advantic für ihren Internet-Auftritt. Kommune21 sprach mit Geschäftsführerin Katrin Wiese-Dohse über die Funktionalitäten der Lösung und die Bedeutung kommunaler Portale als Informations- und Servicemedium.

Frau Wiese-Dohse, vor über 20 Jahren hat sich Advantic auf kommunale Web-Projekte spezialisiert. Wie würden Sie die Entwicklung bis zum heutigen Tag beschreiben?

In den ersten Jahren waren kommunale Internet- und Intranet-Auftritte vergleichbar mit Prospekten oder Broschüren, nur eben in digitaler Form. Die Anforderungen haben sich insbesondere im vergangenen Jahrzehnt stark gewandelt. Die rasante Entwicklung der Web-Technologien und die immer mobilere Nutzung des Mediums Internet, aber auch gesetzliche Regelungen und die Serviceorientierung von Städten, Gemeinden und Landkreisen haben mehr und mehr die Nutzerinnen und Nutzer in den Fokus gestellt und die Web-Angebote aktueller, aktiver und somit auch richtig interessant gemacht.

Wie wurde das Content-Management-System iKISS weiterentwickelt?

Wir haben iKISS immer auf Basis der konkreten Anforderungen unserer ausschließlich kommunalen Kunden weiterentwickelt. Neben der permanenten Entwicklung von Funktionen und Modulen für den kommunalen Bedarf, wie zum Beispiel eines Abfallmoduls, eines Mängelmelders, einer Online-Terminvereinbarung oder einer Ressourcenverwaltung haben wir vor allem stets das wichtigste Thema im Fokus: die Dienstleistungen. Das Dienstleistungsmodul gibt es von Anfang an. Darüber hinaus haben wir – mittlerweile auch schon seit mehr als zehn Jahren – bidirektionale Schnittstellen zu allen Zuständigkeitsfindern der Länder im Produktportfolio. Heute entwickeln und integrieren wir Lösungen zur Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes. Das ist momentan einer unserer Arbeitsschwerpunkte.

Das System wird auch für die interne Kommunikation in der Verwaltung eingesetzt. Was zeichnet iKISS hier aus?

In der Tat ist unser CMS aktuell besonders gefragt für Intranet-Lösungen. Intranet mit iKISS heißt beispielsweise Single-Sign-On, Mitarbeiter-Dashboard, personalisierte Inhalte, Austausch-Plattformen, Nachrichten- und Sharing-Funktionen, Terminfindungsfunktion, Schnellumfragen oder digitale Umlaufmappe. Immer mehr Systeme werden miteinander vernetzt, sodass Daten ausgetauscht und nicht doppelt gepflegt werden müssen.

Wie wirkt sich WCAG 2.1, der neue Standard für barrierefreies Webdesign, auf die Software-Entwicklung aus?

Katrin Wiese-Dohse

Sehr positiv. Nicht nur Menschen mit Behinderungen, sondern alle profitieren von den Anforderungen, welche in dem internationalen Standard zusammengefasst und in europäischen sowie nationalen Gesetzen integriert sind. Über die Aspekte der Barrierefreiheit wie zum Beispiel die einfache Bedienbarkeit, verständliche Navigationsmechanismen und gut erfassbare Formulare freuen sich alle Nutzer. Und auch die Anbieter – also Städte, Gemeinden und Landkreise – profitieren von der Umsetzung. Wer den neuen Standard für barrierefreies Webdesign als Maßstab für seinen Internet- und Intranet-Auftritt ansetzt, hat alle Nutzer im Blick und ist zudem besonders suchmaschinenfreundlich und mobil gut nutzbar.

Wie sind Sie als CMS-Anbieter auf das Onlinezugangsgesetz vorbereitet?

Rein technisch sind wir so aufgestellt, dass verschiedene Szenarien für die Umsetzung des OZG bedient werden können. Wie schon gesagt: Kern unseres CMS iKISS war und ist der Bereich der Dienstleistungen. Schon bevor das Wort Bürgerportal im Zusammenhang mit dem OZG populär wurde, gab es das in iKISS. Bürger konnten und können sich hier registrieren – mit oder ohne elektronischem Personalausweis – und mit ihrer Verwaltung kommunizieren. Darüber hinaus verfügt iKISS über Schnittstellen zu verschiedenen Formular-Server-Systemen und bietet einen eigenen Formulareditor an. Zudem können wir verschiedene Bezahlmöglichkeiten über Schnittstellen anbinden und so die ganzheitliche Abwicklung von Dienstleistungen barriere- und medienbruchfrei realisieren. Ein Export von Antragsdaten aus den Formularen in die Fachanwendung ist kein Zauberwerk und selbstverständlich ebenfalls möglich.

Zahlreiche Ihrer Kunden haben kürzlich ihre Internet-Auftritte neu gestaltet. Was hat sich geändert?

Die meisten Kunden haben beim Relaunch den Servicegedanken und die Nutzerfreundlichkeit im Blick. Das zeigen zum Beispiel die neuen Websites der Stadt Ibbenbüren oder des Landkreises Wolfenbüttel, etwa im Design, in der Struktur und bei den Funktionalitäten wie der Suchfunktion. Die Absprungraten sind gesunken und die Verweildauer auf den Seiten ist gestiegen. Verwaltungen werden positiv wahrgenommen, weil sich auch sprachlich etwas verändert hat: Es wird nicht geschildert, welche Aufgaben die Fachbereiche oder Ämter haben, sondern vielmehr welche Leistungen sie für Bürger, Unternehmen und Besucher anbieten. Relaunches bewirken nicht selten auch innerhalb der Verwaltung etwas. Wenn ein neues Projekt zur Erstellung einer Website gestartet wird, sitzen in den Workshops für die Planung und Konzeption Menschen beieinander, die für ganz unterschiedliche Fachbereiche oder Dezernate die Verantwortung tragen. In dieser Konstellation wird einigen Mitwirkenden erstmals bewusst, welche Bedeutung die Website als Informations- sowie Servicemedium hat und welche besondere Rolle sie einerseits für den eigenen Verantwortungsbereich und darüber hinaus für die Behörde als Ganzes spielt. Deutlich wird zudem, welche Rolle dem Internet-Auftritt zukommt, wenn es um die Erfüllung gesetzlicher Pflichten geht.

Wie wirkt sich dies aus?

Um die heutigen Anforderungen an einen kommunalen Internet-Auftritt zu erfüllen, müssen teilweise Prozesse in der Verwaltung angepasst und neue Verantwortlichkeiten definiert werden. Da geht es auch um Ressourcen und so einfache Fragen wie: Kann die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit mit einer halben Stelle noch den kompletten Internet-Auftritt einer Stadt pflegen und tagesaktuell halten? Projekte, die im Ergebnis eine sehr serviceorientierte, lebendige und moderne Website hervorbringen, haben nicht selten auch innerhalb des Rathauses oder der Kreisverwaltung spürbare Veränderungen bewirkt: organisatorisch und auch im Denken und Handeln.

Welche Rolle hat ein städtisches Internet-Portal noch in Zeiten von Social Media?

Nach wie vor finden die Nutzer auf den städtischen Internet-Seiten Informationen, die sie benötigen: Öffnungszeiten und Ansprechpersonen, den Online-Antrag für einen Bewohnerparkausweis, das Buchungsformular für eine Veranstaltungsstätte oder Termine. Auch das eine oder andere Protokoll aus der letzten Sitzung des Bau- und Planungsausschusses kann für bestimmte Nutzer von großem Interesse sein, ebenso wie Bebauungspläne. Facebook, Twitter, Instagram und YouTube sind wunderbare Kanäle, um viele Menschen zu erreichen und schnell Aufmerksamkeit zu erzielen. Die Bürger vertrauen jedoch der kommunalen Website als seriöser und direkter Informationsquelle. Kein soziales Netzwerk kann dies so umfassend leisten. Gerade in der aktuellen Corona-Situation sehen wir wie wichtig seriöse und aus erster Hand stammende Informationen im Krisenfall sind.

Interview: Alexander Schaeff

„Schon bevor das Wort Bürgerportal im Zusammenhang mit dem OZG populär wurde, gab es das in iKISS."

Individueller Web-Auftritt

Gesine Johannsen

Der IT-Dienstleister ekom21 baut sein Content-Management-System cms21 als strategisches Produkt weiter aus. Aktuell kommt es bei 80 hessischen Kommunen unterschiedlicher Größenordnung zum Einsatz. Für jede Kommune wurde ein eigenes Layout entworfen.

Die Deadline ist bekannt: Bis zum 31. Dezember 2022 sollen Bund, Länder und Kommunen ihre Bürgerservices online zur Verfügung stellen. 538 Leistungen werden es am Ende bei hessischen Kommunen sein, und bereits heute bildet ekom21 über 80 davon ab. Der größte kommunale IT-Dienstleister in Hessen hat hierfür seine Digitalisierungsplattform civento entwickelt und ist schon eifrig an der Prozessgestaltung gemäß dem Onlinezugangsgesetz (OZG).

Doch digitalisierte Prozesse für den Bürger tatsächlich nutzbar zu machen, stellt die Kommunen gleich vor mehrere Herausforderungen: die rechtssichere, stets aktuelle Auskunft zu Leistungen, Verfahrensabläufen und Gesetzesgrundlagen, die Auskunft über zuständige Ansprechpartner innerhalb der Verwaltung und die Überleitung des Bürgers in den elektronischen Antragsprozess – idealerweise alles im eigenen, zeitgemäßen und nutzerfreundlichen Web-Auftritt, der digitalen Visitenkarte der Kommune.

All das für im Schnitt 300 kommunale Verwaltungsprozesse abzubilden, ist eine kaum zu bewältigende Aufgabe – für die Verwaltungen, aber auch für deren CMS-Anbieter.

Beispiel-Website der fiktiven Kommune Schönwetter am Berg.

Die wenigsten verfügen über geeignete Schnittstellen zum Landessystem, die notwendig sind, um an dessen Vorarbeit zu partizipieren. Auch den IT-Grundschutz nach BSI-Standard zu erfüllen, dürfte zumindest kleinere Internet-Agenturen vor größere Herausforderungen stellen. ekom21 hat daher vor zwei Jahren mit cms21 ein eigenes Produkt im Portfolio etabliert, das insbesondere den kommunalen Ansprüchen gerecht wird und noch dazu so einfach zu bedienen ist wie ein gängiges Office-Produkt.

What You See Is What You Get – das verspricht cms21 und hält es im Gegensatz zu vielen anderen Systemen auch. Per Drag-and-drop kann der Redakteur seine Text- oder Bildinhalte beliebig im gewählten Layout verschieben und das in einer Arbeitsumgebung, die nahezu identisch zur Live-Ansicht ist.

Die Layout-Komponenten bieten breite Gestaltungsmöglichkeiten: Der Redakteur entscheidet selbst,

Link-Tipp

Die Funktionalitäten von cms21 können anhand einer fiktiven Kommune unter die Lupe genommen werden:

- **www.schoenwetter-am-berg.de**

ob sein Content klassisch im 2/3-1/3-Layout dargestellt wird oder ihm eine 50/50-Ansicht lieber ist. Erst das eine, dann das andere? Auch kein Problem. Alle Layout-Elemente und Content-Komponenten sind innerhalb des Grund-Layouts beliebig kombinierbar.

Vorbei die Zeit, in denen der Kollege, auf dessen Desktop eine Bildbearbeitungssoftware installiert war, das gewünschte Bild erst inhaltsgerecht auf ein exakt definiertes Pixelformat zuschneiden musste. Denn cms21 bringt eine intelligente Bildbearbeitung und Delivery-Performance-Optimierung mit. Das Originalbild wird – ebenfalls durch Ziehen und Ablegen – in das System geladen und innerhalb des jeweiligen Kontexts zugeschnitten oder skaliert. Mit dem Setzen eines manuellen Bildschwerpunkts stellt der Redakteur sicher, dass die gewünschte Bildinformation auch auf jedem Endgerät angezeigt wird. Denn selbstverständlich sind alle cms21-Auftritte cross-device-fähig und lassen sich bis HDTV-Größe ausspielen. Bilder werden dabei dynamisch skaliert und optimiert für das jeweilige Endgerät ausgeliefert.

Ein Auftritt im World Wide Web besteht aber aus mehr als Bild und Text, und so beinhaltet cms21 eine breite Komponentenpalette, mit der sich attraktive Websites gestalten lassen, darunter Quicklinks, Link-Boxen und -Listen mit großer Icon-Bibliothek, Akkordeon und Tabreiter, Multimedia-Content, verschiedene Layouts für Bild-Text-Boxen, Newsartikeln, Download-Listen und Galerien.

Um sicherzustellen, dass wirklich nur die aktuellen Artikel auf der Startseite erscheinen, verfügt die Newsbibliothek über eine intuitive Funktion, Artikel und auch Seiten automatisiert on- und offline zu setzen. Ihre Presseartikel kann die Kommune via integriertem RSS-Feed-Providing zum Abonnement verfügbar machen.

Für große Adressverzeichnisse, wie Vereinsdaten, steht ein Datenbankmodul zur Verfügung, das die Einbindung dieser zentral gepflegten Informationen unter verschiedenen Kriterien auf jeder beliebigen Seite erlaubt. Um die Erfassung und Veröffentlichung von Veranstaltungen so einfach wie möglich zu gestalten, bringt cms21 Serviceformulare mit, mit denen der Veranstalter seine Daten formularbasiert an die zuständige Abteilung übermitteln kann, die sie ihrerseits nur noch veröffentlichen muss. Auch externe Veranstaltungsdatenbanken, etwa von touristischen Arbeitsgemeinschaften, können in den kommunalen Veranstaltungskalender integriert werden.

Wie melde ich meinen Hund an, wo beantrage ich einen Handwerker-Parkausweis und wer stellt eine Meldebestätigung aus? Die leistungsfähige Search-As-You-Type-Suche mit phonetischer Ergänzung bei Tippfehlern führt den Bürger direkt zur passenden Leistungsbeschreibung nebst verantwortlichem Ansprechpartner. Die Texte werden über den Hessenfinder mit allen rechtssicheren Angaben zur Verfügung gestellt, können aber auch um kommunale Spezifika ergänzt werden. Dank der zertifizierten bidirektionalen TSA-Schnittstelle werden Daten direkt im Hessenfinder aktualisiert und erlauben damit auch bestens gepflegte Daten für die Behördenauskunft 115.

Apropos Suche: Die bereits für Suchmaschinen optimierten Auftritte verfügen über breite Redakteurswerkzeuge, mit denen sich die Relevanz für Google und Co. weiter optimieren lässt. Ähnlich verhält es sich auch mit der Optimierung im Hinblick auf die BITV beziehungsweise die Barriereduktion, indem beispielsweise ARIA-Attribute zur syntaktischen Auszeichnung gegenüber Voicebrowsern und Screenreadern genutzt werden.

Auf die Auskunft, was zur Beantragung alles benötigt wird, folgt bekanntlich der eigentliche Antrag. Und so wie der Antragsteller nicht mitten im persönlichen Beantragungsprozess in das Büro eines anderen Sachbearbeiters umziehen möchte, möchte er online seinen Antrag im Look-and-feel der Kommune beginnen und abschließen. Es versteht sich daher von selbst, dass die civento-Prozesse in naher Zukunft nativ in den Internet-Auftritt integriert werden. Ebenso wie das für das Ratsinformationssystem SD.NET bereits heute der Fall ist.

Knapp 80 kommunale Kunden – kleine wie große – aus ganz Hessen haben sich bislang für cms21 entschieden. Für jede Kommune wurde ein individuelles Layout entworfen, das ihrem Corporate Design entspricht oder in dem sich diese wiederfindet und das allen relevanten Zielgruppen (Verwaltung, Stadtentwicklung, Tourismus und Bürgerschaft) gerecht wird.

Gesine Johannsen arbeitet beim Digitalisierungsteam OZG Kommunal von ekom21.

Portal ist **OZG-konform**

Maren Warnecke

Das digitale Rathaus von Langenhagen erfüllt die Anforderungen von OZG und Datenschutz und umfasst aktuell rund 40 Verwaltungsleistungen. Die Anträge können online eingereicht und beglichen sowie im persönlichen Servicekonto nachverfolgt werden.

Im November vergangenen Jahres ist die Stadt Langenhagen mit ihrem neuen Serviceportal an den Start gegangen, der zentralen Anlaufstelle für Unternehmen und Bürger, die Verwaltungsleistungen von zu Hause oder unterwegs aus beantragen möchten. Das moderne Portal basiert auf der OZG-Lösung Rathausdirekt von Anbieter NOLIS. Rund 40 Online-Services, die meisten davon in den Bereichen Bürgerbüro und Standesamt, stellt Langenhagen aktuell bereit. Das Angebot wird sukzessive ausgebaut.

So können beispielsweise Personenstandsurkunden oder die Zulassung eines Kraftfahrzeugs online beantragt werden. Die Anmeldung zur Hundesteuer, die Beantragung eines Fischereischeins oder die Anmeldung für einen Platz in einer Kindertagesstätte können ebenfalls elektronisch erfolgen. Alle Online-Dienstleistungen der Stadt werden in dem Portal gebündelt, unabhängig davon, ob das Formular direkt auf dem Portal verfügbar ist oder extern aufgerufen wird, wie etwa die i-Kfz-Formulare. „Statt mit jedem Antrag ins Rathaus zu gehen oder im Internet erst lange suchen zu müssen, finden Langenhagener Bürgerinnen und Bürger immer mehr digitalisierte Verwaltungsleistungen direkt in unserem Serviceportal“, sagt Bürgermeister Mirko Heuer.

Langenhagen: Digitales Rathaus verbessert Kundenservice.

Die Formulare auf dem Serviceportal sind intuitiv ausfüllbar und ermöglichen auch den Upload von Nachweisen. „Das heißt, der ganze Vorgang erfolgt papierlos und in manchen Fällen sogar schon medienbruchfrei“, erläutert Ralph Gureck, Leiter Marketing und Kommunikation, und ergänzt: „Außerdem bietet das Serviceportal die Möglichkeit, Dokumente DSGVO-konform auszutauschen, statt sie per E-Mail um die Welt zu schicken.“ Der E-Government-Spezialist NOLIS garantiert in diesem Zusammenhang, dass die Daten in einem geschützten Verfahren übertragen und sicher in einem Rechenzentrum in Deutschland gespeichert werden.

Nutzer haben zudem die Möglichkeit, ein kostenloses Servicekonto anzulegen. Sind dort persönliche Daten wie Name, Geburtsdatum oder Adresse hinterlegt, werden diese automatisch in Anträge übernommen. So können Online-Formulare noch schneller ausgefüllt und Fehleingaben reduziert werden. Neben dem rascheren Ausfüllen profitieren registrierte Nutzer aber noch von weiteren Vorteilen: So können Anträge inklusive aktuellem Verfahrensstand jederzeit in der Vorgangsübersicht eingesehen werden.

Bei Bedarf können Antragsteller und Stadtverwaltung über das

Profil

● **Langenhagen**

Bundesland: Niedersachsen
Landkreis: Kreisfreie Stadt
Einwohnerzahl: 58.000
Bürgermeister: Mirko Heuer (CDU)
Web-Präsenz: www.langenhagen.de

Weiteres Projekt: Langenhagen betreibt sein Karriere- und Stellenportal auf Basis der Software NOLIS | Bewerbermanagement.

integrierte Postfach kommunizieren. Rückmeldungen und -fragen erfolgen vorgangsbezogen, der Austausch von Dokumenten ist ebenfalls möglich. Bürger werden per E-Mail auf neue Nachrichten aufmerksam gemacht, ohne dass dabei die Inhalte der Nachricht oder Informationen zum Vorgang preisgegeben werden.

Darüber hinaus dient das Servicekonto auch zur Authentifizierung. Dadurch können registrierte Nutzer abhängig vom erforderlichen Vertrauensniveau zusätzliche Online-Services in Anspruch nehmen. Eine Anbindung an das geplante Servicekonto des Landes Niedersachsen ist bereits in Vorbereitung.

Sollten für eine Verwaltungsleistung Gebühren anfallen, können diese mit Absenden des Formulars online beglichen werden. Die hierfür eingerichtete Payment-Schnittstelle ermöglicht Antragstellern einen bequemen Bezahlvorgang. „So erfüllen wir nicht nur die Anforderungen des OZG, sondern gestalten auch unsere internen Verwaltungsprozesse deutlich effizienter“, erläutert Ralph Gureck.

Das übersichtlich gestaltete Serviceportal erstrahlt in der Farbe der Stadt Langenhagen – einem markanten Rot. Wie das Karriereportal der Kommune *(siehe Kommune21, Ausgabe 4/2020)* kann also auch das Serviceportal mit einem Wiedererkennungseffekt bei den Nutzern punkten. Das zentrale Element auf der Startseite ist die Suchfunktion, mit der Verwaltungsleistungen schnell und unkompliziert gefunden werden können. Häufig nachgefragte Online-Services sind außerdem direkt auf der Startseite verlinkt. Alternativ können Verwaltungsdienstleistungen nach Zielgruppe oder Lebenslage aufgerufen werden.

Um einen bestmöglichen Bürgerservice zu bieten, ist das Portal für die Verwendung auf mobilen Endgeräten optimiert. Aus diesem Grund wurde besonders auf benutzerfreundliche, leicht zu bedienende Formulare geachtet. „Unsere Zahlen zeigen, dass schon heute über 50 Prozent der Besucher mit mobilen Endgeräten auf unserer Website surfen. Ich bin überzeugt, dass das in Zukunft auch für die Nutzung vieler Dienstleistungen gilt“, sagt Ralph Gureck.

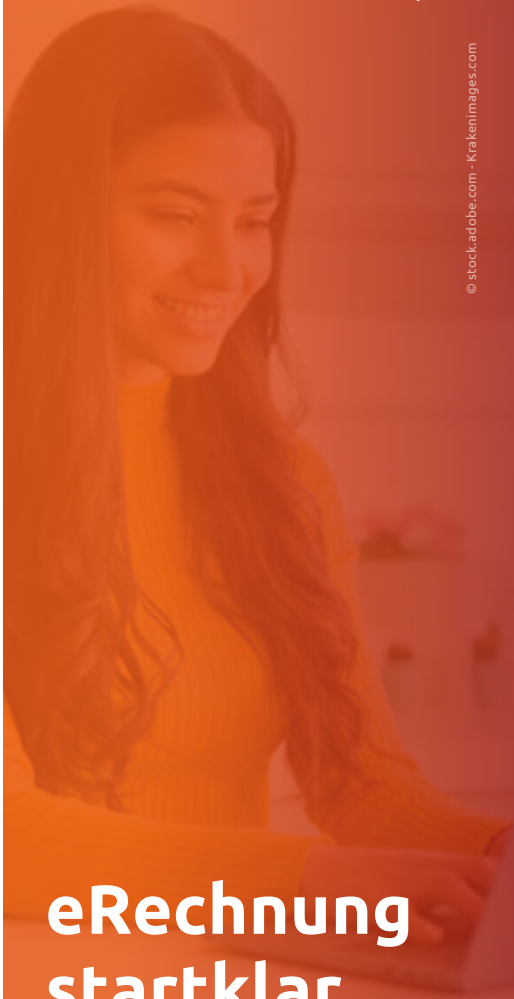
Mit dem Serviceportal macht die Stadt Langenhagen einen großen Schritt in Richtung OZG-Umsetzung. Sie möchte jedoch nicht nur die Pflicht erfüllen, Verwaltungsleistungen digital anzubieten und Anträge online entgegenzunehmen. In Langenhagen werden darüber hinaus interne Abläufe digitalisiert und verschlankt. „Am Ende möchten wir mit dem Serviceportal auch die Kundenzufriedenheit erhöhen“, sagt Ralph Gureck, „indem Anträge auch mal am Sonntagabend abgegeben werden können und in vielen Fällen der Gang aufs Rathaus während der Öffnungszeiten entfällt“.

„Das Serviceportal der Stadt Langenhagen ist ein gutes Beispiel dafür, dass die Umsetzung des OZG keinesfalls eine unlösbare Aufgabe, sondern vielmehr eine Chance für ausgezeichneten Bürgerservice und optimierte Prozesse ist“, erklärt NOLIS-Geschäftsführer Uwe Warnecke.

Maren Warnecke ist Produktmanagerin bei der NOLIS GmbH.

Anzeige

codia
Ein Unternehmen der d.velop AG


© stock.adobe.com - Krakenimages.com

eRechnung startklar

Annahme elektronischer Rechnungen leicht gemacht.

Das Komplettpaket eRechnung startklar

Jetzt Code scannen und mehr erfahren:

codia – Ihr Spezialist für die digitale Verwaltung.

codia Software GmbH
Edisonstraße 2 | 49716 Meppen
Tel. 05931 93980 | www.codia.de

KI, Blockchain und AR

Moreen Heine / Jan Hedtfeld

Der Einsatz von künstlicher Intelligenz, Blockchain und Augmented Reality wird in der öffentlichen Verwaltung aktuell intensiv diskutiert. Was zeichnet diese Technologien aus und welche Anwendungsoptionen bieten sich im Public Sector?

Öffentliche Verwaltungen stehen vielfältigen, technologisch geprägten Trends gegenüber, die bestehende Strukturen und Prozesse sowie etablierte Arbeitsformen und Werkzeuge verändern und sogar in Frage stellen. Ein Blick in Fachzeitschriften und auf die Programme einschlägiger Tagungen zeigt: Künstliche Intelligenz, Blockchain und Augmented Reality werden hinsichtlich ihrer Anwendbarkeit im öffentlichen Sektor derzeit intensiv diskutiert und erprobt.

Künstliche Intelligenz (KI) nimmt bei der Gestaltung der digitalen Transformation der öffentlichen Verwaltung eine zunehmend bedeutende Rolle ein. KI-basierte Software-Systeme, die Teilaufgaben der Verwaltungstätigkeit selbstständig bearbeiten können, bieten vielversprechende Ansätze, Automatisierung und Assistenz auch bei komplexen Tätigkeiten auszuweiten. Dabei stehen vielfältige Ansätze und Methoden zur Auswahl. Grundsätzlich wird zwischen lernenden und regelbasierten Systemen unterschieden. KI-Systeme können in verschiedenen Bereichen eingesetzt werden.

Potenziale der Blockchain für den Public Sector erkennen.

Zum einen können sie unterstützende Aufgaben abbilden, etwa zur Analyse von Identitäten durch Bild- oder Dialekterkennung oder in Form von Sprachassistenten, um Informationen zu vermitteln und einfache Anliegen anzustoßen. Zum anderen können sie auch einzelne Prozessschritte automatisieren, zum Beispiel Anträge auf Vollständigkeit prüfen, in Entscheidungssituationen Bearbeitern relevante Informationen zur Verfügung stellen und Vorhersagen treffen.

Die Nachvollziehbarkeit von Empfehlungen und Ergebnissen und die Zusammenarbeit von Mensch und KI-System sind besondere Herausforderungen. Die Anforderungen an die Nachvollziehbarkeit hängen dabei vom Einsatzszenario ab. Vollständigkeits- und Plausibilitätsprüfungen von Anträgen oder auch Informationsdienste durch Sprachassistenten sind mit Blick auf die Erklärbarkeit des Ergebnisses sicher weniger kritisch als die KI-basierte (Teil-)Automatisierung von Entscheidungsprozessen bei Sozialleistungen. Auch die Datenbasis, auf der die Funktionalität des KI-Systems beruht, sowie die Qualität der Ergebnisse stehen im Fokus und sind im konkreten Einsatzszenario zu bewerten. Damit einher gehen Fragen nach der Wirtschaftlichkeit solcher Systeme. Die Bundesregierung und manche Länder haben KI-Strategien erarbeitet, die unter anderem den Einsatz von KI bei hoheitlichen Aufgaben und den Kompetenzaufbau im öffentlichen Sektor adressieren.

Öffentliche Verwaltungen arbeiten bürokratisch: Entscheidungen werden schriftlich dokumentiert, teilweise in Registern. Blockchains dokumentieren ebenfalls, protokollieren Informationen jedoch nicht

Link-Tipp

Weitere Informationen zum Joint eGov and Open Data Innovation Lab:

- **https://jil.sh**

über einzelne Organisationen, zum Beispiel Behörden, sondern über Dezentralisierung und Beteiligung. Informationen werden also nicht mehr an einer zentralen Stelle abgelegt und dort geschützt, sondern verteilt bei verschiedenen Teilnehmern. Diese verfügen über Kopien der Informationen. Wird eine Kopie manipuliert, liegt die richtige Information immer noch bei der Mehrheit der Teilnehmer. Informationen zu Transaktionen, wie etwa dem Kauf eines Grundstücks, werden durch kryptografische Verfahren verkettet, sodass das nachträgliche Ändern einzelner Informationen nicht unbemerkt bleibt. Neue Transaktionen können nur mit großem Aufwand durch den Einsatz von Rechenleistung zur Lösung eines mathematischen Rätsels hinzugefügt werden, was durch mehrere Teilnehmer im Wettbewerb geschieht. Auf diese Weise würde eine ungültige Transaktion durch die Wettbewerber aufgedeckt werden. Im Detail gibt es diverse Formen. So haben zum Beispiel nicht immer alle Nutzer eine Kopie der Informationen über die vergangenen Transaktionen und nicht jeder Nutzer kann Transaktionen selbst hinzufügen.

Letztlich wird Vertrauen auch bei Blockchain-basierten Prozessen nicht nur durch die technologische Lösung geschaffen, sondern auch durch grundsätzliche Gestaltungsentscheidungen im konkreten Anwendungsfall und flankierende organisatorische Vereinbarungen. Im öffentlichen Sektor gibt es vielfältige Anwendungsoptionen: Verträge, Zeugnisse und Urkunden, aber auch Register, wie Grundbücher, können in Form einer Blockchain geführt werden. Denkbar ist auch die Anwendung bei elektronischen Wahlen und Abstimmungen oder bei Bezahlverfahren. Ziel ist es, Vertrauen unabhängig von einzelnen Organisationen zu schaffen, Korruption abzuwehren und Prozesse zu beschleunigen. Wie im Fall von künstlicher Intelligenz sind Ziele, Rahmenbedingungen und die konkrete technische wie auch organisatorische Ausgestaltung im jeweiligen Anwendungsfall ausschlaggebend für den nutzenstiftenden Einsatz von Blockchain. Auch im Fall von Blockchain hat die Bundesregierung eine Strategie erarbeitet, um in der Lage zu sein, Potenziale zu erschließen, aber auch Missbrauchsmöglichkeiten zu verhindern.

Computer bieten in vielfältigen Lebenssituationen Informationen und Hilfestellungen. Augmented Reality (AR) ermöglicht es, diese Informationen in enger Beziehung zur jeweiligen realen Situation bereitzustellen. Dafür können mobile Geräte wie Smartphones und Tablets oder auch AR-Brillen zum Einsatz kommen. Sichtbar sind dann sowohl die direkte Umwelt als auch die zusätzlichen Informationen. Zum Beispiel können Reparaturen gemäß Schritt-für-Schritt-Anleitung mit Bezug zum realen Gegenstand durchgeführt werden. Mittels AR-Brille ist in diesem Fall kein Wechsel zwischen Anleitung und Tätigkeit notwendig. Es stellt sich die Frage, wie diese Technologie im öffentlichen Sektor genutzt werden kann. Neben vergleichbaren Szenarien wie der Assistenz bei der Instandhaltung von Infrastruktur oder technischen Geräten sind auch Anwendungen in der Aus- und Weiterbildung denkbar. Während der zu erlernenden Handlungen werden einzelne Schritte und Hintergrundinformationen angezeigt. Darüber hinaus kann AR immer dann Hilfestellung bieten, wenn Prozesse und Tätigkeiten einen Bezug zur realen Umwelt haben, etwa zu Personen, Orten oder Gegenständen. In der Ordnungsverwaltung können zum Beispiel Fahrzeuge leicht identifiziert und Informationen direkt angezeigt werden. Im Tourismus ist die Darstellung von unterhaltsamen Informationen je nach tatsächlichem Standort und der Blickrichtung eine Einsatzmöglichkeit, die auch im Kontext von Beteiligungsangeboten genutzt werden kann. Auf diese Weise können laufende Partizipationsprozesse und Gestaltungsoptionen vor Ort bekannt und anschaulich vermittelt werden.

So vielfältig öffentliche Verwaltungen und ihre Aufgaben sind, so vielfältig sind auch die Anwendungsszenarien der Technologien. Um also Optionen entdecken und analysieren zu können, ist es notwendig, sowohl die Technologien als auch die spezifische Anwendungsdomäne im öffentlichen Sektor im Detail zu berücksichtigen. Zusammenarbeit und Offenheit bilden einen erfolgversprechenden Weg, um neue Technologien zu erproben und erfolgreich einzusetzen.

Moreen Heine ist Professorin für E-Government und Open Data Ecosystems am Institut für Multimediale und Interaktive Systeme der Universität zu Lübeck sowie wissenschaftliche Leiterin des Joint eGov and Open Data Innovation Labs; Jan Hedtfeld leitet den Bereich Innovation bei der MACH AG und ist technischer Leiter des Joint eGov and Open Data Innovation Labs.

Schlüssiger Plan

Volker Kasig / Robin Schneider

Auch für viele Kommunen rückt der Umstieg auf SAP S/4HANA näher. Vor der Migration empfiehlt sich eine Machbarkeits- und Vorgehensstudie, um die technische Ausgangssituation zu analysieren und die Erfolgsaussichten zu bewerten.

Der Lebenszyklus vieler heute genutzter Anwendungen neigt sich langsam aber sicher dem Ende zu. In vielen Kommunen und kommunalen Einrichtungen ist beispielsweise die betriebswirtschaftliche Software SAP ERP im Einsatz – sei es auf Basis der vor über 15 Jahren ausgelieferten „Musterlösung Doppik“ oder in einer individuell angepassten Version. Diese Anwendungssysteme sind unabhängig von dem gewählten Ansatz sowohl technisch als auch organisatorisch in die Jahre gekommen und somit nur noch bedingt als digitaler Kern einer modernen Verwaltung geeignet.

Als Antwort auf die Herausforderungen der Digitalisierung entwickelte SAP mit SAP S/4HANA eine neue zukunftsfähige Standard-Software-Generation. Das technische Fundament für neue, innovative Lösungen bildet die In-Memory-Datenbank HANA. Diese erlaubt es – neben dem stark vereinfachten Datenmodell – vor allem, Anwendungen und Analysen auf einer einzigen Plattform zu betreiben und damit die Antwortzeiten auf ein Minimum zu begrenzen. Statt komplexer Befehlsbäume bietet SAP S/4HANA jetzt ein intuitiv bedienbares, App-ähnliches Oberflächendesign (FIORI) und unterstützt die automatische Anpassung sowohl auf PCs als auch auf mobilen Endgeräten wie Tablets oder Smartphones.

Für die traditionelle SAP Business Suite 7 respektive SAP ERP/ECC 6.0 läuft die Standardpflege hingegen im Jahr 2027 aus. Für dieses Produkt werden keine Innovationen mehr bereitgestellt. Jeder SAP-Kunde – einschließlich der Kommunen – steht somit vor den beiden grundsätzlichen Fragen, wie eine eigene, zukunftsfähige Standard-Software-Landschaft zu gestalten ist und welcher Nutzen sich daraus ziehen lässt, insbesondere in Bezug auf Digitalisierung und digitale Transformation.

SAP S/4HANA bietet umfassende und neue Möglichkeiten zur Prozessgestaltung und Konsolidierung der bestehenden Systemlandschaft. Dabei gibt es grundsätzlich zwei Verfahren für den Übergang in die S/4HANA-Welt: ein Neustart auf der so genannten grünen Wiese (Greenfield-Ansatz), bei dem bestehende Prozesse infrage gestellt werden oder eine Migration der vorhandenen Prozesse (Brownfield-Ansatz) auf die neue Infrastruktur. Im realen Leben – und das zeigen Erfahrungen aus kommunalen Beratungsprojekten – bildet oftmals eine Kombination beider Vorgehensmodelle das bestmögliche Umstiegsszenario. Dabei werden Greenfield-Prozesse selektiv mit einer Auswahl von Altdaten, Prozessen, Eigenentwicklungen und Add-ons zusammengefügt.

Das bedeutet für ein SAP-S/4HANA-Transformationsprojekt: Es muss im Vorfeld entschieden werden, ob die Verwaltungsprozesse komplett neu definiert und Innovationen unmittelbar genutzt werden sollen oder ob die vorhandenen Abläufe zunächst übernommen und Innovationen später implementiert werden. Auf Grundlage der Erfahrungen aus erfolgreich durchgeführten Transformationsprojekten empfiehlt das Oldenburger IT-Beratungsunternehmen BTC im Vorfeld des eigentlichen Software-Umstiegs eine Machbarkeits- und Vorgehensstudie zu erstellen. Inhalte dieser mehrstufigen Vorstudien sind neben der Analyse und Bewertung der technischen Ausgangssituation auch die Betrachtung der vorhandenen Geschäftsprozesse und der Optimierungspotenziale unter SAP S4/HANA. Sie umfassen in der Regel die Rückführung individueller Prozesse und Entwicklungen zum SAP-Standard sowie die Optimierung der heutigen, in Software

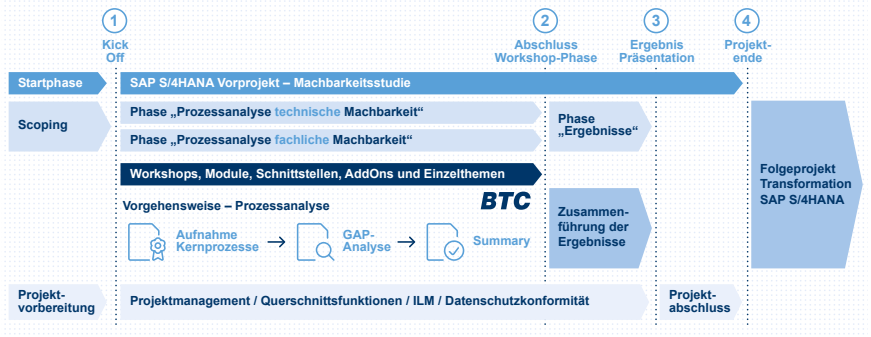
gegossenen Abläufe – insbesondere vor dem Hintergrund der veränderten Rahmenbedingungen aufgrund gesetzlicher Vorgaben. Weiterhin werden die Möglichkeiten der digitalen Transformation durch SAP S/4HANA als zukünftiger, digitaler Kern eingebracht.

Bestandsaufnahme und Vorüberlegung: Nach der Klärung grundlegender Aspekte zu Zielen, Zeitrahmen und allgemeinen Änderungswünschen schließt sich in der ersten Phase die detaillierte Bestandsaufnahme und die Bewertung der vorhandenen Systemlandschaft an. Zusätzlich werden die Prozesse analysiert, um die technische Machbarkeit der Migration auf die SAP-HANA-Datenbankplattform zu prüfen. Hier wird beispielsweise untersucht, ob das vorhandene SAP-ERP-System bereits mit einem S/4-kompatiblen Release-Stand arbeitet und den Unicode-Zeichensatz unterstützt. Ebenso werden die Fragen bezüglich des Zuschnitts der Ziel-Systemlandschaft (Server, Datenbanken oder auch Cloud-Betrieb) sowie der grundsätzlichen Lauffähigkeit individueller Erweiterungen und Schnittstellen der Drittprogramme geklärt.

Prozessanalyse fachliche Machbarkeit: Der umfangreichste und in der Regel wichtigste Part im Rahmen der Vorstudie ist es, die fachliche Machbarkeit zu untersuchen. Im Mittelpunkt stehen dabei die vorbehaltslose Analyse und Bewertung der vorhandenen verwaltungsinternen Geschäftsprozesse. Diese gilt es, gegen die mit S/4HANA ausgelieferten Best-Practice-Prozesse abzugleichen. Typisch sind in dieser Phase die Diskussionen über den Aufbau des Sachkontenplans, die Übernahme der Steuerschlüssel, die Management-Prozesse rund um das Hauptbuch, die Optimierung von Profitcenter-Strukturen und die Budgetkontrolle sowie das Haushaltsmanagement. Viele der fachlichen Funktionen lassen sich ohne erkennbare Hürden in die neue Software-Generation überführen. Zudem bietet sich die Gelegenheit, Prozessverbesserungen zu durchdenken und Themen anzugehen, die tägliche Arbeit erschweren.

Ergebnisbewertung/Transformationsansatz: Schritt für Schritt werden für jeden Prozess in der Lückenanalyse (Gap-Analyse) die Relevanz und der Grad der Abweichung vom Standard bestimmt, um zu definieren, wie groß der erforderliche Änderungsumfang ist. Für wichtige abweichende Prozesse werden die Resultate in einem separaten Dokument im Detail beschrieben. Abschließend werden auf einer übergeordneten, aggregierten Ebene der Status quo, die Prozessänderung und der Benefit durch SAP S/4HANA zusammengeführt. In der darauf folgenden Phase findet eine Gewichtung der Ergebnisse statt, die sich an erforderlichen Aufwänden und der Bedeutung für den Kunden orientiert. Die Entscheidungsfindung zu Greenfield- oder Brownfield-Ansatz steht dabei im Mittelpunkt.

Mehrstufige Vorstudien als Vorbereitung der Migration auf SAP S/4HANA



Quelle: BTC Business Technology Consulting AG

Das Resultat der Vorstudie ist ein verständliches Transformationsprofil für die jeweilige Organisation. Ferner lassen sich eindeutige Handlungsempfehlungen für das Vorgehen im geplanten Transformationsprojekt ableiten – mit Dokumentation aller Chancen und Risiken sowie Vor- und Nachteilen. Mit diesen Kenntnissen in der Hinterhand lässt sich ein schlüssiger Implementierungsplan für einen SAP S/4HANA-Umstieg bestimmen, der Aufwand, Abfolge und anfallende Kosten für die Beratung und Implementierung auflistet. Für das konkrete Projektvorhaben müssen zusätzlich eigene Ressourcen ausreichend und realistisch eingeplant werden. Entscheidend für den Projekterfolg ist außerdem, rechtzeitig einen Kommunikationsplan zu entwickeln, um Endanwender und andere Gremien, wie den Personalrat mit auf die Reise zu nehmen.

Volker Kasig ist Business Development Manager, Robin Schneider Management Consultant bei der BTC Business Technology Consulting AG.

Der Weg in den **Massenmarkt**

A. Huber

Regulierung und Förderung sind zwei wichtige Punkte, die im Hinblick auf den Ausbau von Gigabit-Netzen diskutiert werden müssen. Es sind aber nicht die einzigen Fragen, die in Bezug auf die TKG-Novelle zu klären sind.

Nach den aktuellen Zahlen des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur hatten Mitte 2019 circa 14 Millionen Haushalte Zugang zu Internet-Geschwindigkeiten von über 1.000 Megabit pro Sekunde (MBit/s). Das sind rund 34 Prozent. Mehr als elf Millionen Kunden können über Kabel-Internet einen Gigabit-Anschluss buchen. Vier Millionen Haushalte haben Zugang zu Fibre-to-the-Building-Home-Anschlüssen (FTTB/H-Anschlüssen). In den kommenden Jahren werden voraussichtlich 75 Prozent der Haushalte Zugang zu Gigabit-Anschlüssen über die Netze der ANGA-Netzbetreiber erhalten.

Diese Zahlen zeigen, dass Deutschland auf einem guten Weg ist. Dennoch gibt es im Hinblick auf den künftigen Ausbau wichtige Punkte, die geklärt werden müssen. Dazu gehören die Regulierung und die Förderung. Ein investitionsfreundlicher Regulierungsrahmen ist eine wichtige Voraussetzung für den Ausbau schneller Netze. Deutschland muss bis Januar 2021 den Europäischen Kodex für die elektronische Kommunikation (EKEK) im Telekommunikationsgesetz (TKG) umsetzen. Die zuständigen Bundesministerien für Wirtschaft und Energie (BMWi) und für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) hatten dafür Anfang 2019 ein erstes Eckpunktepapier vorgelegt.

Der einschneidendste Vorschlag betrifft die Betriebskostenverordnung: Das BMWi prüft eine Abschaffung der Umlagefähigkeit einer Inhaus-Verteilanlage. Das würde die notwendigen Investitionen in schnelle Netze in den Gebäuden allerdings erheblich erschweren und verteuern – ein fatales Signal. Eine Abschaffung der Umlagefähigkeit würde auch soziale Probleme mit sich bringen. Aus Mietersicht ist die Abrechnungsoption über die Betriebskosten deutlich günstiger, als das bei einem Einzelanschluss der Fall wäre. Gerade Haushalte mit unterdurchschnittlichem Einkommen profitieren davon.

Weitere relevante Schwerpunkte der TKG-Novelle sind die Marktregulierung, der Verbraucherschutz einschließlich Vertragslaufzeiten sowie die geplanten Universaldienstverpflichtungen. Mit Blick auf den Verbraucherschutz sieht der EKEK bei den Regeln über Vertragslaufzeiten bereits Verschärfungen zulasten der Netzbetreiber vor. Darüber hinaus will das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz erreichen, dass TK-Verträge sogar nur noch mit einer maximalen Mindestvertragslaufzeit von einem Jahr abgeschlossen werden können. Dagegen wendet sich die gesamte TK- und Digitalwirtschaft.

Eine wichtige Rolle bei der Gestaltung der regulatorischen Rahmenbedingungen wird künftig das Gremium Europäischer Regulierungsstellen für elektronische Kommunikation (GEREK) einnehmen. Im EKEK wird GEREK beauftragt Leitlinien zu verabschieden, welche die Mitgliedstaaten bei der Anwendung der Vorgaben des EKEK in der Praxis unterstützen sollen. Damit verlagert sich de facto ein Teil der Kompetenzen der Mitgliedstaaten auf ein europäisches Gremium, dessen Entscheidungen letztlich nur sehr eingeschränkt überprüfbar sind. Gegen diese Vorgehensweise bestehen vonseiten der Branche erhebliche Bedenken; umso wichtiger ist es, dass die zuständigen Ministerien diesbezüglich Transparenz herstellen.

Für die ANGA-Netzbetreiber besonders relevant sind die Leitlinien zu Netzen mit sehr hoher Kapazität (VHC), zur symmetrischen Regulierung und zum Netzabschlusspunkt. Die Frage, ob ein Netz VHC-Qualität aufweist, wird künftig immer wichtiger – sowohl im Hinblick auf Regulierungsvor-

gaben als auch für die Breitband-Förderung. Daher müssen neben FTTH/B-Netzen auch HFC- und 5G-Netze als VHC-Netze anerkannt werden. Die Konkretisierungen des GEREK zur symmetrischen Regulierung werden in der Praxis darüber entscheiden, in welchen Netzteilen Netzbetreiber künftig Wettbewerbern auf Nachfrage Zugang zu ihrem Netz gewähren müssen – und zwar unabhängig von der Marktmacht. Die Festlegung des Netzabschlusspunkts im deutschen TKG hat der Breitbandverband ANGA stets kritisiert. Nun ist GEREK aufgerufen, einheitliche Vorgaben für das Verfahren zur Festlegung des Netzabschlusspunkts zu erarbeiten. Das schließt eine Empfehlung für einen konkreten Punkt im Netz – so wie im TKG geregelt – aus. Die Entscheidung sollten die nationalen Regulierungsbehörden abhängig von der Netztopologie treffen.

Die Bundesnetzagentur (BNetzA) diskutiert derzeit über die zukünftige Regulierung von TK-Netzen und die Frage, ob das Regulierungsniveau für Glasfasernetze sinken kann. In Deutschland muss die Telekom als marktbeherrschendes Unternehmen Wettbewerbern regulierten Zugang zu ihren Netzen gewähren. Die BNetzA überlegt nun, die Zugangspflichten abhängig von der Zugangstechnologie – Kupfer oder Glasfaser – zu differenzieren: Im Hinblick auf den Zugang zu Glasfaser-Anschlussnetzen würde sich der Regulierer zunehmend in eine Schiedsrichterrolle zurückziehen. Es ist sachgemäß, über unterschiedliche Regulierungsniveaus zu diskutieren. Eine Abschaffung von Zugangspflichten erscheint derzeit noch nicht sinnvoll; bei der Glasfaser-Regulierung ist jedoch ein deutlich reduziertes Regulierungsniveau vorstellbar. Voraussetzung ist, dass sich missbräuchliche Verhaltensweisen verhindern lassen und der Wettbewerb, die Wettbewerber und die Endnutzer geschützt sind.

Die Förderung ist ein weiterer wichtiger Faktor. Die große Herausforderung besteht nach wie vor darin, auch solche Gegenden mit Hochgeschwindigkeitsinternet zu versorgen, die wirtschaftlich nicht ausgebaut werden können. Die Bundesregierung plant daher, eine Förderung des Breitband-Ausbaus nicht nur in weißen, sondern auch in grauen Flecken möglich zu machen, das heißt in Gebieten, in denen bereits ein Netzbetreiber ein nicht-gigabitfähiges Netz mit mindestens 30 MBit/s betreibt. Von einer Förderung ausgenommen sind nach aktuellem Stand Gebiete mit gigabitfähigen FTTB/H- und HFC-Netzen. Ein Ansatz, den ANGA begrüßt. Es ist jedoch unklar, wie sich dann verhindern lässt, dass in Gemeinden, die teilweise bereits durch FTTB/H oder HFC erschlossen sind beziehungsweise in denen ein Ausbau geplant ist, die Netze mit Fördermitteln überbaut werden. Diesen Zielkonflikt muss die Bundesregierung im weiteren Verfahren lösen. Dabei muss konsequent gelten: Wo gigabitfähige Netze vorhanden oder geplant sind, darf nicht gefördert werden.

Dr. Andrea Huber ist Geschäftsführerin von ANGA Der Breitbandverband e.V.

Anzeige

Gestern: Nervensache…

Stabiles **Fundament**

Martin Krengel

Digitale Souveränität benötigt ein stabiles Fundament. Der Zweckverband Südwestfalen-IT ist dabei, ein isoliertes Netz aufzubauen, das über Dark Fibre und Richtfunkverbindungen kommuniziert.

Die digitale Souveränität gewinnt in der öffentlichen Verwaltung zunehmend an Bedeutung. Dabei ist der Begriff nicht genau definiert. Aktuell sind zwei Trends zu beobachten: Auf der einen Seite wird immer mehr in die Cloud verlagert. Auf der anderen Seite verlangen Sicherheitspuristen eine Abtrennung von öffentlichen Netzen und die Renaissance von eigener Programmierung und eigenem Betrieb – bis hin zum Einsatz von quelloffener Software. Aber was passiert bei einer Verlagerung in die Cloud? Die eigene Leistungsfähigkeit wird abhängig von der Funktion der Cloud. Ganz konkret ist diese dann nichts anders als ein Dienstanbieter, der mittels einer Software einen Service über das Internet zur Verfügung stellt.

Anders als bei einem Eigenbetrieb liegen die Daten dann nicht in der eigenen Verfügungsgewalt. Von den Cloud-Anbietern werden namhafte Unternehmen als Referenzen aufgezeigt – mit der Botschaft: „Wenn dieses Unternehmen sich das traut, dann kann die öffentliche Verwaltung das doch auch." Dieser Schlussfolgerung liegt aber ein Trugschluss zugrunde. Kaum eines der Unternehmen bildet sein Kerngeschäft mit Office-Komponenten ab. Die Kerngeschäftsdaten liegen in einem oftmals proprietären Umfeld, abgeschirmt auf gut kontrollierten, meist eigenbetriebenen Systemen. Office wird, überspitzt ausgedrückt, also für kaum mehr als den Kantinenplan verwendet.

In der Verwaltung sieht das anders aus: Für viele Geschäftsvorfälle existieren gar keine Fachverfahren. Stattdessen werden Tabellenkalkulationen zur Datenhaltung verwendet. Manche Fachanwendung verfügt über keine Druckaufbereitung, stattdessen wird die Office-Textverarbeitung genutzt. Und auch die Korrespondenz läuft über das in Office integrierte E-Mail-System. Die Office-Lösung ist also der Dreh- und Angelpunkt der Verarbeitung von Bürgerdaten. Und dann soll Office in die Cloud? Der Datenschutz hat sich in dieser Frage noch nicht abschließend positioniert, auch wenn das unterschwellige Nein meist nicht zu überhören ist. Doch so bestechend einfach der Cloud-Gedanke zunächst ist, so komplex wird es, wenn man die Konsequenzen konkret analysiert.

Die SIT baut ein isoliertes Netz auf.

Die Diskussion zu Cloud und digitaler Souveränität bindet sich häufig an Software. Aber zu Ende gedacht, geht der Ansatz weiter. Das Internet wird fast immer als Wolke abgebildet, was impliziert, dass dort alles mit allem verbunden ist. Auf einer logischen Ebene ist das zwar zutreffend, dennoch sind Teile davon nur Verbindungen und Kopplungsknoten an den Enden dieser Verbindungen – mal innerhalb der Hoheit eines Betreibers, mal zwischen Betreibern. Das dem Web zugrunde liegende Internet Protocol (IP) wird für seine hohe Robustheit gegen Ausfälle gerühmt. Aber auch die Vernetzungen sind am Ende auf wenige Knotenpunkte, die Peering Points, konzentriert. Hat einer dieser Knoten eine Infektion, so rüttelt er damit das ganze Netz durch.

Neben dem Internet gibt es verschiedene Provider-Plattformen,

über die Übertragungsdienste angeboten werden. Doch auch diese bergen Risiken. In den vom Zweckverband Südwestfalen-IT (SIT) genutzten Provider-Netzen wurde in der Vergangenheit beobachtet, dass Störungen nicht nur auf technische Defekte, sondern auch auf betriebliche Konfigurationsfehler zurückzuführen sind. Der Gedanke der digitalen Souveränität muss also bis in die Infrastruktur entwickelt werden. Beim Kerntransportnetz für den behördlichen Bündelfunk ist der Ansatz eigener Kabel, maximal aber passiver Netzbeistellungen, intensiv umgesetzt. In Verbindung mit einer vermaschten Topologie entsteht so eine hohe Robustheit des Netzes.

Auf regionaler Ebene stand die SIT vor einigen Jahren ebenfalls vor der Frage der Vernetzung. Mehr Bandbreite sollte die neue Infrastruktur bieten. Wünschenswert war auch eine Serviceverbesserung.

Unterschiedliche Ansätze wurden dabei diskutiert: Richtfunk als Lösung mit hohem Eigenbetriebsanteil, aber eng begrenztem Skalierungspotenzial in der Bandbreite auf der einen Seite, Glasfaser-Infrastrukturen der Provider auf der anderen Seite. Die Potenziale einer solchen Provider-Lösung wurden mit einer Marktstudie evaluiert. Das Ergebnis war ernüchternd: hohe laufende Kosten einerseits, andererseits reduzierte technische Qualitätszusagen gegenüber früheren geschalteten Punkt-zu-Punkt-Verbindungen.

Für einen Ansatz rein auf passiver Dark Fibre gab es laut Marktevaluierung zunächst kein Potenzial. Die großen Anbieter sind sich einig, dass Dark Fibre für sie kein Geschäftsmodell ist. Allerdings gibt es im Versorgungsgebiet der SIT Anbieter mit regionalen Angeboten. In Zusammenarbeit mit den örtlichen Breitband-Koordinatoren konnte so ein Kernnetz entwickelt werden, das eine grundsätzliche regionale Erschließung sicherstellt. Anfänglich wurde im Projekt noch eine Eigenbauquote von knapp 50 Prozent erwartet. Durch den fortschreitenden Breitband-Ausbau konnte diese Quote binnen eines Jahres auf unter 10 Prozent gedrückt werden. Die Planungen für die Eigenbauanteile wurden in Abstimmung mit den Verwaltungen vor Ort durchgeführt. Einsparungen durch Mitnutzungen oder Mitverlegungen wurden damit möglich.

Dieses regionale Netz der SIT in Südwestfalen ist bis zum Jahresende 2020 vollständig aufgebaut. Alle wesentlichen Kommunikationsbeziehungen basieren dann auf Dark Fibre oder Richtfunkverbindungen. Das Netz bietet die geforderten hohen Bandbreiten und niedrige Signallaufzeiten. Sicherheit wird durch die Isolation von öffentlichen Netzen und die Verortung der aktiven Technik in den Räumen der beteiligten Verwaltungen gewährleistet. Für die Zukunft besteht eine weitgehende Skalierbarkeit, da die Dark Fibre auf ein Vielfaches der heutigen Bandbreiten-Nutzung erweitert werden kann.

Martin Krengel ist Leiter der Projektabteilung der Südwestfalen-IT (SIT).

Anzeige

Heute: Besucherleitsystem!

Gerüstet mit VOIS|GESO

Matthias Donzelmann

Mit der Software VOIS|GESO für Gewerbeämter sind OZG und Once-Only-Prinzip keine Zukunftsmusik mehr. Die Software bietet eine zentrale Datenbasis für alle Vorgänge.

Wie kann moderner Bürgerservice in einer komplexen und vernetzten Welt gelingen, in der die politischen Rahmenbedingungen durch die Anforderungen des Onlinezugangsgesetzes (OZG) und der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) abgesteckt sind? Die VOIS-Technologie ermöglicht es, Fachverfahren der neuesten Software-Generation mit den dazugehörigen Online-Angeboten und einer effizienten Organisation zu verbinden. Grundlage der Technologie ist die VOIS-Plattform, die erstmals verschiedene Fachverfahren, die bislang getrennt und unabhängig voneinander agiert haben, integriert und kommunizieren lässt.

Alle auf der VOIS-Plattform zusammengeführten Fachverfahren nutzen dieselben Basiskomponenten wie die elektronische Akte, die Gebührenkasse (mit Anbindung an HKR-Verfahren oder Kassenautomaten) oder automatisierte Schnittstellen (OSCI, PDF, XML) für die Weiterleitung der Daten an andere Fachstellen. Mit einem einheitlichen Look-and-feel, einer in allen integrierten Fachverfahren identischen Programm- und Vorgangslogik und einer optimierten User Experience wird eine einfache Handhabung und hohe Nutzerfreundlichkeit erreicht. Ein wichtiger Aspekt der VOIS-Software ist die Umsetzung des Once-Only-Prinzips: Die Bürger stehen tatsächlich im Mittelpunkt und haben je nach Verwaltungsorganisation für all ihre Anliegen nur noch einen Ansprechpartner im Bürgerbüro.

Auf Basis der VOIS-Plattform hat das Unternehmen naviga in den vergangenen Jahren VOIS|GESO als neue Software für die Gewerbeämter entwickelt und führt sie seit 2018 erfolgreich im Markt ein. Wichtigste Bestandteile sind dabei eine zentrale Datenbasis für alle Vorgänge, innovative Oberflächen für eine intuitivere Bedienung und Online-Anwendungen via Webservices.

Für die bundesweit festgelegten OZG-Richtlinien bieten die VOIS|GESO-Online-Anwendungen alle Voraussetzungen, um die Kommunikation zwischen den Unternehmern und der Behörde reibungslos via Internet zu ermöglichen. Alle Gewerbemeldevorgänge und -erlaubnisse können so online abgewickelt und über zahlreiche E-Payment-Verfahren bezahlt werden. Auch die Integration in verschiedene Portale wird unterstützt. Ziel ist ein Datenaustausch, der medienbruch- und barrierefrei erfolgt.

VOIS|GESO bietet also einen umfangreichen Service für die

VOIS-Plattform integriert diverse Fachverfahren.

Bürger, eine vereinfachte Kommunikation, Auswertungen in Echtzeit, die individuell konfigurierbar sind, einen geringen administrativen Aufwand durch Browser-Technologie, eine App für Sachbearbeiter im Außendienst sowie einheitliche Prozesse in der gesamten Plattform.

Die digitale Transformation der kommunalen Verwaltung ist für alle Beteiligten eine große Herausforderung. Die VOIS-Technologie wird dabei helfen, diese erfolgreich zu meistern. Um das angestrebte Once-Only-Prinzip zu erreichen, ist die VOIS-Software als Baukasten konzipiert. In die VOIS-Plattform können – je nach Bedarf der jeweiligen Behörde – weitere Fachverfahren unkompliziert integriert werden.

Matthias Donzelmann ist Geschäftsführer der naviga GmbH.

Landratsamt Bodenseekreis: Von Null auf Hundert in unter vier Stunden

Landesweit stehen kommunale Einrichtungen wegen COVID-19 vor der gewaltigen Aufgabe, ihre Betriebsbereitschaft aufrecht zu erhalten. Eingeführte Mobility-Strukturen stoßen in Extremfällen an ihre Grenzen, sind nicht hinreichend skalierbar oder belastbar, der Aufwand, die Clients auszurollen, ist zu hoch oder die Implementierung dauert zu lange.

Ad-hoc-Zugriff zuhause

Mit der bewährten Access-Lösung G/On von Giritech haben über 200 Mitarbeiter im Landratsamt Bodenseekreis seit Jahren die Möglichkeit, mobil und im Home-Office zu arbeiten. In der aktuellen Situation war die Herausforderung, mehreren hundert Beschäftigten zusätzlich einen Ad-hoc-Zugriff auf Remote-Desktop-Services (Terminal Server, physische PCs) bereitzustellen. Dies sollte ohne den Rollout von Hard-/Software, clientlos, hoch performant, skalierbar und mit 2-Faktor-Authentifizierung in kürzester Zeit realisiert werden.

Die Entscheidung fiel auf Ericom Connect, das bei öffentlichen Auftraggebern, Kliniken, Sozialeinrichtungen sowie Unternehmen jeglicher Größe und Branche im Einsatz ist. Als VAD für die D/A/CH-Region verfügt Giritech über die notwendige Erfahrung bei der Implementierung in den verschiedensten Umgebungen.

Niedrige Kosten, höchste Sicherheit

Da praktisch alle privaten PCs über einen aktuellen Browser verfügen, ist ein Zugriff darüber am einfachsten realisierbar. Connect setzt auf HTML5 ohne zusätzliche Applets oder Add-Ins. Erweiterte Funktionen bieten die mobilen Clients für iOS und Android, sowie das Access-Pad als portable App für Windows und macOS.

Connect setzt auf einem Windows Server 2016/2019 auf und kümmert sich um Lastoptimierung und Connection-Brokering. Hochverfügbarkeit wird durch aktives Failover unterstützt. Eine Grid-Architektur ermöglicht bis zu 100.000 gemanagte Sessions. Auf den Ressourcen wird ein Agent installiert, zum Beispiel per Softwareverteilung. Dieser meldet dem Managementportal den Systemstatus (Verfügbarkeit / Auslastung) und Connect weist die Ressourcen berechtigten Benutzern zu.

Für den Zugriff per Browser müssen besondere Sicherheitsmaßnahmen gelten, deshalb wurde eine Multifaktor-Authentifizierung integriert. Die Duo App generiert auf den Smartdevices der Belegschaft Einmaltoken, die neben den AD-Credentials zur Anmeldung benötigt werden. So sind Single-Sign-On und 2F-Authentifizierung ohne aufwändige clientseitige Installationen möglich.

Relevante Apps schnell verfügbar

Im Landratsamt konnte die sportliche Aufgabe, eine mandantenfähige Access-Infrastruktur mit Duo-Anbindung bereitzustellen, in weniger als vier Stunden realisiert werden. Terminal-Server-Sessions, Desktops, virtuelle Maschinen, veröffentlichte Apps stehen standort- und geräteunabhängig bereit. Eine Skalierung ist bedarfsorientiert durch Einspielen einer zentralen Lizenz möglich. Die inkludierte Mandantenfähigkeit, ausführliche Reporting- und Analysefunktionen runden die Lösung weit über den Aspekt der reinen Business-Continuity ab.

Kontakt:
Giritech GmbH
www.giritech.de

Aus Dreien mach **Eine**

Eva Sprockamp

Drei Verbandsgemeinden wachsen zusammen, zudem wird eine umfassende Digitalisierung der Verwaltungsprozesse durchgeführt: Das Beispiel Gerolstein in Rheinland-Pfalz zeigt, wie sich so ein Unterfangen binnen acht Monaten meistern lässt.

Viel Kommunikation und eine intensive Zusammenarbeit sind notwendig, um drei Verbandsgemeinden (VG) innerhalb kurzer Zeit zu fusionieren und eine neue Verwaltung zu schaffen – insbesondere, wenn die Neuaufstellung mit der umfassenden Einführung digitaler Prozesse verbunden ist. Dass es dennoch machbar ist, zeigt der Zusammenschluss der rheinland-pfälzischen Verbandsgemeinden Obere Kyll, Hillesheim und Gerolstein. Nur acht Monate dauerte es von der Erfüllung der gesetzlichen Grundlage bis zur Gründung der neuen Verbandsgemeinde Gerolstein. Dazu gelang auch der erfolgreiche Start in die Digitalisierung.

Die größte Herausforderung war dabei der zeitliche Aspekt, meint Richard Bell, Sachgebietsleiter Finanzen in Gerolstein und federführend bei der Umsetzung des beschlossenen Digitalisierungsprojekts. Er erklärt: „Die Verwaltungsführung wollte die Fusion zum Anlass nehmen, einen entscheidenden Fortschritt für die neue Verwaltung zu erreichen. Einer der ausschlaggebenden Schritte dabei war, dass wir die Mitarbeiter von Hillesheim und Gerolstein für den Einsatz der Finanz-Software Infoma newsystem gewinnen konnten.“ An erster Stelle stand deshalb, die beiden Partner mittels der integrierten Lösung auf dasselbe technologische Niveau zu bringen wie die Gemeinde Obere Kyll, bei der Infoma newsystem schon lange genutzt wird. Damit stand die Basis für die konsequente Digitalisierung der gesamten Verwaltung fest und die Chance auf eine durchgängige Festlegung von Standards, Workflows und Software-Lösungen, welche die Interessen aller Fachbereiche berücksichtigt, war eröffnet. Belohnt wurde dieser von den Mitarbeitern vollumfänglich unterstützte Aufbruch in die digitale Verwaltungszukunft noch im gleichen Jahr mit dem Gewinn des Axians Infoma Innovationspreises.

Gerolstein: Gemeinsam zur digitalen Verwaltung.

Dass sich die nunmehr sechstgrößte Verbandsgemeinde in Rheinland-Pfalz auf einem richtigen Weg befindet, davon ist Richard Bell überzeugt: „Mit Blick auf die formulierten Ziele sind wir gut unterwegs. Zwar hat das Projekt für so manche Überstunde bei den Beteiligten gesorgt, aber letztlich hat sich der Einsatz gelohnt. Das zeigt uns auch das Feedback aus den Ortsgemeinden, der Kommunalpolitik und von den Bürgern.“ So haben digitale Workflows, wie beispielsweise in der Rechnungsbearbeitung, bei der Buchungsschnittstellen-Freigabe sowie in den dezentralen Barkassen der Bürgerbüros, die papiergebundenen Prozesse bereits abgelöst und damit einen wichtigen Teil der ersten Umsetzungsphase erfüllt.

Profil

● **Verbandsgemeinde Gerolstein**

Bundesland: Rheinland-Pfalz
Landkreis: Vulkaneifel
Einwohnerzahl: 30.000
Bürgermeister: Hans Peter Böffgen (parteilos)
Web-Präsenz: www.gerolstein.de

Weiteres Projekt: Das Ratsinformationssystem der Verbandsgemeinde informiert über Gremien, Mitglieder und Ausschüsse.

An oberster Stelle bei den dafür definierten Kernpunkten stand die Implementierung des bereichsübergreifenden ERP-Systems. Moderne, standardisierte und digitale Prozesse, wie sie Infoma newsystem ermöglicht, sollten den Aufbau einer modernen Verwaltungsorganisation mitgestalten. Damit einher ging auch die Einrichtung einer ganz neuen IT-Struktur. Die Einführung eines zentralen Managements für die rund 42.000 vorhandenen Adressen und die Bescheidschreibung im Steuerbereich gehörten in dieser ersten Phase ebenso zu den geplanten Maßnahmen wie die Zählerverwaltung und Wasserverbrauchsabrechnung in den VG-Werken mit der Möglichkeit der einfachen Online-Erfassung von Wasserzählerständen für die Bürger. „Wir wollen insbesondere die digitale Einbindung der Bürger noch verstärken“, sagt Richard Bell. „Mit der Realisierung des Moduls E-Payment für das elektronische Bezahlen von Mahnungen bieten wir deshalb in Kürze einen weiteren bürgerorientierten Service im Verwaltungskontakt.“

Für die Durchführung des Gesamtprojekts wurde eine Steuerungsgruppe mit Vertretern aus allen involvierten Fachbereichen der ehemaligen Verbandsgemeinden und den zuständigen Beratern von Axians Infoma gebildet. Monatliche Treffen in der ersten Projektphase gewährleisteten insbesondere bei neuen Projektsituationen eine direkte Steuerung. Gleichzeitig galt es, die rund 120 Mitarbeiter von Beginn an mitzunehmen. „Durch das Zusammenwachsen von drei Verwaltungseinheiten war es besonders wichtig, alle Beschäftigten ins Boot zu holen“, erläutert Richard Bell.

Für die nahe Zukunft hat die neue Verbandsgemeinde einiges vor: Geplant sind die digitale Abbildung von Gebäuden und Liegenschaften sowie die Zeit- und Ressourcenerfassung der VG-Werke und Bauhofmitarbeiter über Apps. Auch die Themen Dokumenten-Management, Rats- und Bürgerinformationssysteme und Sitzungsmanagement stehen auf der Agenda. Zudem soll schon in diesem Jahr die Haushaltsplanung für die 38 Ortsgemeinden digital erfolgen.

Eva Sprockamp ist freie Journalistin in Bad Wörishofen.

Anzeige

more!software
mehr leistung · mehr service · mehr mensch

NEUE VERSION AB SOFORT VERFÜGBAR
8.0

Gremienarbeit per Fingertipp!
Mit unserem Sitzungsmanagementsystem more! rubin und der optionalen Tablet-App DiPolis kein Problem. Wir verbinden klassische Desktop-Software mit den Möglichkeiten des mobilen, digitalen Zeitalters. Das spart Kosten, erleichtert die Arbeit und schont die Ressourcen unserer Umwelt.

- *Sitzungsdienst*
- *Beschlusskontrolle*
- *Antragsverwaltung*
- *Sitzungsgeld*
- *Rats- und Bürgerinfossystem*
- *Tablet-App für digitale Gremienarbeit*

more! software GmbH & Co. KG
Aubachstraße 30 | 56410 Montabaur
Telefon: 02602 838870
E-Mail: info@more-rubin.de | **www.more-rubin.de**

Digitale Dorfplätze überzeugen

Smarte Informationsportale, die zentral im Dorf zu finden sind: Mit diesem Konzept gewann der Gemeindeverbund Hohenkirchen den Digitalisierungswettbewerb „Smart tau hus“.

Die Idee für digitale Dorfplätze brachte dem Gemeindeverbund Hohenkirchen den Sieg im Digitalisierungswettbewerb „Smart tau hus“ des Ministeriums für Landwirtschaft und Umwelt des Landes Mecklenburg-Vorpommern ein. 100.000 Euro Preisgeld gab es für die Umsetzung des Projekts, die gemeinsam mit dem Fraunhofer-Institut für Experimentelles Software Engineering IESE stattfinden wird, berichtet das Ministerium. Die digitalen Dorfplätze sollen in Form von Schaukästen entwickelt werden und den Informationsaustausch zwischen Verwaltung, Einwohnern und Gästen verbessern. Geplant sei, die Informationsportale an stark frequentierten Standorten wie Bushaltestellen, Strandzugängen, Gemeindezentren, Touristen-Informationen und der Amtsverwaltung aufzustellen. Die notwendige technische Infrastruktur dafür wie Strom und Glasfaser sei in Hohenkirchen bereits geschaffen worden. Laut Projektantrag werden an den digitalen Dorfplätzen Bekanntmachungen, Formulare und Anträge der Amtsverwaltung, Veranstaltungshinweise, Rad- und Wanderkarten sowie Informationen zu Vereinen, Verbänden, gastronomischen Einrichtungen und Ferienunterkünften abrufbar sein.

Link-Tipp

Weitere Informationen zum Wettbewerb unter:

- **www.smart-tau-hus.de**

Teil der Projektidee sei auch ein Chat-Dienst, über den Nutzer unkompliziert Kontakt zur Verwaltung aufnehmen können. Örtliche Betriebe sollen außerdem die Möglichkeiten erhalten, Werbung über die Informationsportale zu schalten. Mit den Einnahmen daraus sei die dauerhafte Finanzierung für die Anschaffung und Unterhaltung der Bildschirme möglich. Die Idee zu diesem Projekt entstand nach Angaben der Kommune aus der Notwendigkeit heraus, Informationen für einen großen Gemeindeverbund effizient zu bündeln und unbürokratisch zur Verfügung zu stellen. Dies sei insbesondere in ländlichen, dünnbesiedelten Gegenden und damit in weiten Teilen von Mecklenburg-Vorpommern schwierig.

Till Backhaus, Minister für Landwirtschaft und Umwelt, erklärte: „Das Vorhaben hat die Jury und auch mich überzeugt, da es die Bedürfnisse der Einheimischen und Touristen gleichermaßen berücksichtigt und auf viele andere Gemeinden im Land übertragbar ist. Die digitalen Dorfplätze ermöglichen Kommunikation in Echtzeit, erleichtern die Informationssuche und stärken die Bindung der Menschen zur Region. Besonders erfreulich ist, dass bereits viele örtliche Vereine, Verbände und Unternehmen eine Beteiligung am Projekt zugesagt haben, denn schlussendlich kann vor Ort langfristig nur etwas bewegt werden, wenn alle mitziehen.“

Insgesamt haben laut Angaben des Ministeriums für Landwirtschaft und Umwelt 32 Gemeinden allein oder in Kooperation an den vorbereitenden Workshops von Fraunhofer IESE teilgenommen. Daraus seien dann aber lediglich sechs Wettbewerbsanträge hervorgegangen.

Backhaus lobte dennoch die weitreichende Beteiligung der Kommunen und bedankte sich bei allen sechs Wettbewerbsteilnehmern für ihre Projektideen und wies darauf hin, dass die Landesregierung bereits prüfe, inwieweit einzelne Ansätze für digitale Lösungen über andere Fördermöglichkeiten des Landes unterstützt werden können. Überdies werde mit dem Wettbewerbssieger vereinbart, die Ergebnisse des Modellprojekts anderen ländlichen Gemeinden zugänglich zu machen.

Corinna Heinicke

Countdown für E-Rechnungen läuft aus

Am 18. April 2020 ist eine der letzten Fristen des E-Rechnungs-Gesetzes verstrichen. Seit diesem Tag müssen laut EU-Verordnung 2014/55/EU Einrichtungen auf Bundes-, Länder- und Kommunalebene einen Eingangskanal bereitstellen, über den Lieferanten elektronische Rechnungen im Format XRechnung einreichen können. Eine Auflage, die nicht nur die öffentliche Verwaltung betrifft, auch andere öffentliche Auftraggeber stehen in der Pflicht.

Eckpfeiler und Kernelemente des E-Rechnungs-Gesetzes stammen dabei aus Brüssel. Festgelegt in der Richtlinie 2014/55/EU für ein einheitliches Rechnungsformat in den öffentlichen Verwaltungen, war das Ziel, die Entwicklung von zweckmäßigen, benutzerfreundlichen, flexiblen und kosteneffizienten Systemen zur elektronischen Rechnungsstellung zu ermöglichen, um auch spezielle Bedürfnisse kleinerer und mittlerer Unternehmen sowie von subzentralen Auftraggebern zu berücksichtigen.

Unter Federführung von Bund und dem Land Bremen entstand daraufhin ab 2016 im Planungsprojekt „E-Rechnung“ ein Architekturkonzept, in dem anhand der Anforderungen der EU-Richtlinie und unter Berücksichtigung der deutschen Verwaltungsstrukturen eine Eingangsplattform konzipiert wurde. Dafür wurde innerhalb des Konzeptes die mögliche Nachnutzung bereits vorhandener IT-Komponenten, wie beispielsweise die Anwendungen des IT-Planungsrates, Governikus MultiMessenger und Governikus Autent, berücksichtigt, wodurch zugleich die Harmonisierung mit bereits laufenden Projekten fokussiert wurde.

Am 18. April 2020 ist nun eine der letzten Fristen des E-Rechnungsgesetzes abgelaufen. Seit diesem Zeitpunkt müssen alle Bundesländer Dokumente im Format XRechnung empfangen können. Ab 27. November 2020 sind laut E-Rechnungs-Verordnung Lieferanten öffentlicher Auftraggeber dann verpflichtet, Rechnungen ab 1.000 Euro ausschließlich elektronisch einzureichen – das gilt auch für den sogenannten Unterschwellenbereich. Betroffen sind kommunale

Einrichtungen, aber beispielsweise auch viele Hochschulen und Krankenkassen, auch wenn es auf Länderebene unterschiedliche Regelungen gibt.

Nichtsdestotrotz bedeutet dies hohen Handlungsdruck für alle, bei denen noch keine Lösung in der Umsetzung ist. Denn die Anforderungen an die technische Lösung sind nicht unerheblich. Eine zukunftssichere Lösung erfordert eine ständige Weiterentwicklung und Pflege. Hier lohnt der Blick auf die Bremer Lösung „zERIKA“. Die Hansestadt setzt bei ihrer Plattform auf den Governikus MultiMessenger, eine Anwendung des IT-Planungsrates. Dadurch wird die Software bedarfsorientiert weiterentwickelt, langfristige Pflegeverträge sorgen zugleich für Planungssicherheit. Und mit etlichen dem Pflegevertrag beigetretenen Bundesländern sowie dem Bund steht vielen öffentlichen Auftraggebern die Nutzung des MultiMessengers offen.

Eine weitere Herausforderung ist die Kanalvielfalt. Die Einreichung von E-Rechnungen kann auf vielfältigen Wegen, per Webanwendung, Webservice, De-Mail und E-Mail erfolgen – weitere Kanäle werden in Zukunft folgen. Hier kommt bei Bund und Bremen die gleiche Technologie zum Einsatz: der Governikus MultiMessenger. Die Anwendung fungiert als eine Art Drehscheibe, die alle relevanten Transportkanäle verarbeitet. Zudem eröffnet die Anwendung einen Zugangsweg zur in den Beschaffungsprozessen bereits etablierten Peppol-Infrastruktur, welche als einheitliche, sichere Webservice-Schnittstelle fungiert. Zugleich wird ein Zugang zu grenzüberschreitenden Beschaffungsprozessen via AS4 eröffnet.

Governikus KG

Governikus GmbH & Co. KG
Hochschulring 4
28359 Bremen
Telefon: 0421 / 204 95-0
www.governikus.de

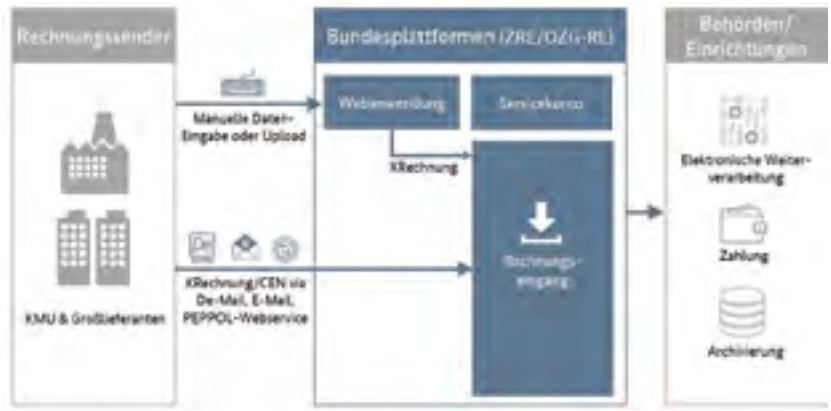
Pflicht wird zum **Vorteil**

Franziska Streichsbier

Ab November sind Lieferanten, die als Auftragnehmer für den Bund und seine Behörden tätig sind, zum Versand elektronischer Rechnungen verpflichtet. Wie sind Vorgänge rund um die E-Rechnung definiert, und wie wirkt sich diese Vorschrift konkret aus?

Eine elektronische Rechnung ist ein nach genauen Vorgaben strukturierter Datensatz, der automatisch weiterverarbeitet werden kann. Inhalte und Format des Datensatzes wurden europaweit einheitlich festgelegt. In Deutschland ist nach der E-Rechnungsverordnung des Bundes (E-RechV) grundsätzlich der Standard XRechnung zu verwenden. Dabei handelt sich um einen offenen, unentgeltlichen und zukunftssicheren Datenstandard. Die öffentliche Verwaltung akzeptiert XRechnungen sowie andere, der europäischen Norm EN 16931 entsprechende Formate. Zusätzlich müssen E-Rechnungen die Anforderungen der E-RechV sowie die Nutzungsbedingungen der Rechnungseingangsplattformen erfüllen. Ab dem 27. November 2020 sind Rechnungssteller in der Pflicht, E-Rechnungen an Auftraggeber des Bundes zu übermitteln. Ausgenommen von dieser Verpflichtung sind unter anderem Direktaufträge bis zu einem Auftragswert in Höhe von 1.000 Euro.

Einlieferungswege in die Bundesplattformen



Quelle: Schütze AG & Bonpago GmbH

E-Rechnungen an die Bundesverwaltung können über die Rechnungseingangsplattformen des Bundes eingereicht werden. Für Bundesministerien und für Verfassungsorgane sowie für Behörden der unmittelbaren Bundesverwaltung ist dies die Zentrale Rechnungseingangsplattform (ZRE). Für die E-Rechnungen an Einrichtungen der mittelbaren Bundesverwaltung, an Zuwendungsempfänger des Bundes sowie an die kooperierenden Bundesländer Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Thüringen steht die Onlinezugangsgesetz-konforme Rechnungseingangsplattform (OZG-RE) zur Verfügung. Es ist lediglich eine einmalige Registrierung des Rechnungsstellers für die Nutzung der Plattform erforderlich. Über welche Plattform die Dateien jeweils eingereicht werden müssen, erfahren Lieferanten von ihren Auftraggebern. Diese teilen auch die so genannte Leitweg-ID mit, die dafür sorgt, dass die E-Rechnung den richtigen Adressaten erreicht.

Lieferanten können E-Rechnungen auf mehreren Wegen über die ZRE und OZG-RE an ihre Auftraggeber übermitteln. Am einfachsten ist der Versand der Datei direkt aus

6. E-Rechnungs-Gipfel

Der E-Rechnungs-Gipfel findet dieses Jahr am 21. und 22. September 2020 in Düsseldorf statt. Er wird präsentiert vom Forum für elektronische Rechnung Deutschland (FeRD), dem Verband elektronische Rechnung (VeR) und dem Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI). Weitere Informationen unter:

- www.e-rechnungsgipfel.de

dem eigenen IT-System heraus. Hierfür kann es notwendig sein, die beim Lieferanten eingesetzte Software fit für die E-Rechnung zu machen, um die elektronische Übertragung mit E-Mail optimal nutzen zu können. Aktuell wird zudem die Übermittlung via Web-Service PEPPOL eingerichtet. Der manuelle Upload einer vorab erstellten E-Rechnung auf den Seiten von ZRE und OZG-RE bietet sich für die Lieferanten an, die mit ihrer Software eine entsprechende Rechnung erstellen, diese jedoch nicht über die angebotenen Übertragungskanäle (De-Mail, E-Mail oder Web-Service) versenden. Dabei ist zu beachten, dass das zum Upload vorgesehene Dokument neben der europäischen Norm auch der E-RechV und den Nutzungsbedingungen der Rechnungseingangsplattform entspricht.

Die Web-Erfassung bietet sich insbesondere für Rechnungssteller mit einem geringen Rechnungsvolumen an, die keine Software im Rechnungsausgang verwenden oder deren im Einsatz befindliche Software keinen – den oben genannten Anforderungen entsprechenden – Standard unterstützt. Konkret: Der Rechnungssteller gibt die Daten Feld für Feld manuell in eine Eingabemaske der ZRE oder OZG-RE ein. Auf den Plattformen wird daraus eine XRechnung erzeugt und dann dem Empfänger übergeben. Der Rechnungssteller kann die von ihm in der Plattform erstellte Rechnung nach dem Versand als Datei herunterladen. Für die ordnungsgemäße Aufbewahrung muss der Rechnungssteller selbst sorgen. Die Plattform stellt dafür kein revisionssicheres Archiv bereit.

Mit der Einführung der E-Rechnung hat der Bund ein Etappenziel auf seinem Weg erreicht, Verwaltungsleistungen bis 2022 auch elektronisch anzubieten. Sowohl Unternehmen als auch Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung können die Vorteile der digitalen Rechnungsstellung und -bearbeitung umfassend nutzen. Dazu gehören auf Lieferantenseite unter anderem die spürbaren Einsparungen durch den Entfall des Ausdruckens und des postalischen Versands.

Zudem ergeben sich mit der Umstellung auf die E-Rechnung Chancen, auch weitere Prozesse im Rechnungswesen zu digitalisieren. Und schließlich ist mit Blick auf die Rechnungsbearbeitung zu erwarten, dass durch die Minimierung der Transportzeiten sowie den Wegfall ganzer Arbeitsschritte eine Verkürzung der Durchlaufzeit einer Rechnung erreicht wird.

Das Projekt „eRechnungsportal Bund“ ist Teil des Programms Dienstekonsolidierung Bund. Bis 2025 sollen in über 40 Projekten gemeinsame, leistungsstarke und sichere IT-Lösungen für die Bundesverwaltung entwickelt und in rund 200 Bundesbehörden bereitgestellt werden. Weitere Informationen unter www.bmi.bund.de/einfuehrung-e-rechnung.

Franziska Streichsbier ist Referentin im Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat. Sie wird auf dem E-Rechnungs-Gipfel unter dem Titel „Die E-Rechnung kommt – Pflicht und Vorteil für die Wirtschaft“ zu diesem Thema sprechen.

Anzeige

E-Government endlich einfach!
Ihr Bürgerportal

OPENR@THAUS

· Integration Servicekonto inkl. Postkorb
· Integration e-Payment und eID
· Integration Fachverfahren und DMS
· startbereite Basisprozesse

www.open-rathaus.de

Schnell und **transparent**

Torge Link

Um elektronische Rechnungen im XML-Format zu empfangen und zu verarbeiten, setzt die nordrhein-westfälische Landeshauptstadt Düsseldorf auf eine Software-Lösung der xSuite Group. Unterstützt wird sie dabei von der ITK Rheinland.

Bislang waren Eingangsrechnungen im neuen Format XRechnung in Düsseldorf eher die Ausnahme. Seit dem 18. April 2020 ist die nordrhein-westfälische Landeshauptstadt – wie jede andere öffentliche Einrichtung – gemäß EU-Richtlinie 2014/55/EU verpflichtet, elektronische Rechnungen im XML-Format zu empfangen und zu verarbeiten. Der Anteil an XRechnungen dürfte sich demnach auch in Düsseldorf mittelfristig rasch erhöhen. Die Stadt ist dafür mit einer Software-Lösung des Workflow-Spezialisten xSuite Group gerüstet. Diese ist vollständig SAP-integriert und arbeitet mit der Logik der Module SAP PSCD und SAP PSM sowie mit dem DZ-Kommunalmaster Doppik/Betriebe. Implementiert hat sie die ITK Rheinland, zu deren Verbandsmitgliedern die Landeshauptstadt Düsseldorf gehört.

Rund 220.000 Rechnungen erhält Düsseldorf pro Jahr. Von einem digitalen Rechnungseingangsworkflow versprach sich die Stadtverwaltung mehr Transparenz im Rechnungswesen, vereinfachte Recherchen und nicht zuletzt die Realisierung von Skontogewinnen durch schnelle Bezahlung. Papierrechnungen werden in Düsseldorf mittlerweile direkt nach ihrem Eintreffen an zentraler Stelle eingescannt. Die Software liest aus den Scans – sowie aus den ebenfalls eingehenden PDF-Rechnungen – Rechnungsdaten aus, übernimmt sie vollständig und vorerfasst sie in SAP. Die Prüfung findet revisionssicher über den nachfolgenden Workflow statt. Damit entfallen Postversand und manuelle Bearbeitung der Papierrechnungen. Prüfungen und Freigaben werden lückenlos dokumentiert; über ein Rechnungseingangsbuch können Kämmerei und Dienststellen den aktuellen Status der Rechnungen zu jedem Zeitpunkt nachvollziehen. Der Zugriff auf den Workflow für Beschäftigte, die ausschließlich eine Rechnung freigeben sollen und über keinen SAP-Zugang verfügen, erfolgt über ein Web-Interface.

Düsseldorf: Rund 220.000 Rechnungen treffen pro Jahr ein.

„Die Oberfläche der Lösung orientiert sich an SAP, es ist ein Absprung in die SAP-Belege möglich“, erklärt Betina Kobecke, Projektverantwortliche bei ITK Rheinland. Der IT-Dienstleister ist in Nordrhein-Westfalen mit seinen zwölf Verbandsmitgliedern einer der größten und modernsten für Kommunen in Deutschland. Die ITK Rheinland entstand im Jahr 2008, als der 1998 gegründete Zweckverband Kommunale Datenverarbeitungszentrale Neuss mit dem Amt für Informationstechnik der Landeshauptstadt Düsseldorf fusionierte. Für die Stadt Düsseldorf, die Kommunen im Rhein-Kreis Neuss, den Kreis selbst und die Stadt Mönchengladbach bietet die ITK rund 15.000 Anwendern einen Service von der Beratung bei der Gestaltung der IT-Landschaft über die Auswahl konkreter Produkte bis hin zur Integration von Anwendungen und Verfahren sowie deren täglichen Betrieb.

Seit 2017 ist die ITK Rheinland Partner der xSuite Group (vormals WMD) und hat für den Rechnungsworkflow des Software-Herstellers

eine Verbandslizenz der Lösung xSuite Public Sector für sich und ihre Verbandsmitglieder erworben. Guido Müller, Servicebereichsleiter Finanz- und Personal-Management bei der ITK Rheinland, sagt: „Es gab damals keinen anderen Anbieter, dessen Rechnungsworkflow mit dem PSCD-Modul und dem DZ Kommunalmaster Doppik interagierte."

Am Beginn des Projekts standen Workshops von ITK Rheinland, xSuite und dem Kunden, im Verlauf derer ein Realisierungskonzept entstand. Der Mandant wurde dann im System aufgesetzt und eingerichtet, es wurden Vortests gemacht, das Layout an die Kundenwünsche angepasst und Schulungen durchgeführt. Der Roll-out über eine Verwaltung von der Größe der nordrhein-westfälischen Landeshauptstadt war eine große Herausforderung. Mittlerweile läuft das System xSuite Public Sector in Düsseldorf in allen Fachbereichen und die Stadt kann Rechnungsinhalte aus Papier- und E-Rechnungen automatisiert in ihr SAP-System übertragen und verarbeiten.

Bis 2021 ist geplant, die Lösung für weitere Verbandsmitglieder auszurollen, die SAP einsetzen. Begonnen wird im August 2020 mit dem Roll-out bei der Stadt Neuss und ihren fünf Eigenbetrieben Städtische Friedhöfe, Gebäude-Management, Infrastruktur, Liegenschaften und Vermessung sowie Tiefbau-Management. Die Neusser Eigenbetriebe verfügen ebenfalls über eigene SAP-Mandanten im Umfeld der ITK Rheinland. Anschließend starten die Einführungsprojekte mit dem Rhein-Kreis Neuss, der Stadt Kaarst sowie der Stadt Meerbusch.

Die xSuite-Lösung beinhaltet Standard-Komponenten zur Beleglesung und zur elektronischen Rechnungsannahme per PDF sowie eine SAP-ArchiveLink-Schnittstelle zur Anbindung an die vorhandenen Archivsysteme. Sie arbeitet mit den Modulen SAP FI/MM sowie den SAP-Modulen PSCD und PSM unter Berücksichtigung des DZ Kommunalmasters. Erweitert wird die xSuite-Verbandslizenz um das XRechnungs-Konfigurationsset, um auch die Annahme und Verarbeitung von XRechnungen zu ermöglichen.

Bei der XRechnung handelt es sich um einen strukturierten, standardisierten Datensatz im XML-Format, der elektronisch versendet und automatisch verarbeitet werden kann. Nur dann darf im Sinne der EU-Vorgabe überhaupt von echten elektronischen Rechnungen gesprochen werden. Reine E-Mails und PDF-Dateien, Bilder sowie eingescannte Papierrechnungen zählen nicht dazu, denn es mangelt ihnen an Standardisierung und Struktur. Nach vorliegenden Schätzungen können durch die vollständige Automatisierung der Prozesse bei der Rechnungsbearbeitung bis zu 80 Prozent der Kosten gegenüber der konventionellen Rechnungsbearbeitung eingespart werden.

Torge Link ist Team-Leiter Public Solutions bei der xSuite Group GmbH, Ahrensburg.

Anzeige

Sitzungs- und Gremienarbeit optimieren geht nicht?
Geht doch – mit uns!

Mit uns besser Beraten!

Bei uns finden Sie die passenden Produkte, um Ihre Sitzungen, Gremien sowie Ihren Workflow zu organisieren und zu optimieren.
Mit unserem Sitzungsdienst, unserer Weboberfläche und den mobilen Apps, realisiert für iOS, Android und Windows, gelingt alles effizient, papierlos und sicher.

STERNBERG Software GmbH & Co. KG · Bielefeld · Tel.: +49 (0)521 97700-0 · www.sitzungsdienst.net

30 Jahre
STERNBERG

Außerdem ...
Mit uns besser informieren!
In wenigen Schritten zum digitalen Amtsblatt mit **ABI.NET** - dem Informationssystem.

Rechnungsworkflow umgesetzt

H. Lange

Die Stadt Werder (Havel) wagte bereits im Jahr 2015 den ersten Versuch für einen E-Rechnungsworkflow. Verschiedene Gründe führten allerdings dazu, dass das Projekt zunächst auf Eis gelegt werden musste. Nun wurde der Workflow vollständig umgesetzt.

Seit dem 27. November 2018 führt kein Weg mehr an der elektronischen Rechnungsstellung vorbei. Mit dem so genannten E-Rechnungsgesetz wurden die Vorgaben der Richtlinie 2014/55/EU in nationales Recht umgesetzt. Es schafft damit die verbindliche Rechtsgrundlage für den Empfang und die Weiterverarbeitung elektronischer Rechnungen durch öffentliche Auftraggeber des Bundes.

In der Stadt Werder (Havel) in Brandenburg gab es bereits im Jahr 2015 erste Ansätze zur Einführung eines elektronischen Rechnungsworkflows. Die technischen Voraussetzungen, wie zum Beispiel ein Dokumenten-Management-System (DMS) oder ein geeigneter Scanner, damit Eingangsrechnungen als PDF-Datei in das Finanzverfahren übernommen werden können, waren vorhanden. Auch die gegenseitige Verknüpfung aller Komponenten wäre möglich gewesen. Jedoch fehlte es zum damaligen Zeitpunkt an vielen Ecken und Enden. Es gab beispielsweise nur sehr wenige Lieferanten, die ihre Rechnungen im PDF-Format und per E-Mail an die Verwaltung versendeten. Auch mangelte es an konkreten Vorgaben seitens des Gesetzgebers, beispielsweise an einer qualifizierten elektronischen Signatur. Innerhalb der Verwaltung wurden Übergangsregelungen geschaffen. Der dadurch entstehende Mehraufwand wurde vollständig von der Buchhaltung aufgefangen. Somit wurde die von der städtischen Finanzverwaltung initiierte Einführung des Rechnungsworkflows Ende 2015 bis auf Weiteres auf Eis gelegt. „Die Zeit war noch nicht reif“, erinnert sich Fachbereichsleiterin Elke Viol. Doch im November 2018 stand das Thema plötzlich wieder auf der Agenda: Der Druck wurde durch das Brandenburgische E-Government-Gesetz (BbgEGovG) von 2018, welches die Kommunen im Land verpflichtet, die gesetzlichen Regelungen ab April 2020 anzuwenden, noch zusätzlich erhöht.

Werder: Rechnungsworkflow seit März 2019 im Einsatz.

Der Plan war schnell erstellt. Dieser beinhaltete als ersten Punkt eine Bestandsaufnahme, die den Ist-Prozess zur Bearbeitung von Eingangsrechnungen offenlegte. Des Weiteren wurde sehr ausführlich diskutiert, wo die Stadtverwaltung steht, wo der Weg hingehen soll und welche Optimierungspotenziale durch die Einführung des neuen Arbeitsablaufs erkennbar sind. Darüber hinaus galt es, den Umgang mit Eingangsrechnungen, die Handhabung des Posteingangs sowie sämtliche Feststellungs- und Anordnungsbefugnisse sowie den mit der Umstellung verbundenen Schulungsaufwand konkret zu regeln. Nicht zuletzt musste ein realistischer Zeitplan angefertigt werden.

Anfang Januar 2019 wurden in Zusammenarbeit mit den Unternehmen Saskia Informations-Systeme und LCS Computer Service die technischen und organisatorischen Voraussetzungen für die Umstellung geschaffen. Diese beinhalteten sowohl die Umstellung auf den E-Rechnungsworkflow, als auch den Roll-out des vorhandenen DMS WINYARD. Nur wenige Schulungen

waren erforderlich, da der Workflow des Rechnungsdurchlaufs vorher in der Verwaltung definiert wurde. Im Februar 2019 wurde dann ein E-Mail-Postfach für den zentralen elektronischen Rechnungseingang sowie Schnittstellen zwischen Finanz-Software und DMS eingerichtet. Intensive Tests der verknüpften Systeme, also Scanner, Drucker, Eingangsrechungsablage, sowie die Einweisung aller feststellungs- und anordnungsbefugten Beschäftigten schlossen sich an.

Bereits Mitte März 2019, nach weniger als drei Monaten, war das System umgestellt. Die gesamte Verwaltung nutzt seither den E-Rechnungsworkflow, der problemlos in die Arbeitsabläufe der Buchhaltung integriert werden konnte. Scan-Technik, DMS und Finanzverfahren arbeiten einwandfrei zusammen. Für die erfolgreiche Umsetzung war neben der gut organisierten Vorbereitung in erster Linie wichtig, dass alle Beschäftigten der Finanzverwaltung den Umstellungsprozess vorbehaltlos positiv begleitet haben. Fragen und Problemstellungen wurden vollständig aufgegriffen, die komplette Verwaltung wurde stets zum aktuellen Stand informiert und in weitere Abläufe einbezogen.

Doch wie sieht es ein knappes Jahr später aus? Elke Viol: „Das Arbeiten mit dem Scanclient, die elektronische Weiterleitung sowie die Feststellung und Anordnung sind zur Normalität geworden. Circa 40 Prozent der Rechnungen gehen mittlerweile im PDF-Format per E-Mail ein, Tendenz steigend.“ Durch die automatische Übernahme der Rechnungsdaten ist der Zeitaufwand für Buchungen bei gleichzeitiger Verringerung von Übertragungsfehlern gesunken. Mehrfach erfasste Rechnungen werden vom System erkannt, Doppelzahlungen sind weitestgehend ausgeschlossen. Der Rechnungsdurchlauf hat sich ebenfalls deutlich beschleunigt. Die neue Dienstanweisung nach § 44 der Kommunalen Haushalts- und Kassenverordnung (KomHKV) ist noch in Bearbeitung. Sie soll möglichst alle im Echtbetrieb gewonnenen Erkenntnisse beinhalten, um daraus ein umfassendes verwaltungsbezogenes Handbuch erstellen zu können.

Natürlich lief nicht alles von Anfang an ohne Probleme. So wurden beispielsweise Papierrechnungen gescannt und per E-Mail verschickt, aber das Original blieb beim Lieferanten oder wurde doppelt eingereicht. Doch diese kleinen Pannen sind inzwischen behoben.

Der Umstieg hat der Verwaltung viele Vorteile gebracht. Durch die rechtzeitige Umstellung konnten Abläufe ausführlich getestet und angepasst werden. Die medienbruchfreie Verarbeitung und revisionssichere elektronische Aufbewahrung sind sichergestellt, und neben den rechtlichen Vorgaben werden auch die steuerrechtlichen Anforderungen erfüllt. Erfreulich ist auch, dass die Erfahrungen auf die Optimierung weiterer Verwaltungsprozesse anwendbar sind.

Harti Lange ist Bereichsleiter Vertrieb bei der SASKIA Informations-Systeme GmbH, Chemnitz.

Anzeige

XRechnung anpassen

Lisa Köhler / Steffen Bernius

Kommunen sind zum Empfang von E-Rechnungen verpflichtet. Das gilt auch für Baurechnungen. Die Umsetzung mit dem Standard XRechnung birgt jedoch Herausforderungen.

Seit April 2020 sind öffentliche Auftraggeber auf kommunaler Ebene zum Empfang von elektronischen Rechnungen nach dem Standard XRechnung verpflichtet. Unabhängig von den Regelungen in den Bundesländern erstreckt sich diese Verpflichtung auf den oberschwelligen Vergabebereich, in welchen auch Bauleistungen fallen. Aber warum ist die Digitalisierung der Baurechnung so schwierig? Insbesondere deshalb, weil drei Komponenten ineinandergreifen müssen: das Rechnungsdokument, die zugehörigen rechnungsbegründenden Unterlagen zum Beispiel Baupläne oder Aufmaße und der Prüfprozess selbst. Die Problematik liegt dabei nicht nur beim Empfänger. Vielmehr muss auch der Rechnungssteller auf das Format umstellen, was komplex und kostenintensiv ist. In Nordrhein-Westfalen beispielsweise wird dafür Abhilfe geschaffen. Über das zentrale Vergabeportal können sowohl öffentliche Auftraggeber den Empfang von E-Rechnungen gewährleisten, als auch Rechnungssteller ihre Rechnungen über eine Web-Erfassung im Portal erstellen und versenden.

Bereits die papierbasierte Prüfung der Baurechnung zählt zu den komplexeren Prozessen, da unter anderem externe Beteiligte wie Generalplaner oder Architekten in die Rechnungsprüfung einbezogen werden müssen. Darüber hinaus kann und sollte die aktuell in der Praxis gängige Methode der Rechnungskorrekturen durch den Rotstift nicht in einen digitalen Prozess überführt werden. Hierbei handelt es sich um eine rechtliche Grauzone, da an sich nur der initiale Aussteller zu Korrekturen berechtigt ist.

Hinzu kommt nun die Anforderung, mit der XRechnung auf einen reinen Datenstandard im XML-Format umzustellen. Allerdings ist dieser nicht für Baurechnungen konzipiert. Zwar werden ab Juli 2020 mit der Version 1.2.2 neue Datenfelder für die Klassifizierung von Rechnungsarten für den Baubereich ergänzt – bezüglich der Anlagen gibt es allerdings Restriktionen. So sind die Anlagen, wenn sie über ein zentrales Portal übermittelt werden, auf maximal 200 einzelne Dokumente mit einer Gesamtgröße von 15 Megabyte beschränkt. Darüber hinaus werden im Moment keine Anhänge im XML-Format (GAEB DA XML 3.2) oder CAD-Formate unterstützt.

Es können aktuell drei Stufen der Umsetzung unterschieden werden. Sollten der Empfang und die Verarbeitung von E-Baurechnungen sowohl technisch als auch organisatorisch noch nicht umgesetzt sein, gilt es eine gesetzeskonforme Lösung zu implementieren, welche die Mindestanforderungen an öffentliche Auftraggeber erfüllt. Das bedeutet, dass der elektronische Empfang der Rechnung gewährleistet werden muss. Die dazugehörigen Unterlagen können vorerst weiterhin in Papierform oder in digitaler Form per E- Mail übermittelt werden. Die Baurechnung wird folglich dementsprechend papierbasiert geprüft. Im zweiten Schritt sollten analog eingehende Dokumente gescannt werden. Sofern die Digitalisierung gewährleistet ist, kann dann über eine Automatisierung des Prüfprozesses nachgedacht werden.

Digitalisierung von Baurechnungen ist komplex.

Lisa Köhler ist Beraterin, Dr. Steffen Bernius ist Mitglied der Geschäftsleitung bei der Bonpago GmbH.

- E-Government / Geodaten-Management 43
- E-Procurement / CMS | Portale / Finanzwesen 44
- Schul-IT / E-Partizipation / Spezial-Software / Breitband / IT-Security 45
- Dokumenten-Management / Projektmanagement / E-Formulare 46
- Personalwesen / Inventarisierung / RIS | Sitzungsmanagement ... 47
- Komplettlösungen 47-49

Zahlreiche Unternehmen bieten Lösungen und Dienstleistungen für den Public Sector an. Behalten Sie den Überblick und orientieren Sie sich bei Ihren Investitionsentscheidungen am IT-Guide von Kommune21. Die Marktübersicht finden Sie auch im Internet unter www.kommune21.de.

Anzeige

D-0	Govii	**Govii UG (haftungsbeschränkt)** Ansprechpartner: Michael Schmidt Herrenstraße 20 D-06108 Halle (Saale) Telefon: +49 (0) 345 / 20560-0 Fax: +49 (0) 345 / 20560-11 E-Mail: info@govii.de Internet: www.govii.de	Der Behördenbot Govii steht für moderne Kommunikation zwischen Verwaltung und Kunden. Er bedient sich bestehender Datenbestände und beantwortet Fragen zu behördlichen Themen, wie z.B. Personalausweis beantragen, Auto ummelden etc. Govii ergänzt Portale, Bürgerservice und Servicecenter. Govii ist modular aufgebaut und nutzt verfügbare (XÖV) Standards.	E-Government
D-0	TSA	**TSA Public Service GmbH** Ansprechpartner: Thomas Patzelt Herrenstraße 20 D-06108 Halle (Saale) Telefon: +49 (0) 345 / 20560-0 Fax: +49 (0) 345 / 20560-11 E-Mail: info@teleport.de Internet: www.teleport.de	TSA ist Ihr Partner für Wissensmanagement in der öffentlichen Verwaltung. Bund, Länder, Kommunen und Dienstleister setzen auf unsere Lösungen und Know-how rund um Zuständigkeitsfinder, Bürgerservice, Servicecenter/115, Ideen- und Beschwerdemanagement, Integration von Verwaltungsdaten, 115-Datenbereitstellung und OZG-Umsetzung.	
D-0	brain-SCC PORTALLÖSUNGEN	**brain-SCC GmbH** Ansprechpartner: Sirko Scheffler Fritz-Haber-Str. 9 D-06217 Merseburg Telefon: +49 (0) 3461 / 25 99 510 Fax: +49 (0) 3461 / 25 99 511 E-Mail: info@brain-scc.de Internet: www.brain-scc.de	Die brain-SCC GmbH verfügt über umfassende Kompetenzen bei der Entwicklung und Betreuung von Portallösungen der öffentlichen Hand. Gestalten Sie Ihr Verwaltungs- und Geoportal mit dem leicht bedienbaren Content-Management-System brain-GeoCMS®, individuellem Design und zahlreichen Servicemodulen zur OZG-Umsetzung – nutzerorientiert und bürgernah.	
D-4	ITEBO Unternehmensgruppe	**ITEBO GmbH** Dielingerstraße 39/40 D-49074 Osnabrück Telefon: +49 (0) 541 / 9631-0 Fax: +49 (0) 541 / 9631-196 E-Mail: info@itebo.de Internet: www.itebo.de	Die ITEBO-Unternehmensgruppe ist Ihr Dienstleister für Kommunen und Kirchen. Wir bieten kompetente Prozess- und Organisationsberatung sowie die Vernetzung von Fachverfahren und Onlinediensten im Bürgerportal. Fundierte Basisdienste im Bereich der IT-Sicherheit, des Datenschutzes und unser ITIL konformes Rechenzentrum runden unser Portfolio ab.	
D-7	cit	**cit GmbH** Ansprechpartner: Andreas Mühl Kirchheimer Straße 205 D-73265 Dettingen/Teck Telefon: +49 (0) 7021 / 95 08 58-0 Fax: +49 (0) 7021 / 95 08 58-9 E-Mail: vertrieb@cit.de Internet: www.cit.de	cit intelliForm® – die Produktlinie mit Komponenten zur Erstellung von elektronischen Formularen und intelligenten Ausfüllassistenten, Formularmanagement sowie eine modellbasierte Entwicklungsumgebung für formularbasierte Workflows ist in vielen Bundesländern auf landes- und kommunaler Ebene im Einsatz.	
D-7	Form® Solutions	**Form-Solutions GmbH** Ansprechpartner: Matthias Eisenblätter Bahnhofstraße 10 D-76137 Karlsruhe Telefon: +49 (0) 721 / 754055-0 Fax: +49 (0) 721 / 754055-17 E-Mail: info@form-solutions.de Internet: www.form-solutions.de	Neben einem umfassenden Sortiment rechtssicherer Antragsassistenten können im Handumdrehen eigene Webapplikationen mit intelligenter Verfahrenslogik selbst erstellt und medienbruchfrei in die behördliche Umgebung integriert werden. Bundesweit nutzen über 2.200 behördliche Kunden das Antragsmanagement 4.0.	
D-8	GIROSOLUTION	**GiroSolution GmbH** Hauptstraße 27 D-88699 Frickingen Telefon: +49 (0) 7554 / 97090-00 Fax: +49 (0) 7554 / 97090-09 E-Mail: info@girosolution.de Internet: www.girosolution.de	GiroSolution ist Ihr spezialisierter Lösungsanbieter aus der Sparkassen-Finanzgruppe für öffentliche Institutionen und kommunalmarktnahe Unternehmen. Mit den Produkten Giro-Checkout, S-Rechnungs-Service und S-Kompass bieten wir Ihnen intelligente digitale Lösungen für die Themen E-Payment, E-Rechnung und kommunales Portfoliomanagement.	
D-4	GIS CONSULT www.gis-consult.de	**GIS Consult GmbH** Schultenbusch 3 D-45721 Haltern am See Telefon: +49 (0) 2364 / 9218-11 Fax: +49 (0) 2364 / 9218-72 E-Mail: info@gis-consult.de Internet: www.gis-consult.de	GIS Consult ist Ihr Partner für anspruchsvolle GIS- und Datenbankprojekte, mit Standorten in Haltern am See und Erfurt. Mit Produkten im Infrastrukturmanagement, wie Straßen-, Baum-, Grün-, Spielplatzkataster auf Basis des WebGIS OSIRIS, bieten wir bis zu Portallösungen ein ganzheitliches Portfolio.	Geodaten-Management
D-4	con·terra	**con terra GmbH** Martin-Luther-King-Weg 20 D-48155 Münster Telefon: +49 (0) 251 / 59689 300 Fax: +49 (0) 251 / 590 697 05 E-Mail: info@conterra.de Internet: www.conterra.de	con terra unterstützt Kommunen und Behörden mit geobasierten Lösungen auf dem Weg in die digitale Zukunft. Mit Informationsportalen, Partizipationsangeboten und aufgabenzentrierten Apps sowie einer zukunftssicheren Infrastruktur sorgen wir für Erkenntnisgewinn, Transparenz und zufriedene Nutzer.	

Anzeige

E-Procurement • CMS | Portale • Finanzwesen

D-5	subreport	**subreport Verlag Schawe GmbH** Ansprechpartnerin: Daniela Hammami Buchforststraße 1-15 D-51101 Köln Telefon: +49 (0) 221 / 985 78-28 Fax: +49 (0) 221 / 985 78-66 E-Mail: daniela.hammami@subreport.de Internet: www.subreportCAMPUS.de	subreport-Kunden greifen auf 98% aller öffentlichen Aufträge zu. subreport ELViS ist seit 2001 die eVergabe-Plattform mit über 75.000 Bietern, die ohne Schulungsaufwand sofort einsetzbar ist, anwenderfreundlich und selbsterklärend. Auf subreport CAMPUS tauschen Auftraggeber u.a. Erfahrungen aus, der Lieferantenpool vernetzt Auftraggeber und Unternehmen.	E-Procurement
D-7	TEK-SERVICE AG	**TEK-Service AG** Ansprechpartnerin: Monika Schmidt Eisenbahnstraße 10 D-79541 Lörrach Telefon: +49 (0) 7621 / 914040 Fax: +49 (0) 7621 / 9140429 E-Mail: schmidt@tek-service.de Internet: www.tek-service.de	TEK-Service AG ist das inhabergeführte Dienstleistungsunternehmen für E-Einkauf. Seit 2000 arbeiten wir bundesweit für Verwaltungen und Organisationen. Als lieferantenneutraler Dienstleister bieten wir webbasierende Technologie, umfassende Services, Helpdesk sowie branchenspezifische Beratung und Begleitung im operativen Tagesgeschäft des Einkaufs.	
D-2	DAS KOMMUNALE CMS iKISS	**ADVANTIC GMBH** Ansprechpartnerin: Katrin Wiese-Dohse Vierhörn 2 a-b D-23556 Lübeck Telefon: +49 (0) 451 / 609 72-0 Fax: +49 (0) 451 / 609 72-20 E-Mail: info@advantic.de Internet: www.advantic.de	iKISS ist das kommunale CMS von Advantic. Verwaltungen aller Größen setzen es in über 650 Internet- und Intranetprojekten erfolgreich ein. Advantic bietet alles aus einer Hand: Beratung, Konzeption, Design, Programmierung, Schulung, Support sowie Hosting im zertifizierten Rechenzentrum. Profitieren Sie von unserer 20-jährigen Erfahrung und individuellen Lösungen.	CMS | Portale
D-4	sitepark	**Sitepark Gesellschaft für Informationsmanagement mbH** Ansprechpartner: Thorsten Liebold Neubrückenstraße 8-11, D-48143 Münster Telefon: +49 (0) 251 / 48 26 55-0 Fax: +49 (0) 251 / 4 82 65-55 Internet: www.sitepark.com	Wissens- und Contentmanagement für Internet, Intranet, Bürgerbüro und D115. Fachanwendungen für die Virtuelle Verwaltung, Geschäftsverteilungsplan, Helpdesk Ticket System, internes Telefonbuch, Presseservice. Partnerprogramm für KRZs. Top-Referenzen: Landesverwaltung Saarland, Saarbrücken, Wiesbaden, Hannover, Dresden, Wuppertal, Duisburg, Bottrop.	
D-7	Six	**Six Offene Systeme GmbH** Am Wallgraben 99 D-70565 Stuttgart Telefon: +49 (0) 711 / 99 091 0 E-Mail: info@six.de Internet: www.six.de/public	Die Six Offene Systeme GmbH ist auf Content Management Systeme für große Webprojekte spezialisiert. Seit mehr als 25 Jahren setzen öffentliche Verwaltungen wie das Land Bremen und die Stadt Rostock auf SixCMS. Die Software ermöglicht eine strukturierte, medienneutrale Datenhaltung und passt sich flexibel komplexen Infrastrukturen an.	
D-7	SEITENBAU	**SEITENBAU GmbH** Ansprechpartner: Dominik Kraus Seilerstraße 7 D-78467 Konstanz Telefon: +49 (0) 7531 / 36598-00 Fax: +49 (0) 7531 / 36598-11 E-Mail: kraus@seitenbau.com Internet: www.seitenbau.com	SEITENBAU unterstützt die digitale Transformation des öffentlichen Sektors seit 20 Jahren mit hochwertigen kundenspezifischen Softwarelösungen. Wir bieten unseren Kunden Konzeption, technische Realisierung und sicheren Betrieb von E-Government-Fachanwendungen, Verwaltungsportalen, Social Intranets und Mobilen Anwendungen für die moderne Verwaltung.	
D-0	saxess AG	**Saxess AG** Ansprechpartner: Matthias Lehmann Grassistraße 12 D-04107 Leipzig Telefon: +49 (0) 341 / 355 238-0 E-Mail: fidas@saxess-ag.de Internet: www.saxess-ag.de	Webbasiertes Beteiligungsmanagement mit Fokus auf zentrale Verwaltung von Stamm- und Finanzdaten, Beteiligungscontrolling und Mandatsträgerbetreuung. Die Fachanwendung fidas wird deutschlandweit in Kommunen aller Größen eingesetzt und entlastet u.a. durch den Beteiligungsbericht auf Knopfdruck und den automatischen Import von Finanzdaten.	Finanzwesen
D-2	xSuite It's simple. It's digital.	**xSuite Group GmbH** Ansprechpartner: Torge Link Hamburger Straße 12 D-22926 Ahrensburg Telefon: +49 (0) 4102 / 8838-25 E-Mail: www.xsuite.com Internet: info@xsuite.com	Als Softwarehersteller der SAP-zertifizierten xSuite® bieten wir für Kommunen und Kernverwaltungen eine standardisierte, SAP-integrierte Lösung zur Rechnungseingangsverarbeitung. Angesprochen werden die SAP-Module FI, MM, PSM sowie PSCD und der DZ-Kommunalmaster. Es erfolgt die Verarbeitung von eingehenden XRechnungen.	
D-4	ab-data	**ab-data GmbH & Co. KG** **Kommunale Systemlösungen** Friedrichstraße 55 D-42551 Velbert Telefon: +49 (0) 2051 / 944-0 Fax: +49 (0) 2051 / 944-288 E-Mail: info@ab-data.de Internet: www.ab-data.de	ab-data bietet als Marktführer webbasierter Finanzsoftware für Kommunen zukunfts- und investitionssichere Qualitätsprodukte an. Hierzu zählen auch webbasierte Systemlösungen und Services. Das ab-data Finanzwesen wird in allen Flächenbundesländern erfolgreich von Kleinstverwaltungen bis zu Landeshauptstädten eingesetzt.	

Buchen Sie Ihren IT-Guide-Eintrag unter Tel. +49 (0) 7071.5 65 13-0.

Schul-IT • E-Partizipation • Spezial-Software • Breitband • IT-Security

Anzeige

D-4	kraft	**KRAFT Network-Engineering GmbH** Ansprechpartner: Dipl.-Ing. Karsten Kraft Eintrachtstr. 95 D-45478 Mülheim-Ruhr Telefon: +49 (0) 208 / 46959-60 Fax: +49 (0) 208 / 46959-70 E-Mail: info@KNE.de Internet: www.KNE.de	Die KNE GmbH setzt Maßstäbe für eine erfolgreiche Schul-IT. Mit der innovativen Softwarelösung School@min und dem leistungsstarken Betriebskonzept kann jedes Schulnetz auch stadtweit kosteneffizient gemanagt werden. Die volle Abdeckung jedes administrativen und pädagogischen Anforderungsprofils und die hohe Skalierbarkeit begeistern Anwender und Kostenträger.	Schul-IT
D-5	AIXCONCEPT Einfach. Digital. Lernen.	**AixConcept GmbH** Ansprechpartner: Dipl.-Kfm. Volker Jürgens Wallonischer Ring 37 D-52222 Stolberg Telefon: +49 (0) 2402 / 38941-0 Fax: +49 (0) 2402 / 38941-30 E-Mail: info@aixconcept.de Internet: www.aixconcept.de	AixConcept liefert als Experte für digitale Bildung schlüsselfertige IT-Lösungen für Schulen. Mehr als 1.900 Institutionen erhalten Beratung, Konzeption und Umsetzung aus einer Hand. Aus der Zentrale in Stolberg bei Aachen und mit Partnern sorgt AixConcept deutschlandweit für den reibungslosen Betrieb der Schul-Netzwerke.	
D-6	WER DENKT WAS	**wer denkt was GmbH** Ansprechpartner: Dr. Tobias Klug Robert-Bosch-Straße 7 D-64293 Darmstadt Telefon: +49 (0) 6151 / 6291550 Fax: +49 (0) 6151 / 6291551 E-Mail: kontakt@werdenktwas.de Internet: www.werdenktwas.de	Die wer|denkt|was GmbH bietet umfassendes Know-How aus Forschung und Praxis für Ihre erfolgreiche Bürgerbeteiligung. Wir begleiten kleine und große Kommunen u.a. mit dem Mängelmelder, Bürgerbefragungen, Ideenkarten, Leitlinien, Vorhabenlisten und individuellen Lösungen. Referenzen: Bremen, Heidelberg, Dortmund, Friedrichshafen, Bad Homburg.	E-Partizipation
D-3	AKDN sozial	**AKDN-sozial** Eigenbetriebsähnliche Einrichtung des KDN Dachverbandes kommunaler IT-Dienstleister Technologiepark 11, D-33100 Paderborn Telefon: +49 (0) 5251 / 132-2241 Fax: +49 (0) 5251 / 132-272241 E-Mail: info@akdn-sozial.de Internet: www.akdn-sozial.de	Seit über 40 Jahren sind wir einer der führenden Anbieter von Software für Sozial- und Jugendämter sowie Jobcenter. Wir unterstützen die ganzheitliche Sachbearbeitung bei der Berechnung und Zahlung von Sozialleistungen und beim Fallmanagement. Zudem bieten wir eine Office-Integration sowie die Anbindung für Finanz-, Einwohnermelde- oder Dokumentenmanagementsysteme.	Spezial-Software
D-3	BARTHAUER	**Barthauer Software GmbH** Pillaustraße 1a D-38126 Braunschweig Telefon: +49 (0) 531 / 23533-0 Fax: +49 (0) 531 / 23533-99 E-Mail: info@barthauer.de Internet: www.barthauer.de	Ressourcen bündeln, Effizienz steigern und damit Kosten minimieren: Wir bieten innovative Lösungen für das Infrastrukturmanagement von Ver- und Entsorgungsnetzen. Grundlage ist eine ganzheitliche Datenbankstruktur für die Planung, Verwaltung, Betriebsführung und Instandhaltung von Wasser, Abwasser, Gas, Kabel, Straße und weitere Infrastrukturanlagen.	
	AIDA ORGA	**AIDA ORGA GmbH** Ansprechpartnerin: Sonia Welter Gültlinger Straße 3/1 D-75391 Gechingen Telefon: +49 (0) 7056 / 9295-0 Fax: +49 (0) 7056 / 9295-29 E-Mail: info@aida-orga.de Internet: www.aida-orga.de	AIDA ORGA bietet für kommunale Einrichtungen modulare, paßgenau abgestimmte Lösungen zur Zeitwirtschaft, Personaleinsatzplanung, Zutrittsberechtigung etc., sowie Bauhoflösungen mit bedarfsgerechten Anwendungen zur Produktzeiterfassung gemäß NKF/NKHR oder Arbeits- und Leistungserfassung im Bauhof mit Maschinen und Fahrzeugen.	
D-8	G&W	**G&W Software AG** Ansprechpartner: André Steffin Rosenheimer Straße 141 h D-81671 München Telefon: +49 (0) 89 / 5 15 06-4 Fax: +49 (0) 89 / 5 15 06-999 E-Mail: info@gw-software.de Internet: www.gw-software.de	CALIFORNIA von G&W – Ihre Software zur Optimierung der Prozesse und Kosten von Bau und Unterhalt in Kommunen und kommunalen Eigenbetrieben im NKF mit den Schwerpunkten Kostenplanung, AVA, Baucontrolling, Zeitvertragsarbeiten. Kosten senken durch integriertes Baumanagement. Kostenoptimierung bei und mit Rahmenverträgen.	
D-9	LogoData ERFURT GmbH Spezialist für Jugendamt-Software	**LogoData ERFURT GmbH** Ansprechpartner: Steve Purrotat Maximilian-Welsch-Straße 4 D-99084 Erfurt Telefon: +49 (0) 361 / 5661222 Fax: +49 (0) 361 / 5661223 E-Mail: info@logodata.de Internet: www.logodata.de	Neue WEB-Lösungen für Amtsvormundschaften, UVG u. unbegleitete minderjährige Ausländer sowie für Sozialen Dienst, Hilfeplanung, Genogramme, Kindeswohlgefährdung, Wirtschaftl. JH, Controlling, Kostenheranziehung, JGH, PKD, Tagespflege, KITA, Beistandschaften, Unterhaltsberechnung, Beurkundung als plattformunabhängige Jugendamt-Komplettlösung.	
D-1	DNSNET Anschluss Zukunft.	**DNS:NET Internet Service GmbH** Zimmerstraße 23 D-10969 Berlin Telefon: +49 (0) 30 / 66765-0 Fax: +49 (0) 30 / 66765-499 E-Mail: info@dns-net.de Internet: www.dns-net.de	DNS:NET als Experte für Breitbandausbau und Betreiber von Glasfaserringen investiert gezielt in unterversorgte Regionen und baut eigene Netzinfrastrukturen für HighSpeedInternet auf. Dabei wird auf regionale Kooperation gesetzt, Kommunen und Städte werden zukunftssicher mit Glasfaser erschlossen.	Breitband
D-3	noSpam proxy®	**Net at Work GmbH** Ansprechpartnerin: Aysel Nixdorf Am Hoppenhof 32A D-33104 Paderborn Telefon: +49 (0) 5251 / 304 600 E-Mail: aysel.nixdorf@netatwork.de Internet: www.nospamproxy.de	NoSpamProxy von Net at Work ist eine umfassende Lösung für sichere E-Mail-Kommunikation ‚Made in Germany'. Sie schützt besonders zuverlässig vor Spam, Malware und anderen Cyber-Bedrohungen, bietet eine praxistaugliche und rechtskonforme E-Mail-Verschlüsselung und wurde wiederholt zum benutzerfreundlichsten Produkt ausgezeichnet.	IT-Security

Anzeige

Dokumenten-Management • Projektmanagement • E-Formulare

D-0	WINYARD SUITE	**LCS Computer Service GmbH** Gartenstraße 45 D-04936 Schlieben Telefon: +49 (0) 35361 / 350-300 Fax: +49 (0) 35361 / 350-100 E-Mail: egov@lcs-schlieben.de Internet: www.winyard.de	Die zertifizierte WINYARD Suite vereint Dokumenten-, Workflow- u. Identifikationsmanagement. Sie optimiert innerbetriebliche Prozesse u. reduziert Fehlerquoten. Zur Erfass-, Klassifizier- u. Bearbeitung von Dokumenten stehen zahlreiche Möglichkeiten zur Verfügung. Sie gewährt alle Funktionen der revisionssicheren Aufbewahrung.	Dokumenten-Management
D-3	OPTIMAL SYSTEMS	**OPTIMAL SYSTEMS Vertriebsgesellschaft mbH Hannover** Ansprechpartner: Jörg Huesmann Wöhlerstraße 42, D-30163 Hannover Telefon: +49 (0) 511 / 123315-0 Fax: +49 (0) 511 / 123315-222 E-Mail: hannover@optimal-systems.de Internet: www.optimal-systems.de/hannover	Die Verwaltungseffizienz zu steigern ist das Ziel und das Versprechen von OPTIMAL SYSTEMS. Mit der ECM-Suite enaio® erfüllt das Unternehmen nahezu alle Anforderungen moderner Verwaltungen und bietet u. a. Landkreisen, kreisfreien Städten, kreisangehörigen Gemeinden, Kirchen und Stiftungen eine solide Basis für ein ganzheitliches Informationsmanagement.	
D-3	CEYONIQ Technology A KYOCERA GROUP COMPANY	**Ceyoniq Technology GmbH** Ansprechpartner: Alexander Dörner Boulevard 9 D-33613 Bielefeld Telefon: +49 (0) 521 / 9318-1000 Fax: +49 (0) 521 / 9318-1111 E-Mail: eGov@ceyoniq.com Internet: www.ceyoniq.com	Seit über 25 Jahren ermöglicht die Ceyoniq Technology GmbH als Spezialist für ECM Unternehmen und Verwaltungen einen einfachen und sicheren Umgang mit Informationen – durch digitale Lösungen, die Prozesse beschleunigen und optimieren. nscale eGov deckt von einem E-Akte-Basisdienst bis zur Schriftgutverwaltung alle Anforderungen der öffentlichen Verwaltung ab.	
D-4	MATERNA	**Materna Information & Communications SE** Ansprechpartnerin: Andrea Siwek-Schmidt Voßkuhle 37 D-44141 Dortmund Telefon: +49 (0) 231 / 5599-8292 Fax: +49 (0) 231 / 5599-98292 E-Mail: Andrea.Siwek-Schmidt@materna.de Internet: www.materna.de	IT-Dienstleister für den Public Sector seit fast 40 Jahren. Unser Portfolio für die digitale Transformation der Verwaltung umfasst umfangreiche Beratung und zahlreiche Lösungsbausteine für die medienbruchfreie Prozessgestaltung in der Kommunikation mit Bürgern und Unternehmen sowie für die zeitgemäße E-Verwaltungsarbeit.	
D-4	codia Ein Unternehmen der d.velop AG	**codia Software GmbH** Edisonstraße 2 D-49716 Meppen Telefon: +49 (0) 59 31/93 98-0 Fax: +49 (0) 59 31/93 98 25 E-Mail: info@codia.de Internet: www.codia.de	Die codia Software GmbH ist ein im eGovernment-Bereich spezialisierter Anbieter von DMS-Lösungen mit fachverfahrensspezifischen Anbindungen für die öffentliche Verwaltung. Die eingesetzten d.gov I Lösungen werden auf Basis des d.3ecms der d.velop AG realisiert und basieren auf dem Organisationskonzept „Elektronische Verwaltungsarbeit“.	
D-7	regisafe	**comundus regisafe GmbH** Ansprechpartnerin: Katja Benkenstein Heerstraße 111 D-71332 Waiblingen Telefon: +49 (0) 7151 / 96528-233 Fax: +49 (0) 7151 / 96528-999 E-Mail: k.benkenstein@regisafe.de Internet: www.regisafe.de	E-Government leicht gemacht – mit regisafe. Von Verwaltungsexperten entwickelt, bietet das DMS regisafe maßgeschneiderte Lösungen. Einführung der E-Akte, Anbindung von Fachverfahren, smarte Workflows, Ratsinformation, Onlineportale uvm. Wir begleiten öffentliche Verwaltungen ins digitale Zeitalter.	
D-9	PDV	**PDV GmbH** Haarbergstraße 73 D-99097 Erfurt Telefon: +49 (0) 361 / 4407-100 Fax: +49 (0) 361 / 4407-299 Internet: www.pdv.de/kontakt	Die PDV GmbH zählt zu den leistungsstärksten ECM-Herstellern & Service-Anbietern in Deutschland. Zu den Kunden zählen Verwaltungen auf Bundes- und Landesebene, Steuer- und Finanzbehörden, Kirchen und Wohlfahrtsunternehmen, Städte und Kommunen, Gerichte, Staatsanwaltschaften, Polizei, aber auch privatwirtschaftliche Unternehmen.	
D-6	MindManager®	**Corel GmbH** Siemensstraße 30 D-63755 Alzenau Telefon: +49 (0) 6023 / 9645-317 E-Mail: govda@mindjet.com Internet: www.mindmanager.com/de	MindManager dient der Strukturierung und Visualisierung effizienter Organisation und Kommunikation von Verwaltungsaufgaben. Mit patentierten Integrationen werden Prozesse und Projekte der Verwaltungsarbeit transparent dargestellt und mit Wissenslandkarten wird fachspezifisches Wissen bereitgestellt.	Projektmgmt.
D-7	DSV Service Vielfalt. Dynamik. Qualität.	**DSV Service GmbH** Ansprechpartnerin: Vera Knoop Königstraße 42 D-70173 Stuttgart Telefon: +49 (0) 711 / 400509-0 E-Mail: vera.knoop@dsv-service.de Internet: www.dsv-service.de	Die DSV Service GmbH ist Full-Service-Dienstleister für Formularanwendungen und bietet Kommunalverwaltungen und Landesbehörden einen breiten Katalog an Online-Formularen für die OZG-Umsetzung und andere E-Government-Vorhaben. Als Tochter des Deutschen Sparkassenverlags unterstützt sie mehr als 370 Sparkassen und Landesbanken.	E-Formulare
D-7	Kohlhammer	**W. Kohlhammer** **Deutscher Gemeindeverlag GmbH** Heßbrühlstraße 69, D-70565 Stuttgart Telefon: +49 (0) 711 / 78 63-73 55 Fax: +49 (0) 711 / 78 63-84 00 E-Mail: dgv@kohlhammer.de Internet: www.kohlhammer.de	Der Kohlhammer Formularserver KoFoS ist eine zukunftsorientierte Lösung für das eGovernment. KoFoS erfüllte die hohen Anforderungen des Media@Komm-Projektes und stellt Ihnen damit, in Verbindung mit unseren aktuellen und rechtsicheren Formularen, eine zuverlässige technologische Lösung zur Verfügung.	

Personalwesen • Inventarisierung • RIS | Sitzungsmanagement • Komplettlösungen

Anzeige

D-2	rexx systems	**rexx systems GmbH** Ansprechpartner: Florian Walzer Head of sales & marketing Süderstraße 75-79, D-20097 Hamburg Telefon: +49 (0) 40 / 890080-0 Fax: +49 (0) 40 / 890080-120 E-Mail: sales@rexx-systems.com Internet: www.rexx-systems.com	rexx systems bietet Software-Lösungen in den Bereichen Recruiting, Talent Management sowie Human Resources und überzeugt als ganzheitlicher Lösungsanbieter durch herausragende Effizienzsteigerung und zuverlässige Technik. Die einfach zu bedienende, hochskalierbare Software ist für Kunden jeder Größe und Branche geeignet.	Personalwesen
D-7	MHM-HR.COM	**MHM HR // MHM-Systemhaus GmbH** Ansprechpartner: Steffen Michel Presselstraße 25 a D-70191 Stuttgart Telefon: +49 (0) 711 / 120 909-31 Fax: +49 (0) 711 / 120 909-11 E-Mail: welcome@mhm-hr.com Internet: www.mhm-hr.com	MHM HR entwickelt Bewerbermanagement-Software für Profis. Mit MHM eRECRUITING können öffentliche Auftraggeber ihre Bewerbungen intelligent managen. Integrierte Zusatzfunktionen wie MHM MULTIPOSTING und HR-ANALYTICS, CV-Parsing, Mitarbeiter-Empfehlungsprogramme und diagnostische Testverfahren ergänzen das Angebot von MHM HR.	
D-5	hallo Kai! Kann alles inventarisieren	**hallobtf! gmbh** Ansprechpartnerin: Yvonne Paris Breite Straße 28-30 D-50667 Köln Telefon: +49 (0) 221 / 977 608-0 Fax: +49 (0) 221 / 977 608-20 E-Mail: info@hallobtf.de Internet: www.hallokai.de	Kai: Marktstandard für die kommunale Inventarisierung. In mehr als 500 öffentlichen Verwaltungen im Einsatz. Ersterfassung und laufende Bestandsführung im perfekten Zusammenspiel mit dem Anlagenbuch (u.a. SAP, INFOMA). Revisionssichere Inventur-Planung und Durchführung. Frei konfigurierbare Datenfelder. Barcode. Mobile Erfassung.	Inventarisierung
D-2	CC e-gov GmbH www.cc-egov.de	**CC e-gov GmbH** Ansprechpartner: Kurt Hühnerfuß Tempowerkring 7 D-21079 Hamburg Telefon: +49 (0) 40 / 22 71 99-0 Fax: +49 (0) 40 / 22 71 99-71 E-Mail: info@cc-egov.de Internet: www.cc-egov.de	ALLRIS – Sitzungsmanagement der Premiumklasse. Sitzungsdienst, Gremieninformation und -kooperation, Bürgerbeteiligung. Komplettlösung inkl. Webhosting aus einer Hand. CC DMS – E-Akte, Workflow und Archiv für die ganze Verwaltung. Integration von Fachverfahren und Bürosoftware. Ihr Partner vom Konzept bis zur Umsetzung.	RIS | Sitzungsmanagement
D-2	SOMACOS	**SOMACOS GmbH & Co. KG** Ansprechpartner: Bernd Thiem Ackerstraße 13 D-29410 Salzwedel Telefon: +49 (0) 39 01 / 47 60 00 Fax: +49 (0) 39 01 / 47 60 011 E-Mail: saw@somacos.de Internet: www.somacos.de	Die nutzerfreundlichen Somacos Produkte Session, SessionNet und Mandatos sind das Komplettpaket für die effiziente Bearbeitung aller Prozesse im Sitzungsmanagement und der digitalen Gremienarbeit. Sie überzeugten bisher mehr als 1.600 Kunden mit technischen Innovationen, kompletter Funktionalität und umfassendem Service.	
D-3	STERNBERG Sitzungsmanagement	**STERNBERG Software GmbH & Co. KG** Ansprechpartner: Jan-Christopher Reuscher Kerkmannstraße 1 D-33729 Bielefeld Telefon: +49 (0) 521 / 97700 0 Fax: +49 (0) 521 / 97700 99 E-Mail: info@sternberg24.de Internet: www.sitzungsdienst.net	STERNBERG bietet mit seinem Sitzungsmanagement SD.NET, dem Gremieninfosystem SD.NET RIM und den RICH SitzungsApps für iOS, Android und Windows eine Lösung für die digitale Verwaltungs- und Gremienarbeit. In Politik, Wirtschaft und Bildung arbeiten Sie so plattformübergreifend, nutzen Informationen gemeinsam und optimieren zahlreiche Prozesse.	
D-5	more!software mehr leistung · mehr service · mehr mensch	**more! software GmbH & Co. KG** Ansprechpartner: Dipl. Inf. Thomas Franz Aubachstraße 30 D-56410 Montabaur Telefon: +49 (0) 2602 / 838870 E-Mail: vertrieb@more-rubin.de Internet: www.more-rubin.de	Von der zentralen oder dezentralen Vorlagenerstellung über die Sitzungsplanung bis zur Protokoll- und Beschlusserstellung: More! Rubin ist ein Management- und Organisationswerkzeug für alle Aufgaben rund um den Sitzungsdienst. Sitzungsgeldabrechnung, die browserbasierten Infosysteme und verschiedene Schnittstellen runden das Verfahren ab.	
D-0	LECOS	**Lecos GmbH** Ansprechpartner: Roy Barthel Prager Straße 8 D-04103 Leipzig Telefon: +49 (0) 341 / 2538-0 Fax: +49 (0) 341 / 2538-100 E-Mail: info@lecos.de Internet: www.lecos.de	Die Lecos GmbH ist ein BSI-zertifiziertes Beratungs- und Dienstleistungsunternehmen für den Einsatz von Informationstechnologien im kommunalen Umfeld. Wir unterstützen unsere Kunden seit 2001 bei der Gestaltung moderner Verwaltungsprozesse – von der strategischen IT- und Organisationsberatung bis hin zu operativen Rechenzentrums- und IT-Leistungen.	Komplettlösungen
D-0	procilon GROUP	**procilon GROUP** Ansprechpartner: Andreas Liefeith Leipziger Straße 110 D-04425 Taucha bei Leipzig Telefon: +49 (0) 34298 / 4878-10 Fax: +49 (0) 34298 / 4878-11 E-Mail: info@procilon.de Internet: www.procilon.de	proGOV VPS – Die intelligente Middleware für den Öffentlichen Dienst – Sichere Kommunikation als virtuelle Poststelle (VPS) z.B. über OSCI, EGVP, De-Mail, autom. Archivanbindung, Langzeitarchivierung gem. TR ESOR, Signatur, PKI, Fachverfahrensintegration, lückenlose Integration von Funktionalitäten des neuen Personalausweises – (nPA) in Online-Portale u.v.m.	
D-1	Telecomputer	**Telecomputer Gesellschaft für Datenverarbeitung mbH** Ansprechpartnerin: Elke Wegener Alte Jakobstraße 79/80, D-10179 Berlin Telefon: +49 (0) 30 / 1210012-0 Fax: +49 (0) 30 / 1210012-99 E-Mail: info@telecomputer.de Internet: www.telecomputer.de	Seit über 40 Jahren Partner für Kommunen: Als einer der Marktführer im Bereich Verkehrswesen bieten wir flexible, zuverlässige IT- und eGovernment-Lösungen mit einem hohen Maß an Integration und Interoperabilität. Unser Service umfasst die Beratung, Entwicklung, Integration, Schulung, Pflege und den Support in verschiedenen Ausbaustufen.	

Anzeige

Komplettlösungen (Fortsetzung)

D-2	MACH Verwaltung macht Zukunft.	**MACH AG** Ansprechpartner: Oliver Wunder Wielandstraße 14 D-23558 Lübeck Telefon: +49 (0) 451 / 70647-217 E-Mail: oliver.wunder@mach.de Internet: www.mach.de	Digitale Akten, Transparenz im Finanzhaushalt, effiziente Personalprozesse – die MACH AG unterstützt seit 1985 kommunale Verwaltungen bei Digitalisierungsvorhaben. Wir leben den Anspruch, digital zu denken und menschlich zu handeln. Mit Expertise und eigener Software stärken wir nachhaltig unsere Kunden – und damit Deutschland.
D-2	KDO IT für Kommunen	**Zweckverband Kommunale Datenverarbeitung Oldenburg (KDO)** Ansprechpartnerin: Tina Thüer Elsässer Straße 66, D-26121 Oldenburg Telefon: +49 (0) 441 / 9714-0 Fax: +49 (0) 441 / 9714-148 E-Mail: info@kdo.de Internet: www.kdo.de	Als größter kommunaler IT-Dienstleister in Niedersachsen deckt die KDO das gesamte Anforderungsprofil öffentlicher IT ab: Individual- und Standard-Fachanwendungen, Hosting und zentraler Betrieb, Cloud- und E-Government-Lösungen, Datenschutz und vieles mehr. Wir sind Kompetenzzentrum für Kommunen – seit über 45 Jahren!
D-3	GovConnect die IT-Spezialisten für Verwaltungen	**GovConnect GmbH** Jathostraße 11b, D-30163 Hannover Geschäftsstelle Oldenburg Ansprechpartner: Jörn Bargfrede Nadorster Straße 228, D-26123 Oldenburg Telefon: +49 (0) 441 / 97353-0 E-Mail: info@govconnect.de Internet: www.govconnect.de	Die GovConnect GmbH, Tochter der niedersächsischen IT-Dienstleister, fungiert als Plattform für deren Zusammenarbeit. Ihre Schwerpunkte liegen auf der Softwareentwicklung und den E-Government-Anwendungen. Das Produktportfolio umfasst Lösungen aus den Bereichen Ordnungswidrigkeiten, Payment, Datenschutz, Hundeangelegenheiten, Wohngeld und OpenData.
D-3	NOLIS	**NOLIS GmbH** Ansprechpartner: Uwe Warnecke Celler Straße 53 D-31582 Nienburg/Weser Telefon: +49 (0) 5021 / 88 77 555 Fax: +49 (0) 5021 / 88 77 599 E-Mail: info@nolis.de Internet: www.nolis.de	Bundesweit vertrauen Kommunen auf E-Government-Lösungen von NOLIS. Kompetente Ansprechpartner helfen bei allen Aufgaben rund um Stadt- und Serviceportal, CMS und Online-Services. Fachverfahren wie Bewerbermanagement, Kita-Platzvergabe, Web-GIS, Bürgertipps und viele weitere sind für den Einsatz in Kommunalverwaltungen optimiert.
D-3	krz Kommunales Rechenzentrum Minden-Ravensberg/Lippe	**krz Kommunales Rechenzentrum Minden-Ravensberg / Lippe** Ansprechpartner: Lars Hoppmann Bismarckstraße 23, D-32657 Lemgo Telefon: +49 (0) 5261 / 252-0 Fax: +49 (0) 5261 / 252-200 E-Mail: info@krz.de Internet: www.krz.de	Das krz ist der bundesweit erste BSI-zertifizierte Informatik-Dienstleister für Kommunen. Als erfolgreicher Projektpartner und Integrator bietet die kommunale Einrichtung modernste Fachverfahren im kostengünstigen ASP-Betrieb für alle Kunden an und leistet seit mehr als 45 Jahren einen wesentlichen Beitrag zu einer dienstleistungsorientierten Verwaltung.
D-3	ekom21	**ekom21 – KGRZ Hessen** Ansprechpartnerin: Gabi Göpfert Carlo-Mierendorff-Straße 11 D-35398 Gießen Telefon: +49 (0) 641 / 9830-1220 Fax: +49 (0) 641 / 9830-2020 E-Mail: ekom21@ekom21.de Internet: www.ekom21.de	ekom21 steht für das größte BSI-zertifizierte kommunale IT-Dienstleistungsunternehmen in Hessen und für den drittgrößten kommunalen IT-Dienstleister in Deutschland. Mit einem umfassenden Produkt- und Dienstleistungsportfolio betreut die ekom21 über 700 Kunden mit 30.000 Anwendern und hat sich auf Komplettlösungen für den öffentlichen Dienst spezialisiert.
D-3	KID. Magdeburg	**KID Magdeburg GmbH** Ansprechpartnerin: Andrea Pape Alter Markt 15 D-39104 Magdeburg Telefon: +49 (0) 391 / 2 44 64-0 Fax: +49 (0) 391 / 2 44 64-400 E-Mail: info@kid-magdeburg.de Internet: www.kid-magdeburg.de	Die KID Magdeburg GmbH ist ein Systemhaus mit kommunalen Gesellschaftern. Zu ihnen gehören die Landeshauptstadt Magdeburg und weitere Kommunen über die Kommunale IT-UNION eG (KITU). Die Produkte und Dienstleistungen steuern die zentralen IT-Prozesse innerhalb der öffentlichen Verwaltung sowie in Unternehmen speziell des Public Sector.
D-4	ab-data	**ab-data GmbH & Co. KG** **Kommunale Systemlösungen** Friedrichstraße 55 D-42551 Velbert Telefon: +49 (0) 2051 / 944-0 Fax: +49 (0) 2051 / 944-288 E-Mail: info@ab-data.de Internet: www.ab-data.de	ab-data bietet als Marktführer webbasierter Finanzsoftware für Kommunen zukunfts- und investitionssichere Qualitätsprodukte an. Hierzu zählen auch webbasierte Systemlösungen und Services. Das ab-data Finanzwesen wird in allen Flächenbundesländern erfolgreich von Kleinstverwaltungen bis zu Landeshauptstädten eingesetzt.
D-4	PROSOZ herten	**PROSOZ Herten GmbH** Ewaldstr. 261 D-45699 Herten Telefon: +49 (0) 23 66 / 188 - 0 Fax: +49 (0) 23 66 / 188 - 111 E-Mail: info@prosoz.de Internet: www.prosoz.de	PROSOZ Herten unterstützt als führender Anbieter Kommunen mit praxisnahen Software- und Beratungslösungen in den Bereichen Soziales, Jugend, Bauen und Ordnung und liefert Kennzahlen und Daten zur optimalen Verwaltungssteuerung. Neben modernen Technologien setzt das Unternehmen auf fundierte Kenntnisse aus der Verwaltungspraxis.
D-5	EDV Ermtraud GmbH	**EDV Ermtraud GmbH** Ansprechpartner: Tobias Krumnow Arienheller Straße 10 D-56598 Rheinbrohl Telefon: +49 (0) 26 35 / 92 24-0 Fax: +49 (0) 26 35 / 92 24-29 E-Mail: vertrieb@edv-ermtraud.de Internet: www.edv-ermtraud.de	TopCash 2: bar und bargeldlos kassieren, Gebührenkasse + EC-Terminals. Für alle Zahlstellen der Verwaltung und deren Einrichtungen. GEVE 4 – Gewerberegister & Erlaubniswesen für Stadt, Gemeinde, VWG; inkl. rechtssicherem Datenaustausch und eAkte. GEVE 4-regional – Gewerbe- und Erlaubnisverwaltung für Kreise.

Komplettlösungen (Fortsetzung)

Anzeige

D-5	sit	**Südwestfalen-IT (Kommunaler Zweckverband)** Sonnenblumenallee 3 D-58675 Hemer Telefon: +49 (0) 2372 / 5520-0 Fax: +49 (0) 2372 / 5520-279 Internet: www.sit.nrw	Verwaltungen müssen sparen und gleichzeitig immer bürgerfreundlicher werden. Die Südwestfalen-IT (SIT) hat sich dieser Herausforderung angenommen. Sie ist Anfang 2018 aus dem Zusammenschluss der Citkomm und KDZ Westfalen-Süd entstanden. Im Fokus ihres Strebens steht die kundenspezifische Optimierung von Verwaltungsprozessen.
D-5	KOMMUNIX SOFTWARE, SYSTEME & BERATUNG	**Kommunix GmbH** Ansprechpartner: Joseph Bunten Friedrich-Ebert-Straße 74 D-59425 Unna Telefon: +49 (0) 2303 / 254700 Fax: +49 (0) 2303 / 40049 E-Mail: info@kommunix.de Internet: www.kommunix.de	Organisationswerkzeuge für Behörden: Das Besucherleit- und Terminmanagementsystem TEVIS. Effiziente und komfortable Bearbeitung von Ausländerfachverfahren mit ADVIS. Vom Antrag auf die deutsche Staatsbürgerschaft bis zur Aushändigung der Urkunde mit EINBÜRGERUNG. Abwicklung von Verpflichtungserklärungen mit VISITVIS.
D-6	Lorenz ORGA-SYSTEME	**LORENZ Orga-Systeme GmbH** Ansprechpartner: Christian Koch Eschborner Landstraße 75 D-60489 Frankfurt am Main Telefon: +49 (0) 69 / 7 89 91 – 900 Fax: +49 (0) 69 / 7 89 91 – 110 E-Mail: info@lorenz-orga.de Internet: www.lorenz-orga.de	Der Spezialist für kommunale Anwendungen in den Bereichen Archivierung, Dokumenten-Management und Workflow. Speziallösungen für KFZ-Wesen, Kasse, Steueramt, Bauaufsicht, Sozialwesen, Pass, Standesamt, Einwohner, Aktenplan-, Registratur- und Schriftgutverwaltung uvm. Verfügbar als Standalone- und Cloud-Nutzung.
D-6	OSK OrgaSoft Kommunal	**OrgaSoft Kommunal GmbH** Am Felsbrunnen 9 D-66119 Saarbrücken Telefon: +49 (0) 681 / 87004-0 Fax: +49 (0) 681 / 87004-90 E-Mail: vertrieb@o-s-k.de Internet: www.o-s-k.de	OrgaSoft Kommunal bietet mit KIS◆KRW den allumfassenden Lösungsansatz für das Rechnungswesen von Kommunen, Eigenbetrieben und Werken. Zahlreiche integrierte KIS◆Fachverfahren ergänzen das Angebot. KIS ist das Kommunale Integrierte System aus einer Hand – eine Eigenentwicklung mit der Erfahrung aus 35 Jahren kommunaler Datenverarbeitung.
D-8	AKDB	**AKDB - Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern** Hansastraße 12-16 D-80686 München Telefon: +49 (0) 89 / 5903-0 Fax: +49 (0) 89 / 5903-1845 E-Mail: mailbox@akdb.de Internet: www.akdb.de	Der Marktführer für kommunale Software: Die AKDB und ihre Partner bieten Entwicklung, Pflege und Vertrieb von IT-Lösungen für alle Bereiche der Kommunalverwaltung – inklusive Beratung und Schulung. Das Bürgerservice-Portal ist die bundesweit reichweitenstärkste E-Government-Plattform für Online-Verwaltungsdienste.
D-8	Kolibri software®	**Kolibri software & systems GmbH** Ansprechpartner: Thomas Dietrich Rudolf-Diesel-Straße 11 D-82205 Gilching Telefon: +49 (0) 8105 / 3760-0 Fax: +49 (0) 8105 / 3760-20 E-Mail: vertrieb@kolibri-software.de Internet: www.kolibri-software.de	Branchenspezialist für Grundstücksinformationssysteme, Liegenschaftsverwaltung und Gebäudemanagementsysteme (CAFM) und Bauverwaltungslösungen. Die modular aufgebaute Softwarelösung hat Schnittstellen zu allen gängigen GIS- / Finanz- und DMS-Anwendungen, hat Web Module und kann gehostet werden. Wir beraten und implementieren.
D-8	adKOMM MoVe Modern-Verwalten.de	**adKOMM Software GmbH & Co. KG** Ansprechpartner: Dennis Böttcher Stadtweg 14 D-85134 Stammham Telefon: +49 (0) 8405 / 9286-0 Fax: +49 (0) 8405 / 9286-100 E-Mail: poststelle@adkomm.de Internet: www.adkomm.de	adKOMM E-Government-Lösung – Ihre Softwarelösung für fach- und ämterübergreifende Informationen. Einheitliche Basis für Daten und Informationen – eine Adressdatei, ein Bürgerkonto und medienbruchfreie Aktenführung. Durchgängige, digitale Geschäftsprozesse und eine einheitliche Oberfläche. E-Government. Einfach. Praktikabel.
D-8	axians	**Axians Infoma GmbH** Ansprechpartnerin: Stephanie Eifert Hörvelsinger Weg 17-21 D-89081 Ulm Telefon: +49 (0) 731 / 1551-213 Fax: +49 (0) 731 / 1551-555 E-Mail: stephanie.eifert@axians-infoma.de Internet: www.axians-infoma.de	Axians Infoma ist führender Anbieter von Software-Lösungen und Dienstleistungen im kommunalen Markt. Mit der modularen Software Infoma newsystem steht eine einzigartige integrierte Komplettlösung für das Finanzwesen zur Verfügung, ergänzt um Fachverfahren und Lösungen rund um das Thema E-Government.
D-9	DATEV	**DATEV eG** Ansprechpartner: Team Public Sector Paumgartnerstraße 6-14 D-90429 Nürnberg Telefon: 0800 / 0 11 43 48 E-Mail: public-sector@datev.de Internet: www.datev.de/publicsector	Die DATEV eG unterstützt Kommunen und öffentliche Einrichtungen mit Software und Dienstleistungen rund um Finanzwesen und Personalwirtschaft, mit Cloud-Lösungen sowie mit einem auf Prozesse abgestimmten Dokumenten-Managementsystem. Experten beraten bei Einführung effizienter Prozesse sowie Organisationsstrukturen und bieten Schulungen an.

Den IT-Guide finden Sie auch online unter www.kommune21.de

Vorschau

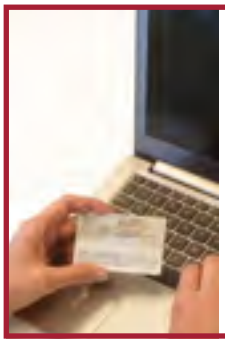
Die nächste Ausgabe (6/2020) erscheint am 29.05.2020

Skaleneffekte durch Fusion

Die nordrhein-westfälischen IT-Dienstleister regio iT und civitec haben fusioniert. Als regio iT sind sie nunmehr der größte kommunale IT-Dienstleister im Land. Kunden sollen von Skaleneffekten profitieren.

Zutaten für ein BIM-Projekt

Die Arbeitsmethode Building Information Modeling (BIM) ist ein elementarer Bestandteil der Digitalisierung des Bauwesens. Die Freie und Hansestadt Hamburg nutzt bereits die Vorteile von BIM für Stadtplanung und -entwicklung.



DMS-Projekte und Jubiläum

In der Rubrik Informationstechnik geht es um die OZG-Umsetzung mit Personalausweis und Fernsignatur. Außerdem stellen wir DMS-Projekte vor und würdigen das 20-jährige Firmenjubiläum des Formularspezialisten Form-Solutions.

Zukunftskongress digital

Der Zukunftskongress Staat & Verwaltung (15. bis 17. Juni 2020) findet aufgrund der Corona-Krise als Online-Event statt. Ein Großteil des geplanten Programms soll so trotz des Verbots von Großveranstaltungen realisiert werden.

Inserentenverzeichnis dieser Ausgabe

Advantic 51	Giritech 31	Nolis 52
AKDB 7	Governikus 35	OPTIMAL SYSTEMS 41
CC e-gov 11	Haufe-Lexware 13	Sternberg 39
codia 21	ITEBO 37	xSuite Group 3
DATEV 5	Kommunix 27, 29	Branchenindex IT-Guide ... 43 - 49
ekom21 2	more! software 33	

Impressum

Verlag und Herausgeber: K21 media AG, Olgastraße 7, 72074 Tübingen
Telefon: +49 (0) 70 71 / 56 513-0
Fax: +49 (0) 70 71 / 56 513-29
E-Mail: info@k21media.de
Internet: www.k21media.de

Verantwortlicher Redakteur im Sinne des Presserechts und Chefredakteur: Alexander Schaeff, Olgastraße 7, 72074 Tübingen
E-Mail: redaktion@kommune21.de

Redaktion: Bettina Schömig (stellv. Chefredakteurin, in Elternzeit), Verena Barth, Alexandra Braun, Corinna Heinicke (Volontärin), Dr. Helmut Merschmann (Freier Mitarbeiter)

Verantwortlich für den Anzeigenteil: Joachim Pürschel, Olgastraße 7, 72074 Tübingen
Telefon: +49 (0) 70 71 / 56 513-20
E-Mail: j.puerschel@k21media.de

Seit dem 1.1.2020 gilt die Preisliste Nr. 20 der Media Information 2020.

Erscheinungsweise: monatlich
ISSN: 1618-2901
Einzelpreis Inland: 9,00 € (zzgl. Porto und Versand)
Jahresabonnement Inland: 104,00 € (Abonnement frei Haus)
Telefon: +49 (0) 70 71 / 56 513-0

Bankverbindung: Kreissparkasse Tübingen, BLZ 641 500 20, Kontonr. 155 010

Layout: PEAK Agentur für Kommunikation GmbH, Tübingen

Druck: Druckerei Raisch GmbH & Co. KG, Auchtertstraße 14, 72770 Reutlingen

Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Grafiken und Bilder wird keine Haftung übernommen. Die Annahme zur Veröffentlichung muss schriftlich erfolgen. Mit der Annahme zur Veröffentlichung überträgt der Autor dem Verlag das ausschließliche Verlagsrecht für die Zeit bis zum Ablauf des Urheberrechts. Die Zustimmung zum Abdruck und zur Veröffentlichung wird vorausgesetzt. Eingeschlossen sind insbesondere auch das Recht zur Herstellung elektronischer Versionen und zur Einspeicherung in Datenbanken sowie das Recht zu deren Vervielfältigung und Verbreitung Online oder Offline sowie das Recht zur öffentlichen Zugänglichmachung im Internet ohne zusätzliche Vergütung. Honorare nach Vereinbarung.

Alle in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Die ausschließlichen urheberrechtlichen Nutzungsrechte für angenommene und veröffentlichte Beiträge liegen bei dem Verlag. Kein Teil dieser Zeitschrift darf außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form – durch Fotokopie, Mikrofilm oder andere Verfahren – reproduziert oder in eine von Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsanlagen verwendbare Sprache übertragen werden oder in eine andere Sprache übersetzt werden.

Artikel, die mit Namen oder Signet des Verfassers gekennzeichnet sind, geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers und der Redaktion wieder.

© Copyright 2020 K21 media AG. Alle Rechte vorbehalten.

Bildnachweis:

adam121/stock.adobe.com (22), Advantic (16), creativ collection Verlag (50), Hurca!/stock.adobe.com/PEAK Agentur für Kommunikation (Titel, 4), HSH (6), ipopba/stock.adobe.com (9), merklicht.de/stock.adobe.com (30), MEV Verlag/PEAK Agentur für Kommunikation (50), Ngampol/stock.adobe.com (38), paulaphoto/stock.adobe.com (42), PEAK Agentur für Kommunikation (3, 50), Südwestfalen-IT (SIT) (28), SV Werder/Havel (40), VG Gerolstein (Titel, 32).

DAS KOMMUNALE CMS

iKISS

Content-Management-System

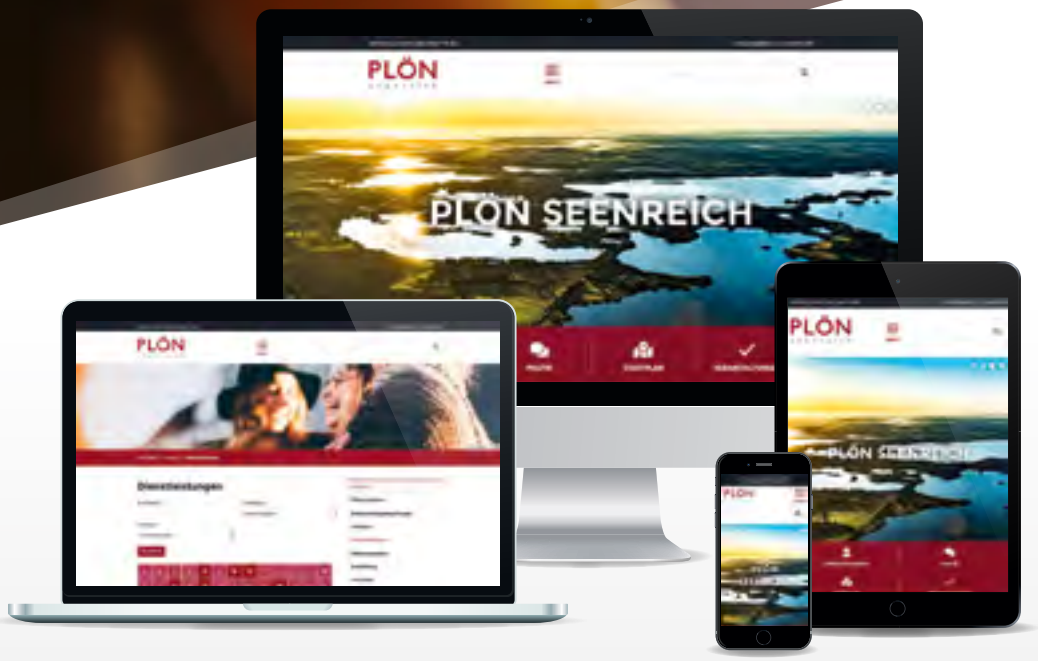
Leicht zu bedienen, jederzeit erweiterbar und selbstverständlich fit für die Umsetzung des OZG und der BITV 2.0

Responsives Webdesign

Für die optimale Darstellung auch auf Smartphones und Tablets

Zertifiziertes Rechenzentrum

Höchste Sicherheit und Verfügbarkeit für Ihren kommunalen Internetauftritt



CMS für Internet & Intranet

advantic.de

iKISS Kreisstadt Plön

Rathaus**direkt**

Ihr Rathaus ist jetzt rund um die Uhr geöffnet

Wir begleiten Sie bei der Umsetzung des OZG!

Gerne informieren wir Sie ausführlich über unsere OZG-Lösungen.

www.nolis.de | info@nolis.de | 0 50 21 - 88 77 555

NOLIS